



Volksherrschaft für 72 Tage: Die Pariser Kommune 1871

HANS HAUTMANN

Die Erinnerung an die Pariser Kommune ist die Erinnerung an die historisch erste, spezifisch *proletarische* Machtergreifung. Was vor 140 Jahren in Paris geschah, war der Abschluss des bürgerlichen Revolutionszyklus und der wie ein Wetterleuchten am Horizont sich abzeichnende Beginn einer neuen Ära sozialistischer Umwälzungen, die im 20. Jahrhundert eintreten sollten. Deren wichtigste Maßnahmen politischer, sozialer und ökonomischer Natur wurden von den für 72 Tage in Paris an die Macht gelangten werktätigen Massen in Keimform vorweggenommen. Sie gaben erstmals eine Antwort auf die Frage, was nach dem Sturz der Bourgeoisie herrschaft getan werden müsse, um ein bisher noch nicht gekanntes, von den arbeitenden Menschen getragenes Gemeinwesen aufzubauen. Die theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen der Pariser Kommune durch Marx, Engels und Lenin war es, die den Ansatzpunkt für die Realisierung jener praktischen Schritte bot, die zu den Wesensmerkmalen sozialistischer Revolutionen gehören. Sie ins Gedächtnis zu rufen ist in einer Zeit, in der die Volksmassen in den Ländern der finanzkapitalistischen Machtzentren von Ohnmachtsgefühlen gegenüber den Zumutungen der Herrschenden erfüllt sind, nicht unnütz. Aber auch dort, wo sie gegen die unerträglichen Zustände aufstehen, wie unlängst in mehreren arabischen Ländern, können sie aus der Pariser Kommune Erkenntnisse darüber schöpfen, was keinesfalls verabsäumt werden darf, will man es nicht beim bloßen Auswechseln einer Machtfigur aus dem Kreis der herrschenden Klasse durch eine andere belassen.

Vorgeschichte

Durch die Katastrophe der Schlacht von Sedan am 2. September 1870, die die völlige militärische Unfähigkeit und den Bankrott des bonapartistischen Regimes Napoleons III. offenbarte, kam es in Frankreich zu einer raschen Verschärfung der Klassenwidersprüche und zur

Entstehung einer sozialen wie nationalen Krisensituation. Zwei Tage nach Sedan, am 4. September, wurde in Paris die Republik ausgerufen, wodurch sich der Charakter des Deutsch-Französischen Krieges grundlegend wandelte: auf französischer Seite wurde er aus einem Aggressions- zu einem nationalen Verteidigungskrieg, während es sich bei Preußen-Deutschland genau umgekehrt verhielt. Die französischen Arbeiter waren nun bereit, der bürgerlich-republikanischen Regierung Gambetta, Trochu und Favre im Kampf gegen die Deutschen beizustehen, wobei nationale Erinnerungen an 1793, an die „levée en masse“, an die Massenmobilisierung und Volksbewaffnung, die Hauptrolle spielten.

Mit Ausnahme Gambettas zeigte sich aber die neue Regierung gegenüber dieser Forderung gänzlich abgeneigt. Zu groß war die Furcht vor revolutionären Weiterungen einer solchen Maßnahme. Konsequenterweise musste die Regierung, in der man Gambetta bald kaltstellte, zu einer Regierung des nationalen Verrats werden. Der Krieg wurde nur sehr halbherzig und energielos weitergeführt, und die Deutschen standen seit dem 19. September 1870 vor Paris und belagerten die damals noch mit Wällen und Forts umgürtete Stadt.

Am 28. Jänner 1871 wurde ein Waffenstillstand für drei Wochen vereinbart, in dem einer der Punkte die deutsche Forderung nach der Wahl einer französischen konstituierenden Nationalversammlung beinhaltete. Diese fand am 8. Februar statt und erbrachte eine Mehrheit der monarchistischen und bürgerlich-konservativen Kräfte. Die Nationalversammlung trat am 13. Februar 1871 in Bordeaux zusammen und übersiedelte am 12. März nach Versailles. Regierungschef wurde Adolphe Thiers, der einstige „Klassenkampf“-Historiker, der sich in der Zwischenzeit zum Erzreaktionär gewandelt hatte.

Paris musste kapitulieren, bekam aber sehr ehrenhafte Bedingungen. Die Deutschen erkannten die brisante Situation in

der Hauptstadt und wagten es nicht, die Pariser zu demütigen. Nur symbolisch wurde am 2. März der Stadtteil um den Arc de Triomphe für einen Tag besetzt, dann zogen sich die Deutschen sofort wieder in ihre Ausgangsstellung, den Belagerungsring um Paris, zurück.

Die Pariser Bevölkerung war über die Zusammensetzung der Nationalversammlung (von 675 Abgeordneten waren nicht weniger als 400 Monarchisten und „Krautjunker“) und ihre politischen Maßnahmen sehr empört. Am 1. März 1871 hatte Thiers den Vorfrieden unterzeichnet, in dem neben einer Reparation von 5 Milliarden Goldfrancs – einer damals astronomischen Summe – die Abtretung Elsass-Lothringens besiegelt wurde. Damit bekam die Regierung Thiers den Rücken frei, um gegen die renitenten Pariser vorgehen zu können.

Ein besonderer Dorn in ihren Augen war die Tatsache, dass die zur Verteidigung von Paris vor den Deutschen gebildete, etwa 150.000 Mann starke Nationalgarde in der Arbeiterbevölkerung verwurzelt, demokratisch organisiert und unter Waffen geblieben war. Sie und ihr Führungsgremium, das „Zentralkomitee“, dem auch Mitglieder der I. Internationale wie der Buchbinder Varlin angehörten, erwiesen sich als Haupttriebkraft der revolutionären Bewegung.

Thiers hatte ein vorrangiges Ziel: die Entwaffnung der Nationalgarde. Dies wurde am 18. März 1871 versucht, als eine Abteilung der Versailler Regierungstruppen in Paris überraschend einmarschierte und Kanonen fortschaffen wollte. Die Aktion endete mit einem Fiasko. Die Nationalgarde wehrte sich entschlossen, die Regierungstruppen liefen zu ihr über, und die beiden kommandierenden Generäle wurden von den eigenen Soldaten am gleichen Tag erschossen.

Die Gründung der Kommune

Der Schrecken der herrschenden großbourgeois Kreise in Frankreich über die Vorfälle in Paris war groß. Noch am

gleichen 18. März verließ ein Großteil der Behörden fluchtartig die Stadt und übersiedelte nach Versailles. Damit hatte die Nationalgarde alle Macht in der Hauptstadt in ihren Händen.

Vielleicht mehr als jede andere Umwälzung in der Geschichte war die Revolution vom 18. März 1871 ein spontanes Ereignis, eine vom Klassengegner provozierte, ja erzwungene Antwort. Niemand hatte die Kommune geplant und ihre Errichtung bewusst vorbereitet. Umso bemerkenswerter ist, was die Kommunarden dank der Initiative der Massen und unter den Bedingungen eines verschärften Klassenkampfes sofort zu leisten imstande waren.

Das Zentralkomitee der Nationalgarde hob den über Paris verhängten Belagerungszustand unverzüglich auf, schaffte die Militärgerichte ab und verkündete eine Amnestie für alle politischen Gefangenen. In seiner Erklärung vom 21. März hieß es: „Die Proletarier von Paris haben angesichts der Unfähigkeit und des Verrats der herrschenden Klassen begriffen, dass die Stunde gekommen ist, in der es gilt, die Lage dadurch zu retten, dass sie die Leitung der politischen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen [...]. Angesichts der ständigen Bedrohung seiner Rechte, der strikten Ablehnung aller seiner berechtigten Wünsche, des Zusammenbruchs des Vaterlandes und aller seiner Hoffnungen, begreift das Proletariat, dass es seine höchste Pflicht und sein absolutes Recht ist, sich zum Herrn seines Geschicks zu machen und dieser Tat den Erfolg zu sichern, indem es die Regierungsgewalt übernimmt.“

Das Zentralkomitee betrachtete seine Macht als provisorisch und beeilte sich, Wahlen für die Kommune auszuschreiben. Diese fanden am 26. März 1871 statt. Die überwiegende Mehrheit der Gewählten waren Arbeiter und Angehörige des revolutionär-demokratischen Kleinbürgertums, Handwerker, kleine Ladenbesitzer, Angestellte, Schriftsteller, Lehrer usw.

Am 28. März 1871 wurde unter dem Jubel von 200.000 Versammelten vor dem Hôtel de Ville (Rathaus) die Pariser Kommune ausgerufen. Das ZK der Nationalgarde übergab seine Macht dem gewählten Kommunerat, blieb aber daneben weiter bestehen.

Unter den führenden Kommunarden befanden sich Männer wie Louis-Eugène Varlin, Auguste Serrailier, Édouard Vaillant, der berühmte Maler Gustave Courbet, der Dichter Eugène Pottier (Textdichter der „Internationale“) und

der Ungar Leo Frankel, der auch in der österreichischen Arbeiterbewegung nach 1871 eine hervorragende Rolle spielte. Überhaupt waren Sozialisten verschiedenster Nationalität im Kommunerat vertreten, Ungarn wie Frankel, Polen, Russen, Italiener und Belgier – ein Zeichen, dass sich die Kommunarden als Internationalisten betrachteten. Auffällig war auch die große Zahl an Frauen, die sich in der Kommune engagierten; zu ihnen zählten Louise Michel und die Russin Jelisaweta Tomanowskaja (Dmitrijewa), Mitbegründerin des „Frauenbundes zur Verteidigung von Paris“.

Gemeinsam mit dem Rat der Pariser Kommune fungierte das „Exekutivkomitee“, dem je ein Mitglied aller neun „Kommissionen“, Ministerien vergleichbar, wurden unter einem Vorsitzenden von fünf bis acht Mitgliedern kollektiv geleitet. Es gab Kommissionen für Krieg, Finanzen, Justiz, Inneres, Äußeres, Arbeit und Handel (unter Leitung Leo Frankels), öffentliche Dienste (Post, Fernmeldewesen, Verkehr), Unterricht und Lebensmittelversorgung.

Ab 1. Mai 1871, als der bewaffnete Kampf gegen die angreifenden Versailler Truppen alles andere überschattete, bildete sich noch ein „Wohlfahrtsausschuss“ aus fünf Kommunemitgliedern, der den in militärischer Hinsicht zu schwerfälligen Apparat des Exekutivkomitees ersetzte.

Politische Strömungen

Im Rat der Pariser Kommune bildeten die Mitglieder der I. Internationale, und unter diesen wiederum überzeugte Anhänger der Ansichten von Marx, eine verschwindende Minorität. Vorherrschend waren drei politische Richtungen: die Neojakobiner, die Blanquisten und die Proudhonisten, wobei Neojakobiner und Blanquisten die „Mehrheit“, Proudhonisten die „Minderheit“ stellten. Beide Gruppierungen, noch ganz im Banne der Auffassungen des vormarxistischen Sozialismus, hatten ihre Stärken und Schwächen.

Die „Mehrheit“ erblickte in der Kommune eine bloße Fortsetzung der bürgerlichen Revolution von 1789 bis 1794, übersah also ihren proletarischen Charakter. Daraus resultierte, dass sie sozialen Umgestaltungen nicht die gebührende Bedeutung beimaß. Dafür erkannte sie besser als die „Minderheit“ die Notwendigkeit, eine zentralisierte Macht zu schaffen und die Gegner der Revolution entschlossen zu bekämpfen.

Die „Minderheit“ hingegen widmete sozialökonomischen Reformen große Aufmerksamkeit. Für sie war die Kommune der Hebel für die Verwirklichung des proudhonistischen Programms, der Organisation von Kredit, Austausch und Assoziation, um jedem „das volle Produkt seiner Arbeit“ zu gewährleisten. Hinter ihrer Vorstellung, dass die Umwälzung vom 18. März lediglich das Ideal kommunaler Autonomie und kommunaler Freiheitsrechte anzustreben habe, verbarg sich die Hoffnung, im Rahmen der Gesetzlichkeit zu bleiben und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Sie wandte sich gegen verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und verurteilte z.B. das Verbot bürgerlicher Zeitungen.

Zwischen beiden Strömungen gab es zeitweise scharfe Auseinandersetzungen, die aber bald durch die Notwendigkeit des gemeinsamen militärischen Kampfes gegen Versailles an Gewicht verloren. Einmal zur Macht gekommen, erkannten auch sie – die Schüler des kleinbürgerlichen Sozialisten Proudhon und die Anhänger des zu Verschwörung und Putschismus neigenden Blanqui – das Gebot der Stunde. Nicht die weltfremden Prinzipien eines Proudhon oder Blanqui bestimmten dann ihr Handeln, sondern die politischen und ökonomischen Erfordernisse im Kampf um die Sicherung der Herrschaft der arbeitenden Menschen in Paris. Im Feuer der Praxis wuchsen Neojakobiner, Blanquisten und Proudhonisten über die Auffassungen des vormarxistischen Sozialismus hinaus und setzten neue, richtungweisende Maßstäbe revolutionären Handelns. Friedrich Engels schrieb später über die Blanquisten und Proudhonisten in der Kommune: „Und in beiden Fällen wollte es die Ironie der Geschichte – wie gewöhnlich, wenn Doktrinen ans Ruder kommen –, dass die einen wie die anderen das Gegenteil von dem taten, was ihre Schuldoktrin vorschrieb.“

Revolutionäre Veränderungen

Das historisch Bedeutsame an der Pariser Kommune bestand vor allem darin, dass sie den alten Staatsapparat *zerschlug* und neue, basisdemokratische Machtorgane schuf.

- 1) Das stehende Heer wurde abgeschafft und durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt.
- 2) Die alte Polizei wurde aufgelöst; ihre Aufgaben übernahm die Nationalgarde.
- 3) Alle Organe und beamteten Personen der Kommune unterlagen den Prinzipien der Wählbarkeit, Verantwortlichkeit und

jederzeitigen Absetzbarkeit.

4) Die Trennung von Legislative und Exekutive, ein Hauptpfeiler des bürgerlichen Staates, wurde beseitigt; die gewählten Gremien waren gesetzgebend und ausführend zugleich.

5) Die Entlohnung der Funktionsträger in der Kommune war gleich der eines qualifizierten Arbeiters.

Auf sozialem Gebiet ergriff man folgende Maßnahmen:

1) Den Leihhäusern wurde die Versteigerung nicht eingelöster Pfänder untersagt; versetzte Pfänder wie z.B. Arbeitsgeräte wurden unentgeltlich zurückgegeben.

2) Handelswechsel, fällige Hypothekarzinsen, Schuldverschreibungen und Wohnungsmieten wurden bis auf weiteres (bis zum 1. Oktober 1871) gestundet.

Karl Marx nannte diese Dekrete „zwei meisterhafte Schläge“, weil sie, über die Arbeiterschaft hinaus, die Lage gerade der Handwerker, Kleinhändler, Werkstattbesitzer usw. zum Schaden der großen Industrie- und Finanzbourgeoisie bedeutend erleichterten und dem Pariser Proletariat die Unterstützung des städtischen Kleinbürgertums sicherten.

3) Die Vermögen der Mitglieder der Thiers-Regierung, der Mitglieder der Versailler Nationalversammlung sowie die leer stehenden Wohnungen der aus Paris Geflüchteten wurden beschlagnahmt und letztere Wohnungsbedürftigen zugewiesen.

4) An die notleidende Pariser Bevölkerung übergab das ZK der Nationalgarde als Sofortmaßnahme am 24. März 1 Million Francs; mehrmals fanden kostenlose Lebensmittelverteilungen an Bedürftige statt.

5) Waisenkinder der im Kampf um die Kommune Gefallenen wurden adoptiert und Verwundeten Invalidenrenten ausbezahlt.

Auf ökonomischem und arbeitsrechtlichem Gebiet, für das in erster Linie Leo Frankel, der einzige wirkliche Marxist unter den Kommunarden, verantwortlich zeichnete, kam es zu folgenden Schritten:

1) Die in den kapitalistischen Unternehmen üblichen Geldstrafen und Abzüge von den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten wurden untersagt.

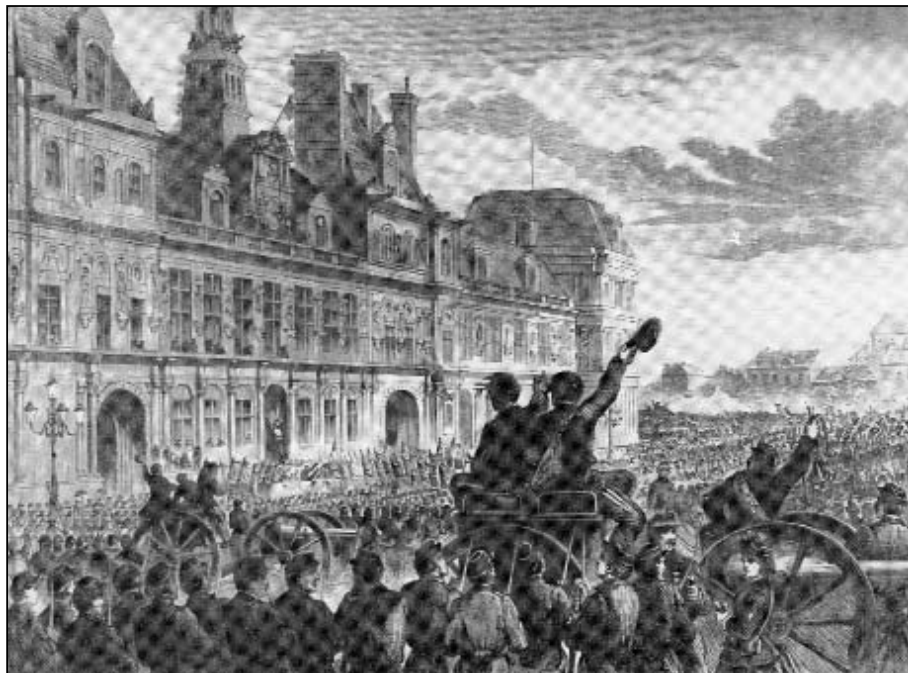
2) Die Nachtarbeit im Bäckergewerbe wurde verboten.

3) Es wurde eine Mindestlohnhöhe festgesetzt.

4) Der Zehnstunden-Arbeitstag wurde eingeführt (Frankel hatte acht Stunden vorgeschlagen).

5) Die Arbeitslosen wurden finanziell unterstützt.

6) Betriebe und Werkstätten, deren Un-



Proklamation der Kommune auf dem Platz vor dem Pariser Rathaus am 28. März 1871 (Zeichnung von Lamy).

ternehmer und Besitzer aus Paris zu den Versaillern geflohen waren, wurden Arbeitergenossenschaften übergeben. Dieses Dekret, mit dem die Kommune in den eigentlichen Kern des kapitalistischen Systems, in die Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln, eingriff, war umstritten. Die dafür geschaffene Kommission konnte sich nicht entschließen, die – wie von Frankel gefordert – Expropriation des im Stich gelassenen Besitzes zu verfügen und sah die Entschädigung der Eigentümer vor. Aber auch so war die Regelung radikal genug.

Auf allgemein-gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet ergriff man folgende Maßnahmen:

1) Staat und Kirche wurden getrennt und die Priester aus dem Schulwesen verbannt. Einige Kirchen gingen in den Besitz revolutionärer Klubs über, die dort, wie ein damaliger Beobachter schrieb, „geräuschvolle Sitzungen abhielten und die Marseillaise mit Orgelbegleitung sangen, wobei die Kanzel rot ausgeschlagen und Christus mit der roten Fahne drapiert war“. Kirchen sind eben ideale Versammlungsräume.

2) Es wurde die allgemeine Schulpflicht mit unentgeltlichem Unterricht eingeführt, und zwar im Sinne *polytechnischer* Bildung, um den Schülerinnen und Schülern auch grundlegende Fertigkeiten im Umgang mit Werkzeugen und der Bedienung von Maschinen beizubringen und sie so zur Achtung der Arbeit und der Leistungen arbeitender Menschen zu erziehen. Dies wurde später zum Wessenzug sozialistischer Pädagogik.

3) Die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau wurde verfügt.

4) Der im bisherigen Rechtssystem verankerte Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern wurde beseitigt.

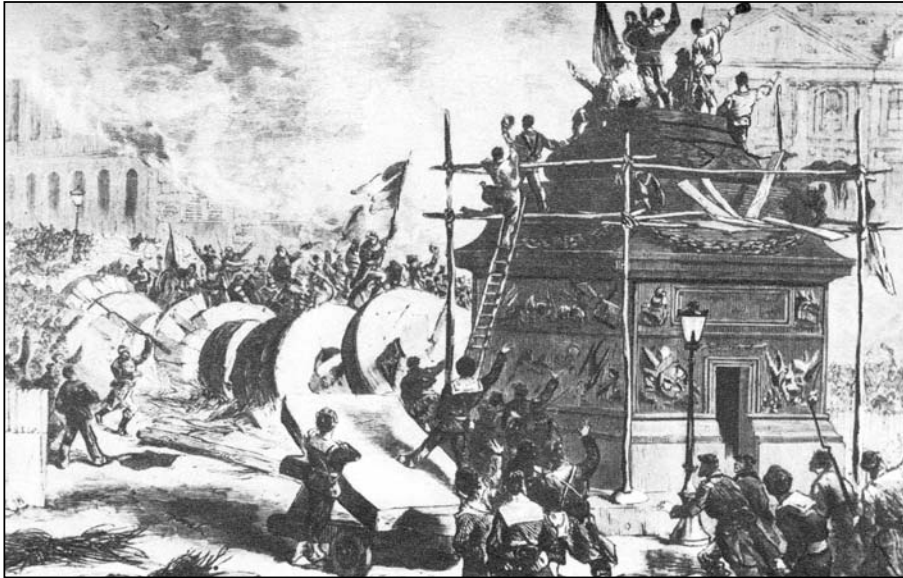
5) Glücksspiele wurden verboten.

6) Arbeiter-Lesehallen und -Klubs wurden eingerichtet.

Die Pariser Kommune verurteilte Eroberungskriege und verkündete den Völkerfrieden als ihr Ziel. Zum Ausdruck kam das in ihrer wohl spektakulärsten öffentlichen Aktion am 16. Mai 1871, als die Vendôme-Säule im Beisein einer riesigen Menschenmenge gestürzt wurde. Sie war der Trajanssäule in Rom nachgebildet und unter Napoleon I. aus den erbeuteten Kanonen der Schlacht von Austerlitz gegossen worden. In der Anordnung des Rates der Kommune hieß es dazu: „In Anbetracht dessen, dass die kaiserliche Säule auf dem Place Vendôme ein Monument der Barbarei ist, ein Symbol brutaler Gewalt und falschen Ruhms, eine Lobpreisung des Militarismus, eine Absage an das internationale Recht, eine ständige Beleidigung der Besiegten durch die Sieger, ein fortwährender Angriff auf eines der drei Prinzipien der französischen Revolution, nämlich die Brüderlichkeit, soll die Säule auf dem Place Vendôme zerstört werden.“

Hier nur eine kleine Frage zum Nachdenken: Wer wäre heute imstande, das ähnlich gut zu formulieren?

Für die Demolierung hatte sich auch Gustave Courbet eingesetzt, der, so kann man sagen, früheste Vertreter des sozialistischen Realismus in der Malerei. Er



Sturz der Vendôme-Säule am 16. Mai 1871.

musste deswegen vor der Rache der siegreichen Versailler in die Schweiz flüchten und starb dort. 1874 wurde die Vendôme-Säule wieder aufgestellt.

Die aufgezählten Maßnahmen sollten später den Grundstock für die politischen, sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen in sozialistischen Revolutionen bilden. Geleitet von diesen Prinzipien und aufgrund bereits gemachter eigener Erfahrungen schrieb Lenin am 27. April 1919 an die Führung der Münchener Räterepublik einen Brief, der derart bemerkenswert ist, dass wir ihn an anderer Stelle wörtlich wiedergeben.

Die Formierung der Konterrevolution

In den Tagen der Kommune wehte über dem Pariser Rathaus nicht mehr die Trikolore, sondern die rote Fahne, das Symbol der kämpfenden Arbeiterbewegung. Die herrschende Klasse, die immer sehr genau weiß, was für sie gefährlich ist und was nicht, schickte sich nach einer nur kurzen Phase der Überraschung an, den Brandherd mit allen Mitteln auszulöschen. Begonnen wurde mit einer affektgeladenen Kampagne der bürgerlichen Presseorgane nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa, in der bereits sämtliche Stereotype über revolutionäre Volksaktionen zu finden waren: „Verschwörung“ einer „Terroristengruppe“, gesteuert von der I. Internationale unter Karl Marx; „Pöbelherrschaft von Kriminellen, Räubern und Dieben“; „Chaos“; „Hasserfüllte Zerstörung um des Zerstörens willen“; „Banditentum“; „Anarchie“; „Fress-, Sauf- und Geschlechtsverkehrsorgien“; „Dirnen“, „Furien“, „Flintenweiber“ – Schreckensbil-

der für die Gattung der Spießbürger, die den Boden für die blutige Abrechnung mit den Kommunarden aufbereiteten.

Dafür war aber bürgerliche Klassen-solidarität in noch anderer, handfester Gestalt nötig. Die tätigste Hilfe erwies ausgerechnet, aber aus den Umständen sich logisch ergebend, der Kriegsfeind Preußen-Deutschland, dessen Truppen im Belagerungsring um Paris die proletarische Revolution direkt vor Augen hatten. Anfangs noch Schadenfreude über die Schwierigkeiten der französischen Großbourgeoisie bekundend, begriffen die herrschenden Klassen Deutschlands bald, dass mit der Pariser Kommune auch für sie eine völlig neue, existenziell bedeutsame Frage aufgeworfen war. Dazu kam die Besorgnis, dass die Kommune die materielle Ausplünderung Frankreichs beeinträchtigen könnte. Deshalb gewährte die preußisch-deutsche Führung der Versailler Regierung nach nur kurzem Zögern aktive Unterstützung.

Aufgrund der Festlegungen des Präliminarfriedens vom 1. März 1871 durfte die französische Armee die Loire nach Norden nicht überschreiten; nur eine Streitmacht von 40.000 Mann war von dieser Bestimmung ausgenommen. Am 28. März, zehn Tage nach der Kommune-Revolution, wurde aber schon eine Konvention vereinbart, nach der die Versailler Truppen vor Paris auf 80.000 Mann verstärkt werden durften. Am 5. April gestattete der deutsche Generalgouverneur in Frankreich auf Anweisung Bismarcks der Regierung Thiers eine Aufstockung der Truppen auf 100.000 Mann. Zu diesem Zweck wurden französische Kriegsgefangene entlassen und beschleunigt aus Deutschland zurückgeführt, darunter Marschall Mac Mahon,

der den Oberbefehl der französischen Truppen vor Paris übernahm.

Auch in Paris selbst traten die Gegner auf den Plan. Am 3. April 1871 wurde Gustave Flourens, Mitglied der Kommune und Delegierter für das Kriegswesen, auf offener Straße ermordet, am 4. April Emile Duval, General der Kommune, der bei einem missglückten Ausfall der Nationalgarde von den Versaillern gefangen genommen worden war, erschossen. Die Kommune verhaftete daraufhin den Erzbischof von Paris, Georges Darboy, und antwortete auf die Ermordungen gefangener Nationalgardisten am 5. April mit dem Dekret über die Aushebung von Geiseln.

Bei der Aushebung blieb es aber die längste Zeit. Die Kommune wünschte, Darboy gegen Blanqui, der sich in den Händen der Versailler befand, auszutauschen. Thiers lehnte das ab. Während die Versailler gefangene Nationalgardisten reihenweise niedermetzten, unternahmen die Kommunarden bis zum 26. Mai, zwei Tage vor ihrem Ende, nichts und ließen die ca. 100 Geisel ungeschoren.

Auch bürgerliche Zeitungen, die anti-kommunardische Propaganda betrieben, erschienen in Paris weiter. Erst am 18. April wurden vier konterrevolutionäre Blätter verboten, am 5. Mai weitere sieben, und am 11. Mai noch einmal sechs. Zum Teil setzten sie ohne größere Probleme die Herausgabe unter anderen Namen fort.

Dass die „Fünfte Kolonne“ der Versailler-Anhänger in Paris alle politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen der Kommune nach Kräften sabotierte, versteht sich von selbst. So sprengte sie am 17. Mai eine Pariser Patronenfabrik in die Luft, wobei Dutzende Menschen ums Leben kamen.

Zu behaupten, dass die Kommunarden ihre Machtinstrumente im Kampf gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie mit aller Energie nutzten, wäre also eine Übertreibung. Vielmehr zeigten sie gegenüber dem Feind unnötige Vertrauensseligkeit und Milde.

Der Vernichtungsfeldzug

Dank Bismarcks Hilfe umfassten die Versailler Truppen schließlich 130.000 Mann, die zunächst die Verbindungswege zwischen Paris und der Provinz unterbrachen und alle Lebensmitteltransporte nach Paris sperrten, um es auszuhungern. Am 17. April 1871 begann die eigentliche Offensive mit dem Bombardement der Stadt und Angriffen auf die Forts. Es entbrannten schwere Kämpfe, bei denen

es den Verteidigern unter dem zum Platzkommandanten von Paris ernannten polnischen Sozialisten Jaroslaw Dabrowski gelang, standzuhalten und sogar Forts zurückzuerobern.

Am 21. Mai konnten aber die Versailer durch das Tor von Saint-Cloud, das ihnen von Verrätern geöffnet worden war, in die Stadt eindringen, und es begann das, was als „blutige Maiwoche“ in die Geschichte eingegangen ist. Die Truppen der Thiers-Regierung verhielten sich nicht wie eine reguläre Armee, sondern agierten als riesiges Exekutionskommando, das die Bourgeoisie auf die Bevölkerung von Paris losließ. Am 28. Mai, als die Kämpfe beim Friedhof Père Lachaise endeten, waren bereits Tausende Bewohner der Stadt, Männer, Frauen, Greise und Kinder, ohne Gerichtsverfahren erschossen worden. Außer den im Kampf getöteten Kommunarden und Kommunardinnen fielen den Massenmetzeleien mindestens 20.000 Menschen zum Opfer. Etwa 50.000 wurden verhaftet, in Gefängnisse, Kasematten, Keller usw. gepfercht, misshandelt und durch Folterungen, Entbehrungen und Erschießungen dezimiert. Die blutige Abrechnung mit willkürlichen Exekutionen endete mit dem Fall der Kommune am 28. Mai nicht, sondern hielt bis in die erste Junihälfte an. Und noch bis zum Jahr 1876 waren zunächst vier, dann 22 Kriegsgerichte gegen die Pariser Bevölkerung tätig. Sie verurteilten 20.000 Personen zu Gefängnisstrafen, davon 8.000 zu Zwangsarbeit in Strafkolonien auf der Pazifikinsel Neukaledonien. Insgesamt traf das Wüten der Konterrevolution rund 100.000 Menschen.

Eine erhalten gebliebene Liste der 20.000 von den Kriegsgerichten verurteilten Kommunarden nach Berufen bietet einen aufschlussreichen Überblick über ihre soziale Herkunft. Danach befanden sich unter ihnen 2901 Schriftsteller (was immer man damals darunter verstand), 2664 Schlosser und Mechaniker, 2293 Maurer, 1665 Tischler, 1598 Handelsangestellte, 863 Maler, 283 Bildhauer, 819 Druckereiarbeiter, 766 Steinmetze, 528 Goldarbeiter, 681 Schneider, 206 Schneiderinnen, 210 Hutmacherinnen, 193 Posamentiererrinnen, 179 Uhrmacher und 106 Lehrer.

Mit dem bis dahin beispiellosen, kaltblütig organisierten weißen Terror wollte die französische Bourgeoisie nichts weniger erreichen als die Ausblutung der aufsässigen Arbeiterklasse und ihre Unfähigmachung zu jeder künftigen Aktion. Der Vernichtungsfeldzug nahm

solche Ausmaße an, dass einige Viertel des 20. Pariser Arrondissements, die vorwiegend von Arbeitern bewohnt waren, völlig verödeten. Von 24.000 Arbeitern und Arbeiterinnen beispielsweise, die vor der Kommune in der Pariser Schuhindustrie tätig gewesen waren, wurden

12.000 ermordet, verhaftet oder in die Emigration getrieben.

Die europäischen Regierungen, ihre Politiker und ihre Presse zeigten gegenüber diesen Vorgängen nicht die Spur einer humanitären Regung, im Gegenteil. Die bürgerliche Gesellschaft überschlug sich in Entrüstung über die Verbrechen und Missetaten der Kommunarden, besonders über die am 26. Mai 1871 erfolgten Geiseler-schießungen, darunter des Erzbischofs von Paris, Darboy. Alles in allem handelte es sich dabei um 54 Personen.

Hätten die Kommunarden das nicht getan und alle Geiseln am 26. Mai freigelassen, wären sie trotzdem massakriert worden, denn sie hatten sich am Heiligsten der Bürgerwelt vergriffen, an deren auf Besitz, Vermögen und Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden Herrschaft.

Karl Marx schrieb einmal, dass der Besitzende ein anderes Gewissen habe als der Besitzlose und das Gewissen der Privilegierten ein privilegiertes Gewissen sei. Auch die Moral und Empfindungen wie Mitleid *mit wem* sind Klassenfragen.

Schlussfolgerungen

Am 30. Mai 1871, nur zwei Tage nach der Niederwerfung der Pariser Kommune, verlas Karl Marx in der Sitzung des Generalrats der I. Internationale seine Adresse „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, die von den Anwesenden einstimmig gebilligt wurde. Diese Schrift hatte für die ganze nachfolgende proletarische Weltbewegung programmatische Bedeutung und war, wie Engels 1891 schrieb, ein Werk, „worin die geschichtliche Bedeutung der Pariser Kommune in kurzen, kräftigen, aber so scharfen und vor allem so wahren Zügen dargestellt ist, wie dies in der gesamten



Erschossene Kommunarden.

massenhaften Literatur über den Gegenstand nie wieder erreicht worden.“

Für Marx lieferte die Kommune die praktische Bestätigung für die von ihm bereits 1852 gezogene Schlussfolgerung von der Notwendigkeit des revolutionären Proletariats, die alte Staatsmaschine der Bourgeoisie zu *zerbrechen*. Dieses Fazit stellte, wie Lenin schrieb, „die *Hauptlehre* des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat“ dar.

Vor der Pariser Kommune konnte Marx keine Antwort auf die Frage geben, wodurch die arbeitenden Menschen den bürgerlichen Staatsapparat ersetzen sollten. Nun sah er in der Wählbarkeit, Ablösbarkeit und Verantwortung aller Organe und beamteten Personen der Kommune, in der Überwindung des bürgerlichen Parlamentarismus durch gleichzeitig gesetzgebende und vollziehende Körperschaften sowie im Hineintragen dieser demokratischen Prinzipien in die neuen Gerichtsorgane, die neuen Streitkräfte und in das System der Staatsicherheit und der öffentlichen Ordnung die wichtigsten Kennzeichen des Gemeinwesens neuen Typs mit proletarischem Charakter.

Die Fehler der Kommunarden, die sich aus unzureichenden Erfahrungen ergaben, bestanden, wie Marx feststellte, vor allem darin, dass sie es nicht vermocht hatten, die Machtmittel der proletarischen Diktatur konsequent anzuwenden. Das äußerte sich seiner Meinung nach im defensiven Verhalten, im Verzicht auf den Feldzug gegen Versailles gleich nach der Machtergreifung in Paris und in der Bewahrung der Unantastbarkeit der Bank von Frankreich, in der drei Milliarden Francs lagerten, von denen die Kommunarden nur 20 Millionen an Krediten,



Barrikade in der Rue Legendre.

Thiers hingegen 300 Millionen zur Verfügung gestellt wurden.

Die sozialökonomischen Maßnahmen der Kommune schätzte Marx deshalb hoch ein, weil sie die Richtung der zukünftigen Tätigkeit in diesem Bereich wiesen, nämlich die Produktionsmittel, den Grund und Boden und das Kapital „in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit“ zu verwandeln.

Auch der Kultur- und Aufklärungsarbeit der Pariser Kommune maß Marx große Bedeutung bei. In dem Zusammenhang nannte er Initiativen wie Trennung von Staat und Kirche, Schulreform, Frauengleichberechtigung und Arbeiterbildungseinrichtungen erste Schritte zur Liquidierung der geistigen Sklaverei.

Neue Argumente aus den Erfahrungen der Kommune schöpfte Marx zur Notwendigkeit eines Bündnisses der Arbeiter mit den nichtproletarischen werktätigen Massen, dem städtischen Kleinbürgertum und der Bauernschaft. Maßnahmen wie die Streichung der Hypothekarschulden hätten es unter günstigeren Umständen erlaubt, die Bauern zu gewinnen, und die Stundung der Wechsel, Wohnungsmieten und Schuldverschreibungen bewirkten unter den Mittelschichten in Paris, dass es der französischen Großbourgeoisie 1871 *nicht* gelang, wie im Juni 1848 einen Block aller Eigentümer gegen das Proletariat zu zimmern. Marx folgerte daraus, dass die Arbeiterklasse in der Lage sei, alle Gesellschaftsschichten um sich zusammenzuschließen, die nicht von fremder Arbeit leben.

Und endlich habe, so Marx, die Kommune gezeigt, dass die arbeitenden Menschen eine kämpferische, geschlossene Vorhut sowohl zur Erringung als auch,

und dies in noch größerem Maße, zur Erhaltung der Macht brauchen, eine revolutionäre Partei.

Wir führen das an, um eine Ahnung davon zu geben, was alles getan, vermieden, vorbereitet und berücksichtigt werden musste, um später, in der Weltkrise des kapitalistischen Systems 1917/18/19, einen erneuten Anlauf zur sozialistischen Umwälzung möglich zu machen.

Es ist sehr wahrscheinlich, ja sicher, dass sich jetzt und künftig sozialrevolutionäre Bewegungen unter den ganz anders gewordenen Bedingungen nur in neuen Formen entfalten können. Was aber ihre Inhalte und umzusetzenden Maßnahmen betrifft, wäre es fatal, die wichtigsten der von Marx gezogenen Lehren aus der Pariser Kommune zu vergessen.

Eine „Panne der Geschichte“?

Die Pariser Kommune fiel in eine Zeit, in der überall sonst in Europa die gesellschaftlichen Verhältnisse weit entfernt von einer revolutionären Situation waren, und sie sollte über vier Jahrzehnte, bis zur russischen Oktoberrevolution 1917, ein erratischer Block in der Geschichte der Emanzipationskämpfe der Volksmassen bleiben. So empfanden es auch die meisten Zeitgenossen: als ein von einer zufälligen Konstellation hervorgerufenen und durchaus vermeidbares Ereignis.

In Frankreich selbst wurde 1871 zwar auch in anderen Städten mit stärkerer Arbeiterbevölkerung der Versuch der Errichtung von Kommunen unternommen, so in Lyon, Toulouse, St. Etienne, Marseille, Narbonne und Limoges, sie hielten sich dort aber nur zwei bis drei Tage. Isoliert geblieben, hätten die Pariser Kommunarden eigentlich einsehen müs-

sen, dass sie gegen die Übermacht der Kapitalistenklasse und der Kräfte der Beharrung keine Chance hatten. Selbst der Revolutionär Karl Marx warnte die Pariser schon Wochen vor dem 18. März 1871 vor jedem verfrühten Aufstand, ja riet vor einem solchen Versuch ausdrücklich ab.

Als aber die Machtergreifung Wirklichkeit geworden war, stellte er sich sofort und uneingeschränkt hinter sie, obwohl er wusste, dass die Kommune eine Niederlage erleiden würde.

Rückblickend und aus heutiger Perspektive, nach den Ereignissen von 1989/91 und angesichts des Umstandes, dass der Kapitalismus jetzt sicherer im Sattel sitzt als je zuvor, erhebt sich die Frage, ob das Ergebnis den Versuch überhaupt wert war. Hätte man es nicht am 18. März 1871 bei den bestehenden Herrschaftsverhältnissen belassen sollen, und hätte man nicht spätestens bei Beginn des militärischen Generalangriffs der Versailler erklären können, dass man vor der Übermacht kampflos die Segel streicht, um „sinnlose Opfer“ zu ersparen?

Diese Frage könnte man den Trägern aller revolutionären oder auch nur widerständigen Bewegungen in der Geschichte stellen, von den Sklaven des Spartacus-Aufstandes bis hin zu den österreichischen Schutzbündlern des 12. Februar 1934. Ein solcher Fragesteller wäre von ihnen nebst etlichen vulgärlateinischen und ebenso deftigen Floridsdorfer Ausdrücken mit den nassen Fetzen davongejagt worden. Es gibt Momente im Geschichtsablauf, in denen ein Kampf selbst um einer aussichtslosen Sache willen notwendig ist und Aufopferung zukunftssträchtiger ist als Ducken und Kapitulation. Wie arm wäre die österreichische Sozialdemokratie, wenn es keinen Februar 1934 gegeben hätte und der heroische Abwehrkampf der Schutzbündler gegen die Dollfuß-Diktatur keinen zentralen Platz in ihrer Geschichtstradition einnähme?

So verhält es sich auch mit den Pariser Kommunarden. Sie haben das scheinbar Unmögliche in Angriff genommen und sich, wie es im Aufruf vom 21. März 1871 hieß, selbst „zu Herren ihres Geschicks“ gemacht. Sie haben das scheinbar Unmögliche für 72 Tage verwirklicht und damit späteren Generationen der „Verdammten dieser Erde“ einen Weg und ein Ziel gewiesen. Das ist es, was für die Geschichte wiegt, und nicht ihre Niederlage. Früher oder später wird es in unserer Welt wieder dazu kommen.

Die wichtigsten marxistischen Schriften zur Pariser Kommune und ihren Erfahrungen sind:

Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation (nebst den beiden Adressen des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg und zwei Vorentwürfen zum „Bürgerkrieg“), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 17.

Marx an Wilhelm Liebknecht, 6. April 1871, in: MEW, Bd. 33.

Marx an Ludwig Kugelman, 12. April 1871 und 17. April 1871, in: MEW, Bd. 33.

Marx an Leo Frankel und Louis-Eugène Varlin, 13. Mai 1871, in: MEW, Bd. 33.

Karl Marx, Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), in: MEW, Bd. 19.

Engels an Wilhelm Liebknecht, 22. Juni 1871, in: MEW, Bd. 33.

Friedrich Engels, Einleitung zu Karl Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (in der Ausgabe 1891), in: MEW, Bd. 17.

Friedrich Engels, Über den Krieg, in: MEW, Bd. 17.

Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: MEW, Bd. 18.

Karl Marx/Friedrich Engels, Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von 1872, in: MEW, Bd. 18.

Engels an August Bebel, 18./28. März 1875 (zum Gothaer Programm), in: MEW, Bd. 34.

Tagebuch der Pariser Kommune. Karl Marx–Friedrich Engels, Berlin 1971.

W. I. Lenin, Die Lehren der Kommune, in: W. I. Lenin, Werke (LW), Bd. 13.

W. I. Lenin, Dem Andenken der Kommune, in: LW, Bd. 17.

W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: LW, Bd. 25.

W. I. Lenin, Über die Pariser Kommune. Ein Sammelband, Berlin 1971.

Auswahl aus deutschsprachigen Erinnerungen, Augenzeugenberichten, Dokumentensammlungen und historischen Darstellungen:

Prosper Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871 (deutsch erstmals 1877), Berlin 1956.

Franz Mehring, Die Pariser Kommune 1871, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 43, Berlin 1880.

Albert von Holleben, Die Pariser Kommune 1871 unter den Augen der deutschen Truppen, Berlin 1897.

Pjotr A. Kropotkin, Die Pariser Kommune, Berlin 1906.

A. (Alexander) Conrady, Die Kommune, in: Die Befreiung der Menschheit. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart, hg. von Ignaz Jezower, Berlin 1921.

Otto Rühle, Die Kommune, in: Otto Rühle, Die Revolutionen Europas, Bd. 2., Dresden 1927.

Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen, hg. von Hermann Duncker, Berlin 1931 (Reprint Frankfurt/M. 1969).

Walter Markov, Die Pariser Kommune 1871,

W. I. Lenin, Grußschreiben an die Bayrische Räterepublik vom 27. April 1919

Wir danken für Ihren Gruß und begrüßen unsererseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten Sie sehr, möglichst oft und möglichst konkret mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. durchgeführt haben. Haben Sie

– Arbeiter- und Gesinderäte in den Stadtteilen geschaffen,

– die Arbeiter bewaffnet,

– die Bourgeoisie entwaffnet,

– die Bestände an Kleidung und anderen Erzeugnissen verwendet, um den Arbeitern und besonders den Landarbeitern und Kleinbauern sofortige und umfassende Hilfe zu leisten,

haben Sie

– die Fabriken und die Reichtümer der Kapitalisten in München wie auch die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in seiner Umgebung enteignet,

– die Hypotheken und Pachtzahlungen für die Kleinbauern aufgehoben,

– die Löhne für Landarbeiter und ungelernte Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht,

– alles Papier und alle Druckereien zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt,

– den Sechstundentag bei gleichzeitiger zwei- oder dreistündiger Beschäftigung in der Verwaltung des Staates eingeführt,

– den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen,

– alle Banken in Ihre Hände genommen, – Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt,

– für die Arbeiter größere Lebensmittelrationen als für die Bourgeoisie eingeführt, und

– die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert?

Die schnellste und umfassendste Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen bei eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiterräte und gesondert von ihnen der Kleinbauernräte wird Ihre Stellung festigen. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und in der Lage der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sofort und um jeden Preis eine faktische Verbesserung herbeizuführen.

Die besten Grüße und Wünsche für den Erfolg

Lenin

W. I. Lenin, Werke, Band 29, S. 314f.

Leipzig–Jena 1955.

Magda Aranyossi, Leo Frankel, Berlin 1957.

Bruno Kaiser (Hg.), Die Pariser Kommune im deutschen Gedicht, Berlin 1958.

Louise Michel, Buch vom Bagno. Erinnerungen einer Kommunardin, Berlin 1962.

Alistair Horne, Paris ist tot – es lebe Paris, Bern 1967.

Edmond de Goncourt, Tagebuch der Belagerung von Paris 1870/71, München 1969.

Peter Jokostra, Als die Tuileries brannten. Der Aufstand der Pariser Kommune 1871, Düsseldorf 1970.

100 Jahre Pariser Kommune. Anschauungsmaterial, Berlin 1971.

Jean Bruhat/Jean Dautry/Emile Tersen, Die Pariser Kommune von 1871, Berlin 1971.

Die Pariser Kommune 1871 (= dtv-Dokumente), hg. von Helmut Swoboda, München 1971.

Pariser Kommune 1871. Texte von Marx, Engels, Bakunin, Kropotkin, Lavrov, Lenin und Trotzki, hg. von Dieter Schneider (rororo-Texte des Sozialismus und Anarchismus), 2 Bde., Reinbek 1971.

Jean Villain, Die großen 72 Tage. Ein Report über die Pariser Kommunarden, Berlin 1971.

Klaus Meschkat, Die Pariser Kommune von

1871, Köln 1971.

Fritz Krause, Pariser Kommune 1871, Frankfurt/M. 1971.

Pjotr. L. Lavrov, Die Pariser Kommune vom 18. März 1871, Berlin 1971.

Ernst Engelberg, Die Pariser Kommune 1871. Schöpferkraft der Massen und wissenschaftliche Theorie, Berlin 1971.

Holger Ambrosius, Pariser Kommune 1871. Eine Bilddokumentation, Berlin 1971.

Georges Haupt, Die Kommune als Symbol und als Beispiel, Trier 1974.

Heinz-Gerhard Haupt/Karin Hausen, Die Pariser Kommune. Erfolg und Scheitern einer Revolution, Frankfurt/M. 1979.

Michail Maschkin, Die Pariser Kommune 1871. Chronik einer Revolution, Berlin 1982.

Alexander Bolz (Hg.), Bürgerkrieg in Frankreich. Die Pariser Kommune 1871 in zeitgenössischen Berichten, Lüneburg 2002.

Alexander Bolz (Hg.), Die Pariser Kommune März bis Mai 1871. Eine Dokumentation in Quellen, 2. Aufl., Lüneburg 2003.

Judith Prokasky, Vom Ereignis zum Mythos. Die Pariser Kommune in den Bildmedien 1871–1914, Weimar 2005.

100 Jahre Internationaler Frauentag

100 Jahre Kampf für die Rechte der Frau und den Frieden

IRMA SCHWAGER

Der Internationale Frauentag ist ein Stück Geschichte der internationalen Frauen- und der Arbeiterinnenbewegung. Es konnten Fortschritte durchgesetzt werden, es gab aber auch Rückschläge im Kampf um die Frauenrechte, insbesondere in der Nazizeit. Heute muss der Widerstand gegen die Unterlaufung errungener Rechte gestärkt und Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, die es den Frauen ermöglichen, gleiche Rechte, existenzsichernde Arbeit und Aufstiegschancen wahrzunehmen und ihren Kindern Einrichtungen für qualifizierte Betreuung, Bildung und eine gute Zukunft zu bieten. Von selbst hat sich nie etwa zum Besseren verändert. Nur sehr langsam konnten Fortschritte durchgesetzt werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: 1956 hat sich der Parteivorsitzende der KPÖ Johann Koplenig im Parlament für die Reform des längst veralteten, aus der Postkutschenzeit stammenden Ehe- und Familienrechts und gegen den „Klassenparagraphen 144“ eingesetzt – fast 19 Jahre hat es gedauert, bis diese Gesetze modernisiert und die Vorschläge des *Bundes Demokratischer Frauen Österreichs* (BDFÖ) sowie anderer Frauenorganisationen durchgesetzt wurden. Der zentrale Gedanke des Internationalen Frauentages ist, dass die Frauen sich selbst und möglichst organisiert für ihre Forderungen einsetzen müssen, um etwas zu erreichen.

Jahrzehntelang haben die österreichischen Massenmedien den Internationalen Frauentag ignoriert. Das hat sich gründlich verändert. Rund um den 8. März berichten fast alle Zeitungen, Radio und Fernsehen über den Frauentag, es sprechen Politikerinnen aller Parteien über die Fragen, die besonders Frauen betreffen. Von allen Seiten wird betont, wie wichtig es ist, bestehende Benachteiligungen zu überwinden. Demonstrationen, Protestaktionen und Veranstaltungen von Millionen Frauen in aller Welt haben viel dazu beigetragen, dass Frauenbewusstsein und Frauenbewegung in allen Kontinenten so stark geworden sind, dass die bestehenden Probleme nicht mehr totgeschwiegen werden können. Schon immer in der Geschichte haben Frauen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Krieg und Militarismus gekämpft. In der Frie-

denbewegung und in den Befreiungsbewegungen spielen sie eine wichtige Rolle. In der Bewegung für die Erhaltung einer gesunden Umwelt sind sie häufig mehrheitlich vertreten. Der Internationale Frauentag hat wesentlich mitgewirkt, diese fortschrittlichen Bewegungen zu stärken. Selbst in den furchtbaren Zeiten des Nazifaschismus wurde in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des Internationalen Frauentages gedacht, manchmal mit einem kurzen Gespräch, einem Stück eines roten Tuches auf dem Tisch oder Bruchstücken von Liedern, die gesummt wurden.¹

Geschichte des Internationalen Frauentages

Die historischen Wurzeln des Internationalen Frauentags liegen in den Kämpfen des 19. Jahrhunderts, ausgehend von den USA. 1857 protestierten in New York Arbeiterinnen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und für bessere Löhne. Die Polizei zögerte nicht, in die Menge zu schießen. Im März 1918 demonstrierten in New York Tabak- und Textilarbeiterinnen für das Frauenwahlrecht, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen. Daran anknüpfend hielten US-amerikanische Sozialistinnen einen Propagandatag für Frauenwahlrecht und Sozialismus ab. Am 20. Februar 1909 fand der erste nationale Frauentag statt. Ein achtwöchiger Streik von 20.000 Hemdennäherinnen in Manhattan sorgte im gleichen Jahr für internationales Aufsehen. August Bebel, Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, schrieb 1910 in einer Grußadresse: „Ohne die volle Gleichberechtigung der Geschlechter ist höchstmenschliche Freiheit und Kultur unmöglich.“²

In Österreich demonstrierten 1866 Tausende für ein Vereins- und Versammlungsrecht. „Frauenpersonen“ war behördlich die Mitgliedschaft in politischen Vereinen durch den § 30 im Vereinsgesetz verboten. 1893 wurde der erste größere Frauenstreik in Wien unter der Führung von Ryba Seidel erfolgreich durchgeführt. Die wachsende Arbeitslosigkeit in den 1890er Jahren führte zu den ersten Arbeiterinnenversammlungen, in denen Frauen als Rednerinnen auftraten. Von der Polizei wurden sie mit

Gefängnisstrafen bedroht und als „liederliche Dirnen“ bezeichnet. 1899 traten am 12. Mai 1.200 österreichische TextilarbeiterInnen, darunter 60 Prozent Frauen und Mädchen, zur Durchsetzung des 10-Stundentages in den Streik.³ Mit der ArbeiterInnenbewegung wuchs auch die bürgerliche Frauenbewegung. Auf der Generalversammlung des Wiener Erwerbsvereins im Jahre 1870 legte Marianne Hainisch das Programm bürgerlicher Frauenvereine vor. Auguste Fickert gründete in Wien den *Allgemeinen Österreichischen Frauenverein*. Sie forderte das Recht auf Bildung, Zugang zu allen Berufen und zu den Universitäten und das Wahlrecht. 1900 wurden die medizinischen Fakultäten an den Universitäten für Frauen geöffnet, 1918 wurde das Wahlrecht in Österreich durchgesetzt. Es war ein hartes Ringen gegen tiefverwurzelte Vorurteile, Traditionen und Widerstände nicht nur von Seiten der Kirche und des Bürgertums, sondern auch in der ArbeiterInnenbewegung. So forderten 1895 auf der niederösterreichischen Gewerkschaftskonferenz die Delegierten die Entfernung der Frauen aus dem Arbeitsprozess, weil sie Lohndrückerinnen seien und die Arbeitsplätze gefährdeten.

Beim Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie (3.12.1888 bis 1.1.1889) in Hainfeld wurden in einer Prinzipienklärung die Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung und die gleichberechtigte Mitarbeit von Frauen festgelegt. Allerdings wurde Anna Altmann, die einzig delegierte Frau, zum Parteitag nicht zugelassen. Beim Gründungskongress der *Zweiten Internationale* in Paris beantragten Emma Ihrer und Clara Zetkin die Gleichberechtigung der Frau in der Arbeiterbewegung und im Arbeitsleben. Was längst geklärt schien, stand Anfang des 20. Jahrhunderts in den sozialistischen Parteien wieder zur Debatte: Voraussetzungen, Ziele und Wege der Frauenemanzipation. So schrieb der SPD-Politiker Edmund Fischer im Jahr 1905 über die Frauenfrage: „Der alte Emanzipationsstandpunkt, der immer noch in vielen Köpfen spukt, lässt sich meiner Ansicht nach heute nicht mehr aufrecht erhalten. [...] Die sogenannte Frauenemanzipation widerstrebt der weiblichen und der menschlichen Natur



Demonstration des *Bundes demokratischer Frauen Österreichs* zum Internationalen Frauentag am 23. März 1953. (Foto: Bildarchiv der KPÖ)

überhaupt, ist Unnatur und daher undurchführbar.“

1910 wurde auf der 2. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative von Clara Zetkin, Käthe Duncker und Genossinnen (u.a. die Österreicherin Luise Zierz) beschlossen, an einem bestimmten Tag im März in allen Ländern einen internationalen Frauentag abzuhalten. Ihr Antrag lautete: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht gilt. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“⁴ Clara Zetkin war bereits auf der 1. sozialistischen Frauenkonferenz 1906 in Stuttgart zur internationalen Frauensekretärin gewählt worden und war Chefredakteurin der wichtigen Frauenzeitung *Gleichheit*. Diese hervorragende Frau kämpfte ihr ganzes Leben für die Rechte der ArbeiterInnenklasse und insbesondere für die Rechte der Frauen. Aus eigener Erfahrung kannte sie nur zu gut das schwere Leben der Frauen. Sie war Alleinerzieherin von zwei Kindern und hatte mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als Alterspräsidentin hat sie es sich nicht nehmen lassen, trotz schwerer Krankheit und Morddrohungen 1933 den Deutschen Reichstag zu eröffnen. Vor den vielen Naziabgeordneten in Uniform

hielt sie eine bedeutende Rede und warnte eindringlich vor den verheerenden Folgen von Faschismus und Krieg. In der *Gleichheit* analysierte sie die Ursachen von Kriegen und zeigte auf, wer die Profiteure und wer die Verlierer von Kriegen sind. Der Beschluss, alljährlich einen Internationalen Frauentag durchzuführen, wurde von den österreichischen Delegierten mit großer Begeisterung aufgenommen. Neben Deutschland, der Schweiz, Dänemark und den USA gehörte Österreich zu den ersten Ländern, die schon am 19. März 1911 den Internationalen Frauentag eindrucksvoll begingen. „Die Versammlungen und Gewerkschaftslokale sind in Wien derart überfüllt, dass Kundgebungen auf die Straße verlegt werden – 20.000 Frauen demonstrieren über die Wiener Ringstraße.“⁵ In Erinnerung an den Streik der Textilarbeiterinnen im März 1917 in Petrograd (am 23. Februar nach dem russischen Kalender), der Auslöser der „Februarrevolution“ war, wurde 1921 der 8. März als einheitliches Datum für den Internationalen Frauentag festgesetzt.

Zum 50-jährigen Jubiläum des Frauentagsbeschlusses im Jahr 1960 in Kopenhagen sprach Anna Hornik, vormals Strömer – Präsidentin der Wiener Organisation des BDFÖ – über ihre Erinnerungen an den ersten sozialistischen Frauentag in Wien: „Erstaunt lasen Passanten die Parolen auf den Tafeln, welche die Frauen mit sich trugen: Wir fordern das Frauenwahlrecht, gleiche politische Rechte für Frauen, Frauen und Mütter kämpfen für den Frieden. Manche dumme geistlose Witze wurden den Frauen zugerufen, die ihnen sofort

schlagfertig parierten. Die Spießer konnten es nicht verstehen, dass Frauen, noch dazu Arbeiterfrauen auf die Straße zogen wie Männer, um für politische Forderungen zu demonstrieren. Sie witzelten und spöttelten, und manche waren ehrlich entrüstet über die ‚politischen Weiber‘.“ Anna Hornik erzählte vom Engagement der demonstrierenden Frauen: „Immer leidenschaftlicher erscholl ihr Ruf nach Frieden, denn der Erste Weltkrieg warf seine Schatten drohend voraus. Und selbst als der Krieg dann wirklich ausbrach konnte er die Aktivität der Frauen nicht eindämmen. Bereits 1916 wurden in Österreich wieder Frauenversammlungen abgehalten, allerdings hinter verschlossenen Türen. Aber der Ruf der Frauen nach Frieden drang aus den verschlossenen Räumen hinaus und fand Widerhall in der gesamten Bewegung.“⁶

Frauenbewegung im Kalten Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten die kämpferischen Traditionen des Internationalen Frauentages wieder auf. In Paris wurde Ende 1945 die *Internationale Demokratische Frauenföderation* (IDFF) gegründet. Sie vereinte Frauen aus 41 Ländern ohne Unterschied der Rasse, Religion und politischer Weltanschauung. Gemeinsam wollten sie nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg und der Hölle des Faschismus für die Sicherung des Friedens, für Demokratie und die Rechte der Frauen und Kinder kämpfen. Sie wollten ein festes Band der Solidarität zwischen den Frauen aller Länder knüpfen. Der *Bund Demokratischer Frauen Österreichs* wurde 1948 Mitglied dieser weltumspannenden Frauenorganisation und hat an vielen Friedens- und Solidaritätsaktionen mitgewirkt. Angela Davis und viele Frauen aus den Gefängnissen Lateinamerikas, des Iran und Europas konnten so gerettet werden und haben nach ihrer Freilassung von der Wirksamkeit des internationalen Frauenprotestes erzählt. Es fanden internationale Konferenzen der IDFF auch in Wien und Salzburg statt. Unter anderem wurde im April 1952 in Wien die „Konferenz zum Schutz des Kindes“ abgehalten. 500 Frauen aus 64 Ländern berichteten vom erschreckenden Ausmaß der Ausbeutung von Kindern in aller Welt. Von den im Elend lebenden Bauern, die ihre Töchter verkaufen; von sechsjährigen Kindern, die ganztätig arbeiten und mit ein paar Bananen mittags auskommen müssen; von Kindern in den damals noch von Kolonialmächten besetzten Gebieten, die



Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März 1980.

für eine Handvoll Reis auf Feldern und Baustellen arbeiten müssen; von der Teppichindustrie, wo Kinder in einem 12-Stundentag herrliche Teppiche für einen Bettelohn knüpfen... Der Internationale Frauentag hat viel dazu beigetragen, dass die Fakten bekannt wurden und der Kampf um Kinderrechte verstärkt wurde. Dieser Kampf muss auch heute noch auf der ganzen Welt geführt werden.

Jahrzehntelang wurde der Internationale Frauentag nur vom *Bund Demokratischer Frauen*, von KommunistInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen begangen. „In der SPÖ gab es 1950 Überlegungen, ob man den Frauentag mit dem Muttertag zusammenlegen solle bzw. ihn in den Herbst verlegen solle, damit er nicht in zeitlicher Konkurrenz zum wichtigsten Feiertag, dem 1. Mai, stehe. Teilweise wurde erwogen, den Frauentag gänzlich aufzugeben. In der Diskussion wurde befürchtet, „dass wir den Frauentag ganz der K.P. überlassen“, wie die Historikerin Heidi Niederkofler in ihrer Studie über die Frauenorganisationen der Parteien berichtet: „Die Abgrenzungspolitik der SPÖ gegenüber kommunistischen Parteien und ihren AnhängerInnen war ein leitendes Motiv und diente der Schärfung des eigenen Profils, was durch den Antikommunismus in den Jahren des Kalten Krieges noch verstärkt wurde.“⁷

Neue Bündnisse

Mit der neuen Frauenbewegung, die vor allem die Fragen der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und der Gewalt gegen Frauen in den Mittelpunkt stellte, gelang es, gemeinsame Aktionen mit vorwiegend jungen Frauen durchzuführen. So fand z.B. 1974 eine große De-

monstration auf der Ringstraße gegen den § 144 statt, bei der anschließend eine Delegation beim damaligen Justizminister Christian Broda vorsprach.

1975 proklamierte die UNO das „Jahr der Frau“, und der 8. März wurde als Internationaler Frauentag gewürdigt. Im selben Jahr wurde auch der erste ausführliche Bericht über die Lage der Frauen in Österreich zusammengestellt. Es folgte die „Dekade der Frauen“ mit dem Motto „Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden“. Eindrucksvolle internationale Konferenzen wurden in Mexiko (1976), Kopenhagen (1980), Nairobi (1985) und Peking (1995) abgehalten. Regierungsdelegationen und NGOs analysierten, berichteten und diskutierten über die Probleme der Frauen in den verschiedenen Ländern, über Bildung, Beschäftigung und Gesundheit. Aktionspläne wurden erarbeitet. Das erhöhte die Aufmerksamkeit für Frauenforderungen und stärkte das Auftreten der Frauen in ihren Ländern über Parteigrenzen hinweg. Erst 1980 gelang es in Wien, eine gemeinsame Aktion zum Internationalen Frauentag vorzubereiten. Im *Aktionskomitee 8. März* waren Vertreterinnen des Frauenreferats der Hochschüler-schaft, des Bundes Demokratischer Frauen, der katholischen und evangelischen Frauenbewegung ebenso wie Kommunistinnen, junge Sozialistinnen und Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung aktiv. Es wurde eine große Demonstration auf der Mariahilfer Straße organisiert, an der im März 1981 etwa 1.000 Frauen teilnahmen. Im Aktionskomitee gab es Diskussionen und Auseinandersetzungen, z.B. über die Frage Schwangerschaftsabbruch. Die Katholikinnen

wollten die Forderung nach Abschaffung des § 144 vermeiden. Man einigte sich auf die Losung: „Kinder oder keine entscheiden wir alleine!“ Die Vertreterinnen des BDFÖ wollten auf die Frage der Sicherung des Friedens durch Abrüstung nicht verzichten, während die autonomen Frauen meinten, Frieden sei keine Frauenfrage. Eine heftige Auseinandersetzung gab es auch über die Frage, ob Männer an der Demonstration teilnehmen dürfen. Schließlich wurde beschlossen, eine reine Frauendemonstration durchzuführen. Das Bemühen, trotz verschiedener Meinungen für gemeinsame Interessen gemeinsam zu kämpfen, war und ist nicht leicht, aber eine Voraussetzung dafür, sich durchzusetzen und Fortschritte erzielen zu können.

Mit der Politikerin Johanna Dohnal und der Gewerkschafterin Irmgard Schmidleitner begann die Abgrenzungspolitik der SPÖ zu bröckeln. Offene Frauentagsveranstaltungen fanden auch im Rathaus und im Parlament statt, Frauenquoten unter Teilnahme unterschiedlicher parteipolitischer Richtungen zeigten die bestehenden Benachteiligungen der Frauen auf. 1997 wurde ein Volksbegehren von 645.000 Unterschriften unterstützt, das in elf Punkten für die verfassungsmäßige Verankerung der gleichen Rechte als Grundlage zum Abbau der Benachteiligung von Frauen eintrat.⁸ 1998 hielt die Journalistin Elfriede Hammerl zum Internationalen Frauentag bei einer Kundgebung vor dem Parlament eine Rede zu einer Budgetvorstellung der Frauen, die von 41 Frauenorganisationen und -zeitschriften unterstützt wurde. Sie rief die Abgeordneten auf: „Nehmen Sie die Forderungen der Frauen ernst und realisieren Sie die Forderungen des Frauenvolksbegehrens, realisieren Sie sie jetzt. 2.500 Steuerpflichtige in Österreich sind unermesslich reich, während zahlreiche Frauen von ihrer Ganztagsarbeit nicht einmal notdürftig ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Machen Sie Schluss mit dieser schreienden Ungerechtigkeit!“ Am Internationalen Frauentag 2001 formulierte ein feministischer Widerstandskongress eine Budgetalternative. Im Schlusssatz heißt es: „Statt Neoliberalismus schlicht als gegeben hinzunehmen, wollen wir in der Gesellschaftspolitik eine neue Option für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung öffnen.“⁹

Der Frauenbericht 2010 zeigt u.a., wie aktuell diese Aufforderung an die Abgeordneten und an die Regierung heute noch ist, und dass das viel benutzte Wort von der Gerechtigkeit nur wenig mit der

Zum Tod von Ernst Engelberg (1909–2010)

MARTIN KRENN

Am 18. Dezember 2010 ist Ernst Engelberg, einer der bedeutendsten Historiker und Geschichtstheoretiker des 20. Jahrhunderts, im 102. Lebensjahr in Berlin verstorben. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke in den Reihen der marxistischen Wissenschaft.

Engelberg, am 5. April 1909 im badi-schen Haslach als Sohn des kleinen Buchdruckers und Zeitungsverlegers Wilhelm Engelberg noch im Wilhelminischen Kaiserreich geboren, hat Geschichte nicht nur geschrieben, sondern aktiv miterlebt. Vom sozialdemokratisch geprägten Elternhaus und eigener Sozialisation hat er ein gehöriges Quantum der liberalradikalen 1848er-Gesinnung des

deutschen Südwestens mitbekommen; eine weitere Politisierung führte ihn zuerst in den Kommunistischen Jugendverband und während seines Studiums (Geschichte, Nationalökonomie, Philosophie) in Freiburg im Breisgau, München und später Berlin in die Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aufgrund seiner illegalen Widerstandstätigkeit gegen das faschistische Regime – Deckname: „Alfred“ – folgten im Februar 1934, nur wenige Tage nach der mündlichen Verteidigung seiner Doktorarbeit über „Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik“ (erst 1959 in modifizierter Form als „Revolutionäre Politik und rote Feldpost

1878–1890“ publiziert), die Verhaftung durch die Gestapo und die Verurteilung zu eineinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat; im Anschluss daran verließ Engelberg Deutschland in Richtung Schweiz. Nach der nicht erfolgten Verlängerung seiner Arbeitserlaubnis und der drohenden Einweisung in ein Schweizer Arbeitslager ging er über Vermittlung Max Horkheimers in die Emigration in die Türkei. Sein Wunsch nach einer sofortigen Rückkehr nach Deutschland ließ sich erst 1948 realisieren – sein Weg führte ihn zuerst an die Pädagogische Hochschule in Potsdam (als Dozent für Deutsche Geschichte), nach Gründung der DDR im Jahr 1949 an die Universität Leipzig. 1951 übernahm er dort das neu gegründete Akademie-Institut für Deutsche Geschichte, 1960 schließlich an der *Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR* das Institut für Deutsche Geschichte. Ab 1969 leitete er die an der Akademie angesiedelte *Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft*. In diesem institutionellen Wirken ist auch das Kaleidoskop der inhaltlichen Schwerpunkte, die Engelbergs wissenschaftliches Oeuvre auszeichnen, abgebildet: die Erforschung der deutschen Geschichte in der Bismarck-Ära, immer geleitet vom Spannungsverhältnis von revolutionärer Arbeiterbewegung und (relativem) nationalstaatlichem Fortschritt durch die Politik des reaktionären preußischen Kanzlers Bismarck auf der einen Seite, geschichtstheoretische Grundlagenarbeit auf der anderen, die in den 1970er Jahren in zahlreiche Referenzwerke zu Fragen der marxistischen Formationstheorie als genuiner Weiterentwicklung der Marx'schen Geschichtsphilosophie einmünden sollte.

Bismarck und die Formationstheorie

Seine Neubewertung der Rolle Bismarcks, verdichtet dargelegt in den beiden Teilen seiner monumentalen Bismarck-Biografie (Teil I „Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer“ 1985, Teil II „Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas“ 1990, gleichzeitig in einem bundesdeutschen und einem DDR-Verlag gedruckt), die Bismarck eben nicht allein als reaktionären Unterdrücker der aufkeimenden revolutionären Arbeiterbewegung sieht,

aktuellen Politik zu tun hat. Ein Drittel weniger Lohn, dann nur die Hälfte der Pension; immer mehr Teilzeit- und ungeschützte Arbeitsverhältnisse, die nicht existenzsichernd sind; viel zu wenig qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen; ein nicht endender Streit um eine moderne Gesamtschule im Ganztagsbetrieb, das Festhalten der ÖVP am Gymnasium und damit an der Trennung der 10-jährigen Kinder in Haupt- und Mittelschüler, obwohl alle ExpertInnen der Meinung sind, dass dies viel zu früh sei und erst mit 14 Jahren entschieden werden könne, wofür ein Kind sich eignet. Bei diesem längst überholten System kann von Chancengleichheit keine Rede sein; und es gibt viele andere Benachteiligungen im Sozial- und Gesundheitsbereich; die viel zu keine Präsenz von Frauen in Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft: All dies zeigt, wie aktuell der Internationale Frauentag als Kampftag der Frau ist.

Zur Erinnerung an den ersten Internationalen Frauentag in Wien ruft eine überparteiliche Frauenplattform zu einer großen Demonstration am 19. März 2011 auf. Im Aufruf „Frauen, gemeinsam verändern wir die Welt und uns selbst!“ heißt es u.a.: „Vor 100 Jahren, am 19. März 1911, fand in Wien die erste große Demonstration für die Rechte von Frauen statt. An die 20.000 Personen – mehrheitlich Frauen – marschierten damals auf der Ringstraße zum Rathaus. Ihre Anliegen waren: allgemeines Frauenwahlrecht, Arbeitsschutzgesetze, Mutter- und Kinderschutz, 8-Stunden-Tag,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Senkung der Lebensmittelpreise, die Einführung einer Sozialversicherung, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Verhinderung des sich am Horizont bereits abzeichnenden 1. Weltkrieges. / Heute, 100 Jahre später, sind viele der damals eingeforderten Rechte umgesetzt, manche werden schon wieder in Frage gestellt, andere noch gar nicht eingelöst und viele neue Forderungen und Visionen sind dazugekommen.“ Es folgt ein umfangreicher Forderungskatalog und abschließend der Aufruf an alle Frauen, sich an der Demonstration am 19. März zu beteiligen.

Unsere Welt braucht die aktive Teilnahme der Frauen, die internationale Solidarität, um grundlegende Veränderungen und ein menschenwürdiges Leben in Frieden durchzusetzen.

Hoch der Internationale Frauentag!

Anmerkungen:

1/ Renate Wurms: Geschichte des Internationalen Frauentages, in: *Volksstimme*, 5.3.1998.

2/ Zit. nach: Deutscher Frauenrat, Newsletter, Nr. 1/2010.

3/ *Volksstimme*, 5.3.1998.

4/ Zit. nach: Renate Wurms: Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Frankfurt/M. 1980, S. 6.

5/ *Volksstimme*, 5.3.1998.

6/ Anna Hornik, in: *Stimme der Frau*, 1960.

7/ Heidi Niederkofler: Mehrheit verpflichtet! Frauenorganisationen der politischen Parteien in Österreich in der Nachkriegszeit. Wien: Löcker 2009, S. 122–125.

8/ *die arbeit*, Nr. 1/1997, S. 20.

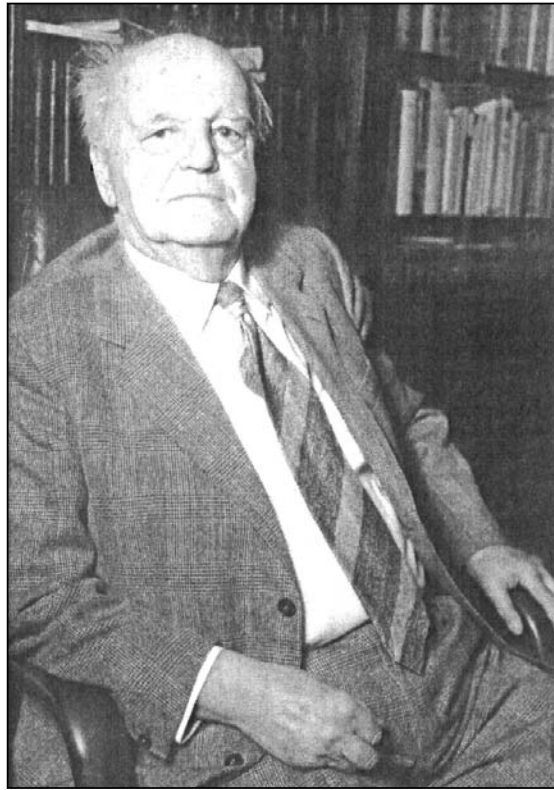
9/ *die arbeit*, Nr. 3/2001, S. 4.

sondern die objektive Notwendigkeit des staatlichen Einigungsprozesses Deutschlands als eine Art „Revolution von oben“ (Bismarck II, 648) beschreibt (mit dem preußischen Kanzler Bismarck als Produkt dieser Entwicklung wie deren Vehikel gleichermaßen), hat dazu geführt, dass der Historiker Engelberg auch nach 1990 noch eine vergleichsweise prominente Rezeption erfuhr. In der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Bismarck-Bildern und in deutlicher Weiterentwicklung seiner eigenen Position aus den 1960er Jahren, die noch die allein reaktionäre Seite der Bismarck'schen Politik nach der Reichsgründung betont, verortet er die Person des preußischen Kanzlers im Spannungsbogen objektiver Gegebenheit und subjektiver Möglichkeit, in den Worten seiner großen Biografie: „Freiheit in der Gebundenheit“ (Bismarck I, S. 571). Bismarck habe durch seine Politik „nicht allein das nationalstaatliche Testament der deutschen Revolution von 1848/49“ vollstreckt, sondern sich „im Strom der allgemeinen Geschichte seiner Zeit“ bewegt. Entscheidend sei nicht zuletzt der Abgang von Bismarck gewesen: Erst die Nachfahren, der voll auf eine imperialistische Weltmacht-Politik

einschwenkende Wilhelminismus und das ihn tragende Bürgertum, hätten seine Politik „vertan“ (Bismarck II, S. 648f.). Wolfgang Küttler, Engelbergs wichtigster wissenschaftlicher Wegbegleiter seit den 1970er Jahren, sieht in der Bismarck-Biografie das Bemühen um die „Einheit einer widersprüchlichen Nationalgeschichte, die er ebenso von einem konsequenten antifaschistischen und antimilitaristischen Standpunkt aus wie auch in klarer Abgrenzung von jeder Art des nationalen Nihilismus begreift“.

Dieser ungebrochenen Rezeption des Bismarck-Historikers Engelberg steht eine weitgehende Ausklammerung des Geschichtstheoretikers gegenüber; eine Tatsache, die dem Umstand einer Gesamtverwerfung der Marx'schen Geschichts- und Gesellschaftstheorie nach 1989/90 im nunmehr wiedervereinigten Deutschland (und in dessen Gefolge auch in Österreich) geschuldet ist. Neben der von Walter Markov und der (nicht zuletzt von Markov maßgeblich beeinflussten und von seinem Schüler Manfred Kossok weiterentwickelten) Leipziger Schule der Geschichtswissenschaft betriebenen historischen Revolutionsfor-

schung gehört die von Engelberg und seinen Kollegen an der *Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft* aus der Marx'schen Formationsanalyse gewonnene Formationstheorie zu den originellsten Beiträgen, die die DDR-Geschichtswis-



Ernst Engelberg (1909–2010)

Foto: Nina Höffken

senschaft im Kontext der Weiterentwicklung marxistischer Theoriebildung vorgelegt hat. Das im Jahr 1978 von Küttler und Engelberg ihrem referenzstiftenden Sammelband „Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin“ zugrunde gelegte Programm einer methodologischen Systematisierung in Verbindung mit einer theoriegeschichtlichen Analyse und forschungspraktischen Anwendung der Marx'schen Kategorie der „ökonomischen Gesellschaftsformation“ basiert auf der Grundlage einer komplexen sozialökonomisch begründeten Gesamtanalyse von Gesellschaften, die in der „Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ (Engelberg: Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 16 (1968), S. 1140) einen spezifischen Formationstypus als historische, keineswegs unilinear verlaufende Entwicklungsstufe konstituieren. Daraus resultierenden Fragestellungen wie etwa dem Periodisierungsproblem und der Abgrenzungsproblematik

unterschiedlicher Formationstypen hat Engelberg zentralen Stellenwert beigemessen (gesammelt in: *Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft*. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1980); die von ihm formulierten Lösungsansätze haben auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt und erfahren zumindest vereinzelt Aufmerksamkeit in den dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb weiterhin trotztenden Zusammenhängen marxistischer und marxistisch inspirierter Wissenschaftler in Deutschland (zuletzt etwa in dem von Wolfgang Küttler und Wolfgang Eichhorn herausgegebenen Band „Was ist Geschichte?“ in den Abhandlungen der Leibniz-Sozietät 2008).

Der politische Mensch Engelberg

Neben dem wissenschaftlichen Werk, das über ein fast acht Jahrzehnte währendes Forscherleben hindurch eine beeindruckende Konsistenz bewahrt hat, soll nicht zuletzt der politische Aktivist Ernst Engelberg in Erinnerung behalten werden: Als Präsident der *Deutschen Historikergesellschaft der DDR* und als Präsident des *Nationalkomitees der Historiker der DDR* (1960–1980) zog er sich aus

der – vor der deutsch-deutschen Annäherung in den 1970er Jahren mit unerbitterlicher Härte geführten – Auseinandersetzung mit der westdeutschen Historikerkunft ebenso wenig zurück wie nach der als „Wende“ paraphrasierten Eingliederung der DDR in die westdeutsche Bundesrepublik und dem Ende eines Staates, für dessen Gestaltung er sich mit seiner ganzen Schaffenskraft eingesetzt hatte. Wiewohl schon über 80 an Lebensjahren zählend, bezog Engelberg aktiv Stellung in der Verteidigung des progressiven Erbes der DDR und in den der Wiedervereinigung folgenden sozialen Kämpfen. Er war Mitglied im Ältestenrat der PDS und nach der unter dem Terminus „Abwicklung“ erfolgten Liquidierung der ostdeutschen Akademie der Wissenschaften maßgeblich an der Gründung der Leibniz-Sozietät beteiligt, deren erstem Präsidium unter dem Vorsitz des Nierenspezialisten Horst Klinkmann er als Vizepräsident angehörte. Mit Ernst Engelberg verliert die Sozietät eines ihrer verdientesten Mitglieder, die deutsche und internationale Geschichtswissenschaft einen ihrer bedeutendsten Vertreter im 20. Jahrhundert.

„Repräsentant einer neuen Zeit“

Juri Gagarins Österreich-Besuch im Mai 1962

MANFRED MUGRAUER

Vor knapp 50 Jahren, am 12. April 1961, umkreiste Juri Gagarin als erster Mensch den Erdball und leitete mit dem Flug von „Wostok 1“ das Zeitalter des bemannten Raumfluges ein.¹ Als erster Mensch sah er die Erde in ihrer Gestalt als Globus und die Nachtschwärze des Weltalls. Für die Sowjetunion bedeutete die Tatsache, dass Gagarin nach seinem 108-minütigen Flug wohlbehalten auf die Erde zurückkehrte, einen weiteren Triumph in der Erschließung des Alls. „Der erste Mensch, der in den Kosmos vorstieß, ist ein Sohn des Sowjetvolkes, ein Bürger der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!“, wurde in einem Aufruf von Staat und Partei verlautbart.² Bereits am 4. Oktober 1957 war es der Sowjetunion als erstem Land gelungen, mit „Sputnik 1“ einen künstlichen Erdsatelliten zu starten. Mit dem Sputnik, der monatelang ohne weiteren Antrieb die Erde umkreiste, begann die Ära der Weltraumfahrt. Die darin zum Ausdruck kommende wissenschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion löste in den USA einen schweren Schock aus, bedeutete „Sputnik 1“ doch neben der wissenschaftlich-technischen Sensation auch einen großen internationalen Propagandaauftrag der Sowjetunion. „Noch nie hat ein Bericht über eine wissenschaftliche Leistung so viel Aufmerksamkeit in der ganzen Welt erregt“, schrieb damals der kommunistische Journalist Rolf Rothmayer in einem populären, im Parteiverlag der KPÖ erschienenen Taschenbuch.³

„Die Weltraumschiffahrt tritt aus dem Reich der Träume in den Bereich der Wirklichkeit“, reagierte auch das Zentralorgan der KPÖ euphorisch auf den künstlichen Himmelskörper: „Daß diese Epoche von der sozialistischen Sowjetunion ihren Ausgang nahm, erfüllt uns Kommunisten mit unendlichem Stolz.“ Die „Umwandlung eines rückständigen Landes in die technisch höchstentwickelte Sowjetunion – das ist der Beweis der Überlegenheit des Sozialismus, des Triumphs unserer Idee“, war im Leitartikel der *Volksstimme* zu lesen.⁴ Wenige Monate später startete „Sputnik 2“ mit der Hündin Laika an Bord. 1959 erreichten die sowjetischen „Luna“-Sonden den Mond und fotografierten seine Rückseite. Am 19. August 1960 trat das zweite

sowjetische Raumschiff seine Bahn um die Erde an mit den Hunden Strelka und Belka an Bord, die beide nach 18 Erdumkreisungen wohlbehalten auf die Erde zurückkehrten.⁵

Raumfahrt im Kalten Krieg

Für die im Kalten Krieg innenpolitisch weitgehend isolierte KPÖ war der sowjetische Vorsprung in der Raumfahrt vor allem in propagandistischer Hinsicht von großer Bedeutung. So wurde auch der Weltraumflug Juri Gagarins von der kommunistischen Presse in Österreich nicht nur als Erfolg der sowjetischen Wissenschaft und Technik, sondern erneut als Zeichen dafür gewertet, dass das sozialistische System der kapitalistischen Welt insgesamt überlegen sei: „Dieses welthistorische Ereignis legt Zeugnis ab von der Überlegenheit des Sozialismus und der unvergänglichen Ideen des Marxismus-Leninismus“, so das Zentralkomitee der KPÖ in einer Grußbotschaft an das ZK der KPdSU.⁶ Bereits zu Mittag des 12. April erschien eine zweiseitige Extraausgabe der *Volksstimme*,⁷ die über die sensationelle Neuigkeit informierte, in großem Umfang bei Arbeitsschluss vor den Betrieben verteilt wurde und bald vergriffen war.⁸ Wenige Tage später hob ZK-Sekretär Friedl Fűrberg noch einmal den Zusammenhang zwischen Raumschiff und Sozialismus hervor: „Das sowjetische Weltraumschiff verkündet diesen Sieg des Kommunismus [...]“.⁹

Diese aus heutiger Sicht übermäßig euphorische Einschätzung der sowjetischen Erfolge im Weltall entsprach damals durchaus der öffentlichen Wahrnehmung, auch jener in der westlichen Welt. In den Jahren des Kalten Krieges wurde die Raumfahrt zu einem „Ersatzkrieg“, in dem die Sowjetunion die USA zunächst hinter sich lassen konnte, was auch im Westen uneingeschränkt anerkannt werden musste. Aus aller Welt traf eine Flut von Glückwunschtelegrammen ein: Neben dem US-Präsidenten John F. Kennedy¹⁰ gratulierten auch der österreichische Bundespräsident Adolf Schärf und Bundeskanzler Alfons Gorbach „den Völkern der Sowjetunion und dem Astronauten Major Gagarin“ zu dieser „heroischen Tat“.¹¹ In den Errungenschaften der Raumfahrt sah die damalige

Weltöffentlichkeit „den maßgeblichen Fortschritts- und Machtindex“, anhand dessen sich bestimmen lasse, wer im Kalten Krieg gerade auf der Gewinnerspur fahre.¹² „In einem regelrechten Feuerwerk immer neuer Raumfahrtunternehmen und -erfolge wuchs das internationale Prestige der neuen Supermacht“,¹³ resümiert Robert Kluge die weiteren Erfolge der sowjetischen Raumfahrt: So umkreiste am 6./7. August 1961 German Titow, im April noch Gagarins Ersatzmann, mit „Wostok 2“ 17 Mal die Erde. Im August 1962 folgte der erste so genannte „Gruppenflug“ von Andrijan Nikolajew und Pawel Popowitsch mit zwei Raumschiffen gleichzeitig. „Heute fahren die zwei sowjetischen Astronauten rund um die Erde und das macht mich gut gelaunt, wie jeden vernünftigen Menschen“,¹⁴ gab der Komponist Hanns Eisler – wenige Wochen vor seinem Tod – in einem Brief seinem Zukunfts-optimismus Ausdruck. Im Juni 1963 umkreiste Walentina Tereschkowa mit „Wostok 6“ als erste Frau die Erde. 1965 schwebte Alexei Leonow als erster Mensch frei im Weltraum. Sputnik, Gagarin und die weiteren „Wostok“-Flüge machen deutlich, wie verfehlt es ist, den Kalten Krieg allein von seinem Ende her zu betrachten: Angesichts der prestigeträchtigen „Eroberung des Himmels“ erschien der erste sozialistische Staat auf Erden „den Zeitgenossen keineswegs als Auslaufmodell, sondern als Wegbereiter der Zukunft“, so Klaus Gestwa in seiner Studie über den Gagarin-Kult.¹⁵

In Österreich wurde der Weltraumflug Juri Gagarins sowohl publizistisch als auch in mehreren Veranstaltungen popularisiert: Die Presseabteilung der sowjetischen Botschaft in Österreich brachte ebenso wie die *Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft* (ÖSG) eine Broschüre über die Pionierleistung Gagarins heraus.¹⁶ In ersterer waren neben einer kurzen Gagarin-Biographie zahlreiche Erklärungen sowjetischer Stellen, das Gespräch Gagarins mit Nikita Chruschtschow, dem Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, seine Unterredung mit dem Korrespondenten der *Iswestija* und die Rede Gagarins bei seinem Empfang auf dem Roten Platz in Moskau nachzulesen. In Österreich vertrieben wurden auch die



Empfang von Gagarin am Roten Platz am 14. April 1961.

beiden 1961 im *Verlag für fremdsprachige Literatur* in hohen Auflagen erschienen populären Darstellungen „Der Weg in den Kosmos“ und „Kosmonaut Nr. 1“.¹⁷ Die ÖSG veranstaltete in den Wochen nach Gagarins Weltraumflug zahlreiche Vortragsabende, beispielsweise in der Komensky-Schule im 3. Wiener Gemeindebezirk, im Heimatsaal in Waidhofen an der Ybbs, im Ebenfurther Kulturamt oder auch im Vortragssaal der Arbeiterkammer Salzburg, in deren Rahmen Rolf Rothmayer und Walter Hollitscher über den Flug in den Weltraum referierten.¹⁸ Die sowjetische Botschaft stellte dem Volksbildungszentrum *Wiener Urania* kostenlos den Farbfilm „Der Weg zu den Sternen“ zur Verfügung, der Anfang Oktober in zwei Sonntagsaufführungen gezeigt wurde.¹⁹ Vom großen öffentlichen Interesse an Problemen der Raumfahrt zeugen auch die dortigen Vortragsreihen „Raketentechnik und Weltraumfahrt“ und „Gegenwart und Zukunft der Weltraumfahrt“ im Winter 1961/62.²⁰ Den Höhepunkt der propagandistischen Auswertung des ersten bemannten Weltraumfluges stellte die Österreich-Reise Juri Gagarins im Mai 1962 dar, die in diesem Beitrag dokumentiert werden soll.

Botschafter des Friedens

Gagarin bereiste nach seinem denkwürdigen Weltraumflug beinahe die ganze Welt. Österreich war die 18. Station dieser „Tournée“. Zuvor besuchte Gagarin u.a. Großbritannien, Polen, Kuba, Brasilien, Kanada und die Tschechoslowakei. Er wurde von Fidel Castro ebenso wie von der englischen Königin empfangen. Es folgten Reisen nach Japan, Mexiko, in die DDR, nach Frankreich, Skandinavien und in einige afrikanische Staaten. Rechnet man die Strecke zusammen, die der erste Kosmonaut in vielen Ländern der Erde insgesamt unterwegs war, so entspricht diese etwa jener, die er mit seinem Raumschiff im Kosmos zurückgelegt hat.

Auch im Westen wurde Gagarin bei seinen Auslandsreisen von den Menschen mit großer Sympathie aufgenommen und bejubelt. Gagarin galt als Sinnbild des neuen, kosmischen Zeitalters, als „Kolumbus des Weltraums“. Über-

all sei ihm ein herzlicher Empfang bereitet worden, fasste Gagarin im Vorfeld seines Österreich-Besuches die Eindrücke von seinen bisherigen Reisen zusammen.²¹ Seine Fähigkeiten „brachten der Sowjetunion ein großes außenpolitisches Kapital ein und unserem Volk unschätzbare moralische Siege“, resümierte Kosmonaut German Titow die „irdischen Belastungen“, die Gagarin ausgezeichnet gemeistert habe.²² Er „gab dem Kommunismus ein strahlendes Gesicht. Als Jetsetter der globalen sowjetischen Charme-Offensive erzielte er große Erfolge“,²³ so Gestwa in Einschätzung des „Globetrotters“ Gagarin.

Gagarin war in propagandistischer Hinsicht geradezu ein Glücksfall für sein Heimatland und die sowjetische kommunistische Partei – insofern, als er ja nicht zum sozialistischen Helden ausgebildet worden war: Politisch-ideologische Kriterien spielten bei der Auswahl der Kosmonauten gewiss eine untergeordnete Rolle. „[A]usgeglichen, konzentriert, intelligent, durchtrainiert und widerstandsfähig“,²⁴ das waren die Faktoren, die ausschlaggebend waren, warum die Wahl auf Gagarin fiel und er „Kosmonaut Nr. 1“ wurde. Nach dem erfolgreichen Weltraumflug war er aus mehreren Gründen prädestiniert dazu, als internationaler Sympathieträger aufzutreten: Neben seiner Vorzeigebiographie und seiner politischen Gesinnung waren es vor allem seine menschlichen Qualitäten, sein Charme und sein gewinnendes Äußeres, die aus Gagarin einen idealen „Botschafter“ der Sowjetunion machten.

Geboren wurde Juri Alexejewitsch Gagarin am 9. März 1934 in einem Dorf im Rayon Gshatsk bei Smolensk.²⁵ Seine Eltern arbeiteten im Kolchos, sein Vater als Zimmermann, seine Mutter als Melkerin. Mit diesem klassenmäßigen Hintergrund personifizierte der Kosmonaut den Sprung der Sowjetunion „vom Muschik zum Sputnik“, vom rückständigen Agrarland hin zur sozialistischen Weltraummacht. 1951 beendete Gagarin eine

Gewerbeschule als Gießer und studierte an einem Industrietechnikum in Saratow. 1955 besuchte er die Militärfliegerschule in Orenburg und diente seit 1957 als Pilot der sowjetischen Luftwaffe. 1949 war er dem Kommunistischen Jugendverband (Komsomol) beigetreten, seit 16. Juni 1960 gehörte er der KPdSU an. Seinen Eintritt in die Partei wertete Gagarin in einem Interview mit der *Iswestija* als „das größte und bedeutendste Ereignis in meinem Leben, bevor ich diesen Flug in den Kosmos unternahm“.²⁶ Nach seinem Weltraumflug bekleidete Gagarin auch politische Funktionen und Ehrenämter, etwa als Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, als Mitglied des Zentralkomitees des Komsomol oder als Präsident der sowjetisch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft. 1962 begann er sein letztlich mit Auszeichnung abgeschlossenes Studium an der „Shukowski“-Militärakademie und arbeitete als stellvertretender Kommandeur der sowjetischen Kosmonautengruppe.

Ungeachtet der Tatsache, dass Gagarin in weiterer Folge von der sowjetischen Propaganda in den Rang eines makellosen Helden und einer sozialistischen Ikone erhoben wurde,²⁷ stehen seine menschlichen Qualitäten außer Zweifel. Auch in zeitgenössischen Berichten und der Erinnerungsliteratur wird Gagarin durchgängig als zugänglich, liebenswert, bescheiden und frei von jeglicher Überheblichkeit und Eitelkeit beschrieben. Die *Volksstimme* erinnerte an ihn als kontaktfreudigen und lebenslustigen Menschen mit einem feinen Gefühl für Humor.²⁸ Gagarin wurde ein Weltstar, blieb aber dennoch „liebenswürdig und geradlinig, erd- und volksverbunden“.²⁹ Einen geradezu legendären Stellenwert nahm dabei sein charakteristisches Lächeln ein, das der Gestalt Gagarins ihre Ausdruckskraft verlieh. Kaum ein Zeitungsbericht kam damals ohne den Hinweis aus, dass Gagarin mit seinem unvergleichlichen und unwiderstehlichen Lächeln und seinem bescheidenen Auftreten die Herzen der Menschen im Nu gewonnen habe. Es war sein „freimütiges, optimistisches Lächeln, das sofort die traditionelle Aureole der Ehrfurcht verlöschen ließ“ und ihn den Menschen näher brachte, so sein Kosmonautenkollege Boris Jegorow.³⁰

Gagarin fungierte bei seinen Reisen nicht nur in allgemeiner Hinsicht als Botschafter seines Landes, sondern als „Sendbote des Friedens“,³¹ wurde doch seitens der Sowjetunion stets hervorgehoben, dass die Erforschung des Kosmos

ausschließlich friedlichen Zwecken dienen dürfe. Auch im Glückwunschtelegramm der KPÖ wurde der Weltraumflug als eine Botschaft des Friedens und der Völkerfreundschaft bezeichnet, als eine Botschaft an die Völker der Welt, die Politik der friedlichen Existenz zu verwirklichen, die allgemeine totale Abrüstung durchzusetzen und einen dauerhaften Frieden zu sichern.³² Kraft seiner Persönlichkeit war Gagarin eine glaubwürdige Verkörperung der sowjetischen Friedensbotschaft. Mit seinem jugendhaften Charme und seiner Fröhlichkeit galt er geradezu als Gegenteil des gängigen Stereotyps vom grimmig-bösen Russen. „Nach der Bekanntschaft mit Gagarin fällt es schwer zu glauben, daß an einem Gesellschaftssystem viel falsch sein kann, das solche Männer hervorbringt“, resümierte der britische *Daily Express* die Werbekraft Gagarins.³³

„Bahnbrecher und Pionier“

Die KPÖ bemühte sich wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im Jahr 1962 bevorstehenden Nationalratswahlen um einen baldigen Österreich-Besuch Gagarins. Am 13. Dezember 1961 wurde im Politischen Büro, dem operativen Führungsgremium der Partei, beschlossen, den „Freunden“, also den sowjetischen Stellen, mitzuteilen, dass Gagarin im Laufe des Jänner 1962 nach Österreich kommen solle.³⁴ Ein grundsätzliches Einverständnis war zu diesem Zeitpunkt wohl bereits auf dem Wege der ÖSG erzielt worden. Zehn Tage später war im Zentralorgan von Bemühungen der ÖSG zu lesen, einen der beiden sowjetischen Weltraumfahrer, Gagarin oder Titow, der Wiener Öffentlichkeit vorzustellen: „Die Einladung der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft fand in Moskau ein positives Echo, doch steht die endgültige Antwort noch aus.“³⁵ Am 13. Jänner 1962 teilte die ÖSG mit, dass Gagarin seine prinzipielle Zusage erteilt habe, mehrere Tage nach Wien zu kommen, der genaue Termin aber noch nicht feststehe, weil erst noch mit der Wiener Stadthalle ein Termin für eine Großveranstaltung ausverhandelt werden müsse. Die Einladung sei zudem zunächst auch an German Titow ergangen.³⁶ Im *Kurier* und der *Arbeiter-Zeitung* wurde anknüpfend an diese Mitteilung über einen Besuch von Gagarin bereits Ende Jänner oder Anfang Februar spekuliert.³⁷ Im Februar berichtete die *Volksstimme* von Bemühungen des dänischen Industriellen Aksel Faber, Gagarin und den US-Astronauten John Glenn



Juri Gagarin wird am 10. Mai 1962 am Flughafen Wien-Schwechat von ÖSG-Präsident Hugo Glaser (links) empfangen, rechts Botschafter V. I. Awilow.

nach Wien als Gäste seiner Stiftung einzuladen, um dadurch zu einem „gegenseitigen Verständnis zwischen den Großmächten“ beizutragen.³⁸ Zu einem solchen Zusammentreffen von Gagarin und Glenn in Wien kam es jedoch nicht.

Der Termin der Österreich-Reise von Juri Gagarin – 10. bis 15. Mai 1962 – und die Höhepunkte des Programms wurden von der ÖSG schließlich in der letzten Aprilwoche bekannt gegeben. Die *Volksstimme* berichtete darüber in einer Schlagzeile auf Seite 1.³⁹ Am 3. Mai folgte die Veröffentlichung des detaillierten Besuchsprogramms.⁴⁰ Mit Ausnahme der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung* informierten nahezu sämtliche österreichischen Tageszeitungen über den bevorstehenden Besuch Gagarins auf Einladung der ÖSG.⁴¹

Die Parteizeitung der KPÖ stand in den Tagen seines Aufenthalts in Österreich ganz im Zeichen der Berichterstattung über Juri Gagarin. Bereits wenige Tage vor seiner Reise gewährte er ihrem Moskauer Korrespondenten Erwin Zucker-Schilling ein Interview: „Der wohl meist gefeierte Mann, der mir gegenüber an einem kleinen Tisch Platz genommen hat, unterscheidet sich durch nichts von den vielen anderen jungen russischen Genossen, mit denen ich in Betrieben, auf dem Parteitag oder auf dem Kongreß des Komsomol gesprochen habe: dieselbe Freundlichkeit, dieselbe Liebe zur Sache, derselbe Optimismus“, so der ehemalige Chefredakteur des Blattes über den „Kosmonauten Nr. 1“.⁴² Die *Volksstimme* brachte auch ein von Gagarin über Bildfunk übermitteltes Telegramm, über das er dem österreichischen Volk beste Wünsche zukom-

men ließ.⁴³ Am Tag seines Eintreffens in Österreich wurde Gagarin im Zentralorgan als „Repräsentant einer neuen Zeit“ und als „Bahnbrecher und Pionier des Aufstiegs der Menschen in die Weiten des Weltraums“ begrüßt.⁴⁴

Mammutprogramm

Gagarin hatte in den Tagen seines Österreich-Besuches ein Mammutprogramm zu absolvieren. Höhepunkt seiner Wiener Auftritte war eine Massenveranstaltung in der Wiener Stadthalle. Besuchsfahrten führten ihn nach Linz und Graz. Überall hatte Gagarin offizielle Empfänge zu absolvieren. Öffentliche Begrüßungen und Kundgebungen brachten ihn auch in kleineren Orten in Kontakt mit der österreichischen Bevölkerung.

Gagarin traf am Vormittag des 10. Mai 1962, einem Donnerstag, gemeinsam mit seiner Frau am Flughafen Schwechat ein. Gagarin hatte Valentina, die Tochter eines Sanatoriumskochs und Absolventin einer medizinischen Fachschule, bei einem Tanzabend in der Fliegerschule beim Walzer kennengelernt,⁴⁵ was auch von der österreichischen Presse aufgegriffen bzw. in Richtung „Wiener Walzer“ ausgeschmückt wurde.⁴⁶ Gagarin entstieg seiner Maschine in der Uniform eines Fliegermajors, vom Fahnenmast des Flughafengebäudes wehte die sowjetische Fahne. Begrüßt wurde er vom Präsidenten der ÖSG Hugo Glaser und vom sowjetischen Botschafter in Österreich Viktor Iwanowitsch Awilow im Salon des Flughafens. Auf dem Flughafengelände hatten sich – ebenso wie wenig später beim Hotel Imperial – hunderte Menschen eingefunden, um den Kosmonauten zu empfangen. Es folgten



Juri Gagarin legt gemeinsam mit Botschafter Awilow vor dem sowjetischen Mahnmal im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen einen Kranz nieder.

die ersten offiziellen Empfänge bei hohen Repräsentanten der Republik: Zunächst innerhalb einer knappen Stunde bei Bundespräsident Adolf Schärf, Bundeskanzler Alfons Gorbach und Vizekanzler Bruno Pittermann, sowie am Nachmittag beim Wiener Bürgermeister Franz Jonas.⁴⁷ Schärf schenkte Gagarin ein eigenhändig signiertes Bild,⁴⁸ womit wohl protokollarischen Usancen Genüge getan wurde. Gorbach wiederum überreichte Gagarin eine künstlerisch ausgeführte Plakette mit der Inschrift: „Dem ersten erfolgreichen Kosmonauten der Welt Juri Gagarin von der österreichischen Bundesregierung – 10. Mai 1962“.⁴⁹ Gagarin dürfte Österreich mit einem ganzen Koffer derartiger wenig einfallsreicher Devotionalien verlassen haben. Bei Bürgermeister Jonas trug er sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein.⁵⁰ Höflichkeitsbesuche wie diese wurden – ebenso wie das weitere Besuchsprogramm – in der von der sowjetischen Botschaft herausgegebenen Wochenzeitschrift *Sowjetunion heute* in ausführlichen Bildberichten dokumentiert.

Zwischen diesen Empfängen fand zu Mittag im *Presseclub Concordia* eine Pressekonferenz statt, die auf breite mediale Resonanz stieß. Es langten mehr als 600 Anmeldungen in- und ausländischer JournalistInnen ein, von denen nur knapp 200 Einlass finden konnten. Nach Begrüßungsworten des *Concordia*-Präsidenten Rudolf Kalmar sprach Gagarin hier kurz über die ersten Eindrücke seines Wiener Aufenthalts, signalisierte jedoch sogleich, dass er nicht gekommen sei, um eine Rede zu halten, sondern um

Fragen zu beantworten.⁵¹ Als Dolmetscher fungierte, wie auch bei den meisten anderen Programmpunkten, Martin Grünberg, der Zentralsekretär der ÖSG. Sämtliche österreichische Tageszeitungen berichteten tags darauf ausführlich über diese Veranstaltung. Während einige wenige Blätter schrieben, dass Gagarin unverbindlich geblieben sei und keine einzige Frage der Journalisten zufrieden stellend beantwortet habe,⁵² hoben die meisten Zeitungen Witz und Schlagfertigkeit, Humor und Geschick Gagarins hervor, mit denen er das Kreuz-

feuer der Presse gemeistert habe.⁵³ Er verstand es, „auf charmante Weise, dennoch höflich zu antworten“⁵⁴ und reagierte auf alle Fragen „frisch und in bester Stimmung“.⁵⁵ Insgesamt war es Gagarins Stärke, Dinge anschaulich mit eigenen Worten zu beschreiben, weshalb er stets souverän wirkte und nicht als gedrillter Propagandist erschien. „Er lacht über das ganze Gesicht – es ist das Lachen eines lustigen Lausbuben aus Meidling, der eben beim Fußballmatch dem Gegner ein Tor geschossen hat“, nahm der *Express* nicht als einzige Zeitung Bezug auf das Lächeln Gagarins.⁵⁶

Wohl kaum ein Journalist wird sich von dieser Pressekonferenz tatsächlich erwartet haben, dass Gagarin in diesem Rahmen sensationelle Neuheiten, militärische Geheimnisse oder detaillierte Informationen über bevorstehende Weltraummissionen preisgeben werde. Er kündigte den dritten bemannten Raumflug noch im laufenden Jahr an und gab seiner Hoffnung Ausdruck, auch selbst noch einmal für eine Mission ausgewählt zu werden. Der Weltraumflug von John Glenn, der im Februar 1962 drei Erdumläufe zurücklegte, habe seiner Einschätzung gemäß für die internationale Wissenschaft „nichts wesentlich Neues gebracht“ und könne mit Titows Flug nicht verglichen werden. Ein Mondflug sei vorerst nicht möglich.⁵⁷ Als Journalisten versuchten, Gagarin mit Hinweisen auf sowjetische Pannen in die Enge zu treiben und ihn ein Korrespondent darauf hinwies, dass laut amerikanischen Angaben eine US-Saturnrakete eine Lokomotive auf den Mond befördern könne, ant-

wortete Gagarin, auf dem Mond benötige man keine Lokomotive.⁵⁸

Am Nachmittag absolvierte Gagarin eine Stadtrundfahrt durch Wien. Beim sowjetischen Heldendenkmal am Schwarzenbergplatz legte er gemeinsam mit Hugo Glaser einen Kranz nieder. Am Abend stand eine Aufführung von Giuseppe Verdis „Aida“ in der Wiener Staatsoper auf dem Programm, an der unter dem Dirigat Herbert Karajans u.a. die Weltstars Leonie Rysanek, Tito Gobbi und Christa Ludwig mitwirkten.⁵⁹

Besuch der VOEST-Werke

Der folgende Tag stand im Zeichen der Fahrt nach Oberösterreich. Zunächst ging es mit dem Auto durch die Wachau. Kurz vor Perg gab es eine kleine, zehnmündige Autopanne, die Gagarin dazu nutzte, zahlreiche Autogramme zu schreiben.⁶⁰ Nach seiner Ankunft im Linzer Parkhotel stand ein Empfang beim oberösterreichischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner im Landhaus auf dem Programm. Von dort gingen Gagarin und seine Frau zu Fuß zum Rathaus auf dem Hauptplatz, wo sie von einer großen Menschenmenge und anschließend von Vizebürgermeister Theodor Grill in Vertretung des verreisten Bürgermeisters Ernst Koref empfangen wurden. Begleitet wurden die Gagarins von Botschafter Awilow, Martin Grünberg und dem geschäftsführenden Landesobmann der ÖSG Oberösterreich, dem Schriftsteller und Journalisten Franz Kain.⁶¹ Gagarin wurde bei offiziellen Terminen wie diesen einiges zugemutet, musste er doch bei Gleißner dessen „funkeknagelneue Bobby-Witze“ über sich ergehen lassen, nachdem sich der Landeshauptmann „in ausgezeichnete Weltraum-Plauderlaune“ präsentierte.⁶² Auch Gagarin selbst war aber zum Scherzen aufgelegt: Als beim Mittagessen im Hotel Pöstlingberg die Chefin des Hauses beim Servieren des Essens ebenso ausglitt wie der ihr zur Hilfe eilende Oberkellner, meinte der Kosmonaut: „So etwas kann im Weltraum nicht geschehen.“⁶³

Am Nachmittag folgte ein Programmpunkt, der Gagarin besonders in Erinnerung geblieben ist, weshalb er ihn auch in einem Interview mit dem Moskauer Rundfunk über seine Reiseindrücke in Österreich hervorhob: Ein Besuch der Linzer VOEST-Werke bot Gagarin die Gelegenheit, mit Arbeitern ins Gespräch zu kommen.⁶⁴ Auf eigenen Wunsch hin führte ihn sein erster Weg nach der Begrüßung durch Generaldirektor Herbert Koller in die Gießerei, hatte doch auch

Gagarin selbst als Gießer gearbeitet. Es war ein „Empfang, den Arbeiter einem Arbeiter bereiten“, ihrem Berufskollegen, „dem Gießer, der in den Weltraum flog“.⁶⁵ Selbst ein Jahr später, als Gagarin anlässlich des „Tages der Kosmonautik“ gegenüber einem Vertreter der Agentur *Nowosti* eine Erklärung an die „ausländischen Freunde“ abgab, berichtete er im Zusammenhang mit seinen Reisen an die Begegnung mit dem Gießer Hugo Kißler. Als dieser Gagarin fragte, was er während des Fluges gefühlt habe, antwortete er: „Ich empfand das gleiche Gefühl wie Sie, wenn Sie vor dem Martinofen stehen. Es ist das Gefühl der Verantwortung für die anvertraute Arbeit. Die Arbeit ist überall Arbeit.“⁶⁶

Nach einer verregneten Blitzfahrt ins Salzkammergut fand am Abend in der Linzer Diesterwegschule, dem damals größten Saal von Linz, eine Freundschaftskundgebung mit 3.000 TeilnehmerInnen statt. Gagarin wurde hier zunächst vom stellvertretenden Landeshauptmann Johann Blöchl begrüßt. Darauf referierte der kommunistische Philosoph Walter Hollitscher, der auch in der ÖSG aktiv war, über die Geschichte des Raumfluges, über den schließlich auch Gagarin selbst einen kurzen Bericht gab. Franz Kain beschloss seitens der ÖSG die Veranstaltung. Im Anschluss daran luden die Landesregierung und Linzer Stadtverwaltung zu einem Empfang, der bis knapp vor Mitternacht dauerte.⁶⁷

Freundschaftstreffen in der Stadthalle

Vor seiner Rückfahrt nach Wien empfangend Gagarin am Morgen des 12. Mai Abordnungen der Bezirksleitung der KPÖ Linz, der Linzer FÖJ und der Landesgruppe des *Bundes Demokratischer Frauen*. Der Linzer KP-Obmann Alois Wipplinger begrüßte dabei Gagarin nicht nur als Raumfahrer, sondern auch als „Vertreter der Generation, die auf unserem Planeten den Kommunismus aufbauen wird“. Linzer Frauen überreichten ihm zwei selbstgenähte Trachtendirndlekleider für seine beiden Töchter Jelena und Galja. Danach besichtigte Gagarin das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, wo er unter Führung des ehemaligen KZ-Häftlings Hans Maršálek vor der Gedenktafel für den zu Tode gemarterten sowjetischen Generalleutnant Karbyschew salutierte und gemeinsam mit Awilow einen Kranz am sowjetischen Mahnmahl niederlegte. Auf dem Rückweg nach Wien fand eine Kundgebung auf dem St. Pöltner Haupt-

platz statt, wo Gagarin im strömenden Regen von hunderten Menschen und danach von Bürgermeister Rudolf Singer im Rathaus begrüßt wurde. Ein zunächst angekündigter Empfang bei Landeshauptmann Leopold Figl im Niederösterreichischen Landhaus in Wien⁶⁸ hat offenbar nicht stattgefunden, finden sich doch in der zeitgenössischen Presse darüber keine Berichte. Am Abend wurde im Fernsehen die zuvor aufgezeichnete Sendung „Was gibt es Neues?“ mit Heinz Conrads ausgestrahlt, bei der Gagarin und seine Frau zu Gast waren und er Fragen nach dem Wetter im Weltraum und andere Dummheiten ertragen musste.⁶⁹

Dieser Samstag stand im Zeichen zweier Höhepunkte von Gagarins Besuchsprogramms: Um 18 Uhr füllten 10.000 WienerInnen die Stadthalle, um Gagarin bei einem Ereignis zu sehen, „wie es Wien noch nicht erlebt hat“, ⁷⁰ wie die *Volksstimme* prognostizierte. Zunächst betrat Gagarin mit seiner Frau, Awilow und Glaser das Podium dieses so bezeichneten „Freundschaftstreffens“ der ÖSG. Es ertönten die Hymnen der Sowjetunion und Österreichs, danach folgten Begrüßungsworte von Glaser und Ernst Fasan, einem der Pioniere des Weltraumrechts, im Namen der *Österreichischen Gesellschaft für Weltraumforschung*. Das einleitende Referat über die Vorgeschichte des Weltraumfluges hielt erneut Walter Hollitscher, der sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit schwerpunktmäßig mit philosophischen Fragen der Naturwissenschaften auseinandersetzte und nicht zuletzt durch zahlreiche populärwissenschaftliche Publikationen einer breiteren linken Öffentlichkeit bekannt war. Sozusagen im Namen einer einfachen Arbeiterin begrüßte Ruth Bednar den Kosmonauten. Dieser ergriff darauf selbst das Wort und erzählte „in schlichten und einfachen Worten“ über seinen Flug in den Kosmos, der – wie *Sowjetunion heute* festhielt – „die Weltgeschichte in zwei Teile geteilt hat“. Gagarin sprach auch über die bisherigen Eindrücke seines Österreich-Aufenthalts, vom Gastspiel der Wiener Philharmoniker unter Herbert Karajan in Moskau und von der „Aida“-Aufführung, der er in Wien erlebt hatte. Im Anschluss daran wurde ein Dokumentarfilm über den Weltraumflug gezeigt.⁷¹

Wie dicht das Programm von Gagarins Österreich-Reise war, zeigt, dass bereits



Gagarin beim Freundschaftstreffen in der Wiener Stadthalle, rechts neben ihm: Ruth Bednar.

zwei Stunden später, um 20 Uhr, im Auditorium maximum der Wiener Universität ein weiterer Höhepunkt auf dem Programm stand: Auf Einladung des Volksbildungshauses *Wiener Urania* gab Gagarin hier vor etwas mehr als 800 Menschen erneut einen Bericht über seinen Weltraumflug. Insgesamt bemühte sich die ÖSG darum, in der Volksbildung präsent zu sein und unterbreitete den Volkshochschulen zu diesem Zweck regelmäßig entsprechende inhaltliche Vorschläge. Ein Resultat dieser Bemühungen war, dass Anfang April ein Vortrag Gagarins „im kleineren Kreis der Wiener Volkshochschulen“ fixiert werden konnte.⁷² Das Interesse daran war jedoch so groß, dass *Urania*-Direktor Adolf Kozlik bereits Tage davor die Zeitungsredaktion um die Veröffentlichung einer Mitteilung bat, dass der Vortrag bereits ausverkauft sei.⁷³ Gagarin stellte bei dieser Veranstaltung, der laut *Sowjetunion heute* vor allem Dozenten und Studierende beiwohnten,⁷⁴ erneut seine große Erfahrung unter Beweis, die er bei derartigen Auftritten gewonnen hatte: Nachdem Kozlik in seinen einleitenden Ausführungen weniger die wissenschaftliche Pioniertat Gagarins hervorhob, sondern die Weltraumforschung eher als Bestandteil der weltweiten Rüstung charakterisierte, nutzte Gagarin die Gelegenheit, die friedlichen und wissenschaftlichen Ziele der sowjetischen Raumfahrt zu unterstreichen. Im Anschluss an seinen knapp einstündigen, von Grünberg simultan übersetzten Vortrag beantwortete Gagarin eine halbe Stunde lang bereitwillig alle an ihn gerichteten Fragen. Ein Mit-



Empfang in der sowjetischen Botschaft am 14. Mai 1962: Gagarin begrüßt Bundeskanzler Alfons Gorbach. In der Mitte: Gagarins Frau Walentina.

schnitt dieser Veranstaltungen ist in der Zentralbibliothek für Physik aufbewahrt und auch im Internet abrufbar.⁷⁵

„Triumphzug“ Gagarins

Am Sonntag, dem 13. Mai, stand Gagarins Autofahrt durch Niederösterreich und in die Steiermark auf dem Programm. Sowohl in Mödling, Traiskirchen, Wiener Neustadt und Neunkirchen, als auch in Kapfenberg und Leoben wurde Gagarin von großen Menschenmengen auf öffentlichen Plätzen und anschließend von den jeweiligen Bürgermeistern im Rathaus empfangen. Gagarin bedankte sich jeweils mit einer kurzen Ansprache, in deren Mittelpunkt sein Friedensappell stand. In Wiener Neustadt erwarteten Gagarin tausende Menschen auf dem Hauptplatz, in Kapfenberg waren es 4.000. In Leoben wurde Gagarin vom kommunistischen Betriebsrat Franz Petz im Namen der Arbeiter und des Arbeiterbetriebsrates der Alpine-Donawitz begrüßt. Am Abend fand auf dem Grazer Hauptplatz eine Massenkundgebung statt. Anschließend wurde Gagarin im Hotel Wiesler von Vizebürgermeister Alois Schönauer und in der Burg von Landeshauptmann Josef Krainer empfangen.⁷⁶ „Diese Fahrt gestaltete sich zu einer Demonstration der Freundschaft zwischen den Völkern Österreichs und der Sowjetunion, zu einer Manifestation der Liebe und der Verehrung, die die einfachen Menschen in Österreich für Juri Gagarin und seine historische Heldentat empfinden“,⁷⁷ berichtete *Sowjetunion heute* sichtlich zufrieden über den durch diesen „Triumphzug“⁷⁸ erzielten Werbeeffect.

Tags darauf, am 14. Mai, folgten Empfänge bei Unterrichtsminister Heinrich Drimmel und im Präsidium der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften*, an denen führende österreichische Wissenschaftler teilnahmen, u.a. der Physiker und Friedensaktivist Hans Thirring.⁷⁹ Am späten Nachmittag standen zwei Autogrammstunden auf dem Programm, zunächst beim *Bücher-Herzog* auf der Mariahilfer Straße, danach in der Buchhandlung des *Globus-Verlags* in der Parteizentrale der KPÖ am Höchstädtplatz in Wien-Brigittenau. Gagarin signierte dabei sein Buch „Der Weg in den Kosmos“, sowie Fotos und Schallplatten. Vor den Buchhandlungen bildeten sich jeweils lange Warteschlangen.⁸⁰ Nach der Autogrammstunde besuchte Gagarin die Redaktion der *Volksstimme*, wo er von Chefredakteur Erwin Scharf begrüßt wurde. Den RedakteurInnen wünschte Gagarin „viel Erfolg bei der Arbeit, bei der Verbreitung der ‚Volksstimme‘, damit immer mehr Menschen die Wahrheit über die Sowjetunion, über die sozialistischen Länder und über den Kommunismus erfahren!“ Im Speisesaal des *Globus-Hauses* sprach Gagarin zu den MitarbeiterInnen des Zentralkomitees und BetriebsarbeiterInnen des *Globus-Verlags*. Auch hier wünschte er den Anwesenden „viel Erfolg bei der Verbreitung der Wahrheit und des kommunistischen Ideengutes“.⁸¹

Nach dieser Begegnung mit kommunistischen GenossInnen wurde der Abend von einem repräsentativen Termin beschlossen: Zum Empfang in der sowjetischen Botschaft waren insgesamt 700 Personen geladen. Es erschienen u.a.

Bundeskanzler Gorbach, Vizekanzler Pittermann, sowie zahlreiche Bundesminister und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie ÖGB-Präsident Franz Olah.⁸²

Für den letzten Tag von Gagarins Österreich-Besuch waren zunächst eine Rundfahrt durch Wien und ein Bummel durch die Kärntnerstraße geplant, aufgrund des ermüdenden Programms der Vortage wurde der Rückflug jedoch um drei Stunden vorverlegt. Zuvor kam Gagarin in der Himmelpfortgasse mit den leitenden FunktionärInnen der ÖSG zusammen, wo er der Freundschaftsgesellschaft dafür dankte, dass er Österreich kennenlernen habe können.⁸³ Es habe ihn tief beeindruckt, so Gagarin bei diesem Abschiedsempfang, nicht nur die österreichische Landschaft zu sehen, sondern die Menschen des Landes kennenzulernen, die VOEST als größten Betrieb Österreichs und die Todesfabrik des Faschismus in Mauthausen. „Wir müssen alles tun, damit eine solche Zeit sich nie mehr wiederholen kann“, forderte Gagarin, der im österreichischen Volk „große potentielle Kräfte“ erkannte, „die den Frieden sichern werden“. Am Flughafen wurde Gagarin von Glaser, Awilow, dem Wiener Polizeipräsidenten Josef Holaubek und den Mitgliedern der KPÖ-Parteiführung Friedl Fürnberg und Franz Honner verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm ein Album mit Fotos seines Aufenthalts überreicht. Am Dienstag, den 15. Mai, um 12 Uhr flog Gagarin mit einer Sondermaschine der Aeroflot nach Moskau zurück.⁸⁴

„Kommunistische Propagandatournee“

Insgesamt wurde der Besuch Juri Gagarins in den österreichischen Medien mit Interesse und weitgehend vorurteilsfrei aufgenommen. Dies hatte zunächst vor allem mit der wissenschaftlich-technischen Pionierleistung Gagarins zu tun, der auch in Westen rückhaltlos Anerkennung gezollt werden musste. Darüber hinaus standen die frühen 1960er Jahre in Österreich insgesamt im Zeichen der Entspannung. Noch bis Ende der 1950er Jahre waren Repräsentanten der sozialistischen Länder aus den Bereichen Kultur und Wissenschaft anlässlich ihrer Aufenthalte in Wien in heute nahezu un-nachvollziehbarer Weise antikomunistisch verunglimpft worden.⁸⁵ Eine solche, ausschließlich politisch-ideologisch motivierte Abwertung künstlerischer und wissenschaftlicher Leistungen war 1962 nicht mehr der dominierende Zugang heimischer Politik und Medien. Freilich

wurde in den meisten Zeitungen der propagandistische Wert der Österreich-Reise Gagarins erkannt und der Kosmonaut als „vielbenutzter Stützpfeiler der sowjetischen Auslandspropaganda“ charakterisiert.⁸⁶ Das *Linzer Volksblatt* warnte vor diesem Hintergrund vor dem „eminent politische(n) Ziel“ dieser mehrtägigen „Propagandareise“: „[...] man sollte den politischen Drahtziehern hinter dieser Propagandareise jedenfalls nicht das Gefühl vermitteln, Tausende applaudierende Hände hätten sich für Chruschtschow, Ulbricht, Workuta und die Panzer von Budapest erhoben.“⁸⁷

Antikommunistische Zwischentöne waren vor allem in den *Salzburger Nachrichten* zu vernehmen. Das rechtskonservative Blatt zeigte sich befriedigt darüber, dass sich Wien bei der Ankunft Gagarins „an Moskaus Reklamenummer nicht interessiert“ gezeigt habe und sich nur 300 kommunistische Jugendliche und ein paar „Adabeis“ vor dem Hotel Imperial eingefunden hätten, trotz „tagelangem Propagandawirbel“ der *Volksstimme*. Als „beschämend“ wurde gewertet, dass auch offizielle Persönlichkeiten und westliche Korrespondenten Gagarin „wie einen Filmstar um ein Autogramm“ gebeten hätten, da dieser Wunsch letztlich vor den surrenden Kameras östlicher Wochenschauen erfüllt worden sei.⁸⁸ Ein Hauch von Kaltem Krieg wehte auch durch die *Kronen Zeitung*, die die angeblich kühle Reaktion der Wiener Bevölkerung auf jene Zeit zurückführte, „in der sowjetische Uniformen in Österreich Angst und Schrecken verbreiteten“.⁸⁹ Ein feinfühleres Sensorium für die geänderte Lage („Tempora mutantur“) zeigte in dieser Situation Thomas Chorherr in der *Presse*, der hervorhob, dass Gagarin lächelnd und winkend im offenen US-amerikanischen Cadillac durch die Stadt gefahren sei, während „die Sowjetprominenz“ in der Besatzungszeit noch abgedichtete schwarze Limousinen benutzt habe.⁹⁰ Im *Express* waren allerhand Nichtigkeiten nachzulesen, etwa dass Gagarin ohne formelles protokollarisches Polizeiehrengeleit, jedoch begleitet von drei „weißen Mäusen“ unterwegs gewesen sei und im Hotel Imperial ein Appartement bezogen habe, in dem vor ihm schon die Opernsängerin Jean Madeira genächtigt hat.⁹¹ Auch dass Gagarin am letzten Tag seines Aufenthalts die Auswirkungen des zweitägigen Streiks im Hotel- und Gastgewerbe zu spüren bekam und im Imperial kein Frühstück erhielt, war mehreren Zeitungen einen Bericht wert. Gagarin fuhr darauf kurzerhand in

die sowjetische Botschaft, wo er zunächst vor verschlossenen Türen stand.⁹²

Begierig aufgegriffen wurde jener Widerstand gegen Gagarin, der sich an einem Nebenschauplatz regte: Angesichts des bevorstehenden Auftritts Gagarins im Audimax der Universität Wien protestierte der Zentralausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft in einem Schreiben an den Rektor der Universität Wien „energisch und eindringlich“ dagegen, dass es dem Kosmonauten gestattet werde, „im Dienst der kommunistischen Weltpropaganda auf Universitätsboden einen Vortrag zu halten“. Dies sei „eine Brüskierung“ der österreichischen Studierenden, diene doch seine Reise „weniger wissenschaftlichen, als vielmehr Propagandazwecken der atheistischen und kommunistischen Regierung der UdSSR“. Dass ausgerechnet der „atheistische“ Charakter der Mission Gagarins hervorgehoben wurde, hatte womöglich damit zu tun, dass German Titow in diesen Tagen in Seattle seine später oft zitierte Aussage tätigte, er habe keinen Gott im Weltall gefunden: „Ich glaube nicht an Gott. Ich glaube an den Menschen: Seine Stärken, seine Möglichkeiten, seinen Verstand!“, so der „Kosmonaut Nr. 2“ im Rahmen seines USA-Besuches.⁹³

Kaum eine österreichische Tageszeitung ließ es sich entgehen, diesen offenen Brief der Hochschülerschaft im Wortlaut wiederzugeben.⁹⁴ Auch über das Radio wurde diese in den Augen der KPÖ „dumpfe und dumme“ Stellungnahme verbreitet. Die entsprechende Schlagzeile der *Salzburger Nachrichten* („Endlich ein klares Wort“) macht deutlich, wie sehr die konservativen Kreise der diplomatischen Rücksichtnahmen überdrüssig und wie wenig sie damit einverstanden waren, dass Gagarin überall in Österreich mit Respekt und Sympathie empfangen wurde. Den „beschränkten Geistern, die sich als akademische Elite ausgeben“, erscheine „der Kommunismus um so gefährlicher, je größere Leistungen er vollbringt“, kommentierte die *Volksstimme* diesen Misston.⁹⁵

Die Erfolge der sowjetischen Raumfahrt blieben für die ÖSG und die KPÖ auch in weiterer Folge ein wichtiger Anknüpfungspunkt. Knapp zwei Jahre nach Gagarin weilte „Gruppenflieger“ Pawel Popowitsch auf Einladung der österreichischen Bundesregierung in Österreich. Auch er absolvierte ein vielseitiges Programm, u.a. besuchte er die Olympischen Spiele in Innsbruck.⁹⁶ Im Juni 1975 war Popowitsch, nun als Vizepräsi-

dent der *Sowjetisch-Österreichischen Gesellschaft*, bei der Eröffnung einer Ausstellung über die Entwicklung der sowjetischen Raumfahrt im Wiener Messepalast anwesend.⁹⁷ Im September 1976 war auf Einladung des Zentralkomitees der KPÖ und der *Volksstimme* Valentina Tereschkowa zu Gast am Wiener Volksstimmefest, dem Pressefest der Partei. Ebenso wie Gagarin galt sie nicht nur in den sozialistischen Ländern, sondern auch in der westlichen kapitalistischen Welt als „Star“.⁹⁸ Als erste Frau im Weltall wurde Tereschkowa zum Symbol der sowjetischen Frauenemanzipation. In Wien traf sie als Vizepräsidentin der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* auch mit FunktionärInnen des KPÖ-nahen *Bundes Demokratischer Frauen* zusammen. Offizielle Termine führten sie zu Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und zu Bundesministerin Hertha Firnberg.⁹⁹

Vom Mythos zum Gagarin-Kult

Juri Gagarin kam am 27. März 1968 bei einem Trainingsflug ums Leben. Seine Asche wurde an der Kremllmauer beigesetzt.¹⁰⁰ Der frühe Tod Gagarins verewigte sein Bild als junger, dynamischer Held aus der Mitte der Sowjetgesellschaft. Er wurde zu einem Mythos, über den nicht nur Bücher, sondern auch Lieder und Gedichte geschrieben wurden. So integrierte auch der kommunistische Lyriker Arthur West, langjähriger Kulturredakteur der *Volksstimme*, Gagarin als Symbol wissenschaftlichen Fortschritts in seinen Gedichtzyklus über die Oktoberrevolution.¹⁰¹ Unmittelbar nach 1990 wurde im Zuge der nun einsetzenden Dekonstruktion des Kosmonauten-Kults auch am Denkmal Gagarin heftig gerüttelt. Der in der Sowjetunion als kommunistische Lichtgestalt und nahezu überirdischer Held verehrte Gagarin wurde nun als Trinker und Frauenheld dargestellt. In obskuren Publikationen wurde gar behauptet, dass sein Weltraumflug gar nie stattgefunden habe. Im heutigen Russland fungiert Gagarin nicht mehr als „sozialistischer Held“, sondern vor dem Hintergrund der dortigen „Supermacht“-Nostalgie als patriotische Identifikationsfigur bzw. als verkitschte „Techno-Ikone“.¹⁰² Dies spiegelt sich auch hierzulande darin wider, dass in der Garnisonsgasse im 9. Wiener Gemeindebezirk ein „Kosmocafé Gagarin“ eröffnet hat.

Ungeachtet dieser Wandlungen des „Gagarin-Kultes“ wirken die Ausstrahlungskraft von Gagarin und die Faszination für bemannte Weltraumflüge bis heu-

te fort. So wie die Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Weltraumfahrt dauerhaft als sozialistische Errungenschaft festgeschrieben sind, wird auch die Erinnerung an Juri Gagarin als internationalen Sympathieträger nie verblassen.

Anmerkungen:

1/ Vgl. dazu Kowalski, Gerhard: Die Gagarin-Story. Die Wahrheit über den Flug des ersten Kosmonauten der Welt. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf 1999, sowie das Selbstzeugnis: Gagarin, J. A. [Juri Alexejewitsch]/Lebedew, W. I. [Wladimir]: Der Sprung ins Weltall. Berlin: Verlag Neues Leben 1970.

2/ Der erste Mensch im Kosmos, ein Sohn des Sowjetvolkes. Aufruf des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung, 12.4.1961, in: *Neue Zeit. Außenpolitische Wochenschrift* (Moskau), 19. Jg., Nr. 16, 13.4.1961, S. 1–2, hier S. 1.

3/ Rothmayer, Rolf: Rakete – Sputnik – Weltraumschiff. Hundert Fragen und hundert Antworten zu einem aktuellen Thema. Wien: Taschen-Bibliothek im Globus Verlag 1958, S. 9.

4/ J. K.-n. [Jenö Kostmann]: Der Anbruch einer neuen Epoche, in: *Volksstimme*, 6.10.1957, S. 1–2.

5/ Zur sowjetischen Raumfahrt vgl. Hofstätter, Rudolf: Sowjet-Raumfahrt. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser 1989; Gugerell, Alfred: Von Gagarin zur Raumstation Mir. Traisen: Eigenverlag o.J. [1998].

6/ An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: *Volksstimme*, 13.4.1961, S. 1.

7/ Erster Mensch im Weltall, in: *Volksstimme*, Extraausgabe, 12.4.1961, S. 1.

8/ Vgl. Wie man es in Österreich erfuhr, in: *Volksstimme*, 13.4.1961, S. 2.

9/ Fürberg, F. [Friedl]: Weltraumfahrt und Kommunismus, in: *Volksstimme*, 16.4.1961, S. 3.

10/ Die Welt bewundert die epochale Tat, in: *Sowjetunion heute*, 7. Jg., Heft 16 (291), 16.4.1961, S. 4–5, hier S. 5.

11/ Ein Sieg des Fortschritts und des Friedens. Eine Flut von Glückwünschen aus aller Welt zur sowjetischen Pioniertat in der Weltraumerschließung, in: *Sowjetunion heute*, 7. Jg., Heft 18 (293), 30.4.1961, S. 6.

12/ Gestwa, Klaus: „Kolumbus des Kosmos“. Der Kult um Jurij Gagarin, in: *osteuropa*, 59. Jg., Heft 10, Oktober 2009, S. 121–151, hier S. 130.

13/ Kluge, Robert: Der sowjetische Traum vom Fliegen. Analyseversuch eines gesellschaftlichen Phänomens. München: Verlag Otto Sagner 1997 (Slavistische Beiträge, Bd. 345), S. 156.

14/ Archiv der Akademie der Künste (Berlin), Hanns-Eisler-Archiv, 5356, Hanns Eisler an Ernst Fischer und Lou Eisler, 13.8.1962.

15/ Gestwa (wie Anm. 12), S. 121 und 129.

16/ Ein Sowjetmensch im All, hg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in

Österreich. Wien 1961; Der entscheidende Schritt zur Erschließung des Weltraums, hg. von der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Wien o.J. [1961].

17/ Gagarin, Juri: Der Weg in den Kosmos. Ein Bericht des ersten Kosmonauten der UdSSR. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur o.J. [1961]; Kosmonaut Nr. 1 Juri Gagarin. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur o.J. [1961].

18/ Veranstaltungen über die Sowjetunion, in: *Sowjetunion heute*, 7. Jg., Heft 16 (291), 16.4.1961, S. 22; Veranstaltungen über die Sowjetunion, in: *Sowjetunion heute*, 7. Jg., Heft 18 (293), 30.4.1961, S. 22.

19/ Österreichisches Volkshochschularchiv, Ordner Großveranstaltungen, Memorandum über den Besuch des Kulturattachés der Botschaft der UdSSR, Herrn T. G. Jakowenko am 7. September 1961. Herzlichen Dank an Mag. Thomas Dostal.

20/ Ebd., Kursverzeichnis Wiener Urania, Herbstsemester 1961, S. 13; ebd., Wiener Urania, Mitteilungen, Frühjahrskurse 1962, S. 8.

21/ Sonderinterview mit Juri Gagarin, in: *Volksstimme*, 8.5.1962, S. 1–2, hier S. 1.

22/ Zit. nach Dichtjar, Adolf: Juri Gagarin. Aus dem Leben eines Weltraumpioniers. Biografisches Mosaik. Berlin: Verlag Neues Leben 1977, S. 257.

23/ Gestwa (wie Anm. 12), S. 121.

24/ Rothmayer, Rolf: Der erste Mensch im Weltraum, in: *Volksstimme*, 29.3.1968, S. 3.

25/ Zu seiner Biographie vgl. Gagarin: Der Weg in den Kosmos (wie Anm. 17); Dichtjar (wie Anm. 22).

26/ Ostroumow, G. [Georgi]: Was der Weltraumfahrer berichtet. Sonderbericht der „Iswestija“, in: Kosmonaut Nr. 1 (wie Anm. 17), S. 25–32, hier S. 31.

27/ Vgl. dazu Kowalski, Gerhard: Der „Rote Kolumbus“. Juri Gagarin, der sowjetische Kosmosheld, in: Satjukow, Silke/Gries, Rainer (Hg.): Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag 2002, S. 71–83; Gestwa (wie Anm. 12).

28/ Wir erinnern uns an Juri Gagarin, in: *Volksstimme*, 13.4.1976, S. 3.

29/ Gestwa (wie Anm. 12), S. 149.

30/ Zit. nach Dichtjar (wie Anm. 22), S. 329.

31/ Hofstätter, Rudolf: Der Kolumbus des Weltraums. Vor fünf Jahren starb der erste Kosmonaut Juri Gagarin, in: *Volksstimme*, 27.3.1973, S. 3.

32/ An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (wie Anm. 6).

33/ Zit. nach: Die Welt trauert um Gagarin, in: *Volksstimme*, 30.3.1968, S. 1.

34/ Zentrales Parteiarhiv der KPÖ (ZPA), Protokoll Nr. 34 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ am 13.12.1961, S. 2.

35/ Gagarin oder Titow kommt nach Wien, in: *Volksstimme*, 23.12.1961, S. 1.

36/ Weltraumfahrer Gagarin kommt nach Öster-

reich, in: *Volksstimme*, 14.1.1962, S. 1.

37/ Weltraumpilot Gagarin kommt nach Wien, in: *Kurier*, 13.1.1962, S. 1; Gagarin kommt nach Wien, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14.1.1962, S. 2.

38/ Treffen Gagarin – Glenn in Wien, in: *Volksstimme*, 28.2.1962, S. 3.

39/ Gagarin kommt nach Wien, Linz und Graz, in: *Volksstimme*, 25.4.1962, S. 1.

40/ Gagarins Besuchsprogramm, in: *Volksstimme*, 4.5.1962, S. 3; Wo man Gagarin sehen und treffen kann, in: *Volksstimme*, 6.5.1962, S. 2.

41/ ZPA der KPÖ, Presseabteilung des ZK der KPÖ, Presseübersicht Nr. 80, 25.4.1962. „[...] es scheint, daß der Antikommunismus die Redaktion der ‚A.-Z.‘ noch mehr zum Verschweigen von Tatsachen treibt als die anderen Redaktionen“, kommentierte die *Volksstimme* (Gagarin uninteressant?, in: *Volksstimme*, 26.4.1962, S. 3).

42/ Sonderinterview mit Juri Gagarin (wie Anm. 21), S. 1.

43/ Gagarin an die „*Volksstimme*“: Ich grüße das Volk Österreichs, in: *Volksstimme*, 6.5.1962, S. 1.

44/ Heute kommt Gagarin – Unser Gruß dem Weltraumpionier, in: *Volksstimme*, 10.5.1962, S. 1.

45/ Gagarin: Der Weg in den Kosmos (wie Anm. 17), S. 59.

46/ Gagarin fand seine Frau beim Wiener Walzer, in: *Österreichische Neue Tageszeitung*, 10.5.1962, S. 3.

47/ Wien: „Großer Bahnhof“ für Juri Gagarin, in: *Volksstimme*, 11.5.1962, S. 1–2.

48/ [Titelfoto], in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 1.

49/ Dem ersten Kosmonauten, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 21 (349), 27.5.1962, S. 5.

50/ Großes Interesse der Presse, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 4–5 und 8, hier S. 4.

51/ Juri Gagarin im „ausverkauften“ Presseclub: Noch heuer Start des dritten bemannten Weltraumschiffes der Sowjetunion, in: *Volksstimme*, 11.5.1962, S. 2.

52/ Der „Kolumbus des Weltraums“ kam nach Wien, in: *Das kleine Volksblatt*, 11.5.1962, S. 3.

53/ Gagarin: Zwei Erdumkreisungen zusätzlich, in: *Österreichische Neue Tageszeitung*, 11.5.1962, S. 6.

54/ Juri Gagarin – ein charmanter Verschweiger, in: *Arbeiter-Zeitung*, 11.5.1962, S. 5.

55/ Major Juri Gagarin, der erste Weltraumflieger, in Österreich eingetroffen, in: *Oberösterreichische Nachrichten*, 11.5.1962, S. 1–2, hier S. 1.

56/ Juri Gagarin: „Ich will wieder in den Weltraum...“, in: *Express*, 11.5.1962, S. 5.

57/ Herzlicher Empfang für Major Gagarin, in: *Wiener Zeitung*, 11.5.1962, S. 3; Juri Gagarin im „ausverkauften“ Presseclub (wie Anm. 51); Gagarin in Wien: Vorläufig kein Mondflug, in: *Kurier*, 11.5.1962, S. 3.

58/ Erster sowjetischer Kosmonaut dementiert „Prawda“, in: *Salzburger Nachrichten*,

11.5.1962, S. 4.
 59/ Wien: „Großer Bahnhof“ für Juri Gagarin (wie Anm. 47), S. 2.
 60/ Kosmonaut Gagarin in Wien, in: *Linzer Volksblatt*, 12.5.1962, S. 4.
 61/ Gagarin in Linz herzlich empfangen: Nach nächstem Raumflug komme ich wieder, in: *Volksstimme*, 12.5.1962, S. 1–2, hier S. 1; Linz: Herzlicher Empfang für Weltraumfahrer Gagarin, in: *Neue Zeit* (Linz), 12.5.1962, S. 4.
 62/ Jetzt bin ich Astronaut, in: *Oberösterreichische Nachrichten*, 12.5.1962, S. 3.
 63/ Studenten gegen Gagarin-Vortrag in der Universität, in: *Express*, 12.5.1962, S. 2.
 64/ Gagarin im Moskauer Rundfunk: Dank und Erfolg den Österreichern, in: *Volksstimme*, 18.5.1962, S. 2.
 65/ DR.: Nicht nur der Kosmonaut, auch der Gießer wurde begrüßt, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 22 (350), 3.6.1962, S. 9.
 66/ Juri Gagarin für unsere Leser: Die Erde ist nicht nur vom Weltraum aus schön, in: *Volksstimme*, 14.4.1963, S. 1–2, hier S. 2.
 67/ Gagarin in Linz herzlich empfangen: Nach nächstem Raumflug komme ich wieder, in: *Volksstimme*, 12.5.1962, S. 1–2; Veranstaltung mit Gagarin ein großes Ereignis, in: *Neue Zeit* (Linz), 13./14.5.1962, S. 4.
 68/ Vgl. Gagarins Besuchsprogramm (wie Anm. 40).
 69/ Demonstration der Völkerfreundschaft in Sankt Pölten, in: *Volksstimme*, 13.5.1962, S. 1–2.
 70/ Gagarin in der Wiener Stadthalle, in: *Volksstimme*, 29.4.1962, S. 1.
 71/ Überall Begeisterung für Gagarin, in: *Volksstimme*, 13.5.1962, S. 1; Jubel um Juri Gagarin, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 12–14.
 72/ Österreichisches Volkshochschularchiv, Ordner Großveranstaltungen 1961–63, Volksbildungshaus Wiener Urania an die Direktoren der Volkshochschulen, 6.4.1962.
 73/ Ebd., Volksbildungshaus Wiener Urania, Adolf Kozlik an Redakteure, 8.5.1962.
 74/ Im Auditorium maximum der Wiener Universität, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 16–17, hier S. 16.
 75/ <http://phaidra.univie.ac.at/o:63507> und <http://phaidra.univie.ac.at/o:63508> [10.2.2011].
 76/ Jubel in der Steiermark für Gagarin, in: *Wahrheit*, 15.5.1962, S. 1, 3 und 4.
 77/ Begeisterung von Wien bis Graz, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 6–7, hier S. 6.
 78/ Niederösterreich jubelte Juri Gagarin zu, in: *Volksstimme für Niederösterreich*, 15.5.1962, S. 4.
 79/ Im Auditorium maximum der Wiener Universität (wie Anm. 74), S. 17; Minister Drimmel empfing Gagarin, in: *Wiener Zeitung*, 15.5.1962, S. 3.
 80/ Juri Gagarins Unterschrift sehr begehrt, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 22 (350), 3.6.1962, S. 10.
 81/ Juri und Walentina in der *Volksstimme*, in:

Volksstimme, 15.5.1962, S. 1.
 82/ Abschied von Gagarin, in: *Illustrierte Kronen Zeitung*, 15.5.1962, S. 6; Empfang in der Botschaft, in: *Sowjetunion heute*, 8. Jg., Heft 20 (348), 20.5.1962, S. 15.
 83/ Im Auditorium maximum der Wiener Universität (wie Anm. 74), S. 17.
 84/ Gagarin vor seinem Abflug: Diese fünf Tage werden wir nie vergessen!, in: *Volksstimme*, 16.5.1962, S. 3.
 85/ Vgl. dazu exemplarisch: Mugrauer, Manfred: Schostakowitsch in Wien, in: Boisits, Barbara/ Szabó-Knotik, Cornelia (Hg.): *Musicologica Austriaca* 27 (2008). Freie Beiträge. Jahresschrift der Österreichischen Gesellschaft für Musikwissenschaft. Wien: Praesens Verlag 2009, S. 211–275; ders.: Der „Völkerkongress für den Frieden“ in Wien, in: Morris, Lynda/Grunenberg, Christoph (Hg.): *Picasso. Frieden und Freiheit*. Köln: DuMont, Wien: Albertina 2010, S. 82–85; ders.: Ernst Busch in Wien, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 4, S. 1–13.
 86/ Gagarin in Wien (wie Anm. 57).
 87/ Wenn Gagarin kommt..., in: *Linzer Volksblatt*, 5.5.1962, S. 3.
 88/ Erster sowjetischer Kosmonaut dementiert „Prawda“ (wie Anm. 58).
 89/ G.: Zu Besuch in Wien: Gagarin, in: *Illustrierte Kronen Zeitung*, 11.5.1962, S. 8 und 10.
 90/ T.C. [Thomas Chorherr]: Propaganda-tournee, in: *Die Presse*, 12.5.1962, S. 3.
 91/ Gagarin schläft im Bett Madeiras, in: *Express*, 10.5.1962, S. 4.
 92/ Gagarin bekam im Hotel kein Frühstück, in: *Österreichische Neue Tageszeitung*, 16.5.1962, S. 6; Auch Gagarin knurrte der Magen!, in: *Express*, 16.5.1962, S. 1; Major Gagarins Österreichbesuch beendet, in: *Wiener Zeitung*, 16.5.1962, S. 3.
 93/ Kosmonaut Titow: ‚Ich fand im Weltall keinen Gott‘, in: *Die Presse*, 11.5.1962, S. 3.
 94/ Studenten gegen Gagarin-Vortrag in der Universität (wie Anm. 63); Studenten-Protest gegen Gagarin-Propaganda, in: *Linzer Volksblatt*, 12.5.1962, S. 5; Endlich ein klares Wort, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.5.1962, S. 4; Kosmonaut Juri Gagarin ‚kreiste‘ durch Linz, in: *Oberösterreichische Nachrichten*, 12.5.1962, S. 5; Großes Interesse Gagarins für die



Juri Gagarin, wie er vielen in Erinnerung blieb: lächelnd, als Botschafter des Friedens.

VÖEST, in: *Wiener Zeitung*, 12.5.1962, S. 5; Gagarin in der Universität. Hochschüler protestieren, in: *Das kleine Volksblatt*, 12.5.1962, S. 5; Hochschülerschaft protestiert gegen Gagarin-Vortrag: Keine kommunistische Propaganda auf Universitätsboden, in: *Österreichische Neue Tageszeitung*, 12.5.1962, S. 7; Protest gegen Vortrag Juri Gagarins, in: *Kurier*, 12.5.1962, S. 4; Studenten protestieren gegen Gagarin, in: *Kleine Zeitung*, 12.5.1962, S. 1.
 95/ Gagarin und die Schildbürger, in: *Volksstimme*, 16.5.1962, S. 2.
 96/ Ein gern gesehener Gast, in: *Sowjetunion heute*, 10. Jg., Heft 7 (439), 16.2.1964, S. 2–3, hier S. 3.
 97/ „Wostok“ startet in Wiener Messehalle, in: *Volksstimme*, 11.6.1975, S. 5.
 98/ Vgl. dazu: Gibas, Monika: „Venus vom Sternstädtchen“. Walentina Tereschkowa, Heldin der Moderne in der DDR, in: Satjukow/Gries (wie Anm. 27), S. 147–157.
 99/ Walentina Tereschkowa in Wien, in: *Volksstimme*, 3.9.1976, S. 1 und 4; Bundespräsident empfing Walentina Tereschkowa, in: *Volksstimme*, 4.9.1973, S. 1; Danneberg, Barbara: Walentina Tereschkowa: „Ich bin keine Ausnahme...“, in: *Volksstimme*, 5.9.1976, S. 4.
 100/ Erster sowjetischer Kosmonaut Juri Gagarin bei Flugzeugabsturz ums Leben gekommen, in: *Volksstimme*, 29.3.1968, S. 1–2, hier S. 1.
 101/ West, Arthur: 6 persönliche Protokolle zur Oktoberrevolution, in: *Volksstimme*, 12.11.1978, S. 20.
 102/ Gestwa (wie Anm. 12), S. 124ff. und 145.

Eine sozialdemokratische Biografie

GERHARD OBERKOFLER

Als „Foto des Jahres 2010“ wurde vom 1946 gegründeten Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) eine Aufnahme von Ed Kashi (*1957) ausgezeichnet. Gezeigt wird Nguyen Thi Ly, ein neunjähriges Mädchen, das in Da Nang lebt und gezeichnet ist von den Spätfolgen der US-Aggression in Vietnam. Eine besondere Grausamkeit der US-Militäroperationen in Vietnam war der massenhafte Einsatz chemischer Kampfstoffe, wobei man sich vor Augen halten muss, dass die Anwendung von Giftstoffen im Krieg seit dem Jahre 1925 durch eine internationale Konvention verboten ist. Die USA hatten nichtsdestoweniger neue Giftstoffe mit der chemischen Verbindung Dioxin („agent orange“) entwickelt und in Vietnam durch ihre Luftstreitkräfte massenhaft eingesetzt. Der unmittelbare Zweck war die Vernichtung der Vegetation und damit die Zerstörung der Umwelt. Das Gift gelangte in die Brunnen und in die Ackerpflanzen, von dort in den menschlichen Körper. Es gab von Anfang keinen Zweifel daran, dass „agent orange“ krankhafte Veränderungen der Chromosomen erzeugen und Krebs wie Erbschäden massenhaft entstehen werden. Nach offiziellen Schätzungen leben heute in Vietnam auf Grund dieser US-Kriegsverbrechen 1,2 Millionen Kinder mit Behinderungen, in ländlichen Gebieten deutlich mehr als in den Städten.

Das Volk von Vietnam hat der US-Aggression heroischen Widerstand geleistet, am 30. April 1975 war Vietnam vollständig befreit. Einen kleinen, aber doch nicht unwichtigen Beitrag zu diesem Sieg hat die internationale Solidarität mit dem vietnamesischen Volk geleistet. Auch viele Menschen aus allen Schichten des österreichischen Volkes drückten auf verschiedene Weise ihre Solidarität aus, manche davon, insbesondere in Wien, werden sich daran erinnern haben, dass sie als Kinder in der Nachkriegszeit von UNICEF selbst Hilfe erhalten haben. Auch die katholische Kirche beteiligte sich an der Solidaritätsbewegung, Prälat Leopold Ungar (1912–1992) stellte sich für eine Sammelaktion auf die Strasse. Das Mitgefühl für das von den USA terrorisierte vietnamesische Volk war in Österreich allerdings nicht selbstverständlich, weil in der

österreichischen Sozialdemokratie die Agenten der imperialistischen Kräfte den Ton angaben. Im Parlament waren im März 1968 für den langjährigen Obmann des außenpolitischen Ausschusses und Leiter der Sozialistischen Bildungszentrale Karl Czernetz (1910–1978) die nationalen Befreiungskriege überhaupt nichts anderes als „militärische Machtkämpfe der Kommunisten“,¹ welcher Meinung Bruno Kreisky (1911–1990) als Bundesparteivorsitzender der SPÖ nicht widersprochen hat. Anstoß zu dieser Wortmeldung von Czernetz war eine parlamentarische Anfrage von Bruno Pittermann (1905–1983), Czernetz, Hertha Firnberg (1909–1994) und Genossen an den damaligen Außenminister Kurt Waldheim (1918–2007), weshalb er denn den Botschafter von Nordvietnam in Budapest – Österreich hatte zur Demokratischen Republik Vietnam keine diplomatischen Beziehungen – zu einer Aussprache empfangen habe. Waldheim antwortete, die Regierung verfolge die Entwicklung in Vietnam mit größter Sorge, das österreichische Volk habe in seiner jüngsten Geschichte Not und Elend des Krieges selbst erlebt.²

Als sich Richard Nixon (1913–1994) in Begleitung seines Außenministers William Rogers (1913–2001) und seines Sicherheitsberaters Henry Kissinger (*1923) im Mai 1972 auf dem Weg zum SALT I-Gipfel in Moskau zwei Tage in Salzburg aufhielt, kam es dort am Flughafengelände zu einer Protestkundgebung von österreichischen Gegnern der US-Aggression in Vietnam, die von der Polizei mit Schlagstöcken ruppig aufgelöst wurde. Robert Jungk (1913–1994) wurde verletzt,³ der von den sozialdemokratischen Spitzenfunktionären bis zu seinem Tode eher belächelte und mit einem kitschig zelebrierten Leichenbegängnis verabschiedete Sohn von Bruno Kreisky, Peter Kreisky (1944–2011), war dabei. Wolfgang Petritsch (*1947) notiert die Proteste gegen den amerikanischen Präsidenten, der von den Demonstranten als „Völkermörder“ angeprangert worden ist, als Episode, es fällt ihm wie schon seinerzeit Kreisky über die Berechtigung der Demonstration, die durch das „Foto des Jahres 2010“ wieder manifest geworden ist, gar nichts ein. Petritsch vergisst aber nicht auszuplaudern, dass sich Nixon über den seit zwei

Jahren als österreichischer Bundeskanzler (bis 1983) amtierenden Kreisky „mit überschwänglichen Worten“ geäußert habe, er habe ihn als „einen der hervorragendsten Staatsmänner der Welt“ genannt. Bruno Kreisky hat sich über diese ihm beim Mittagessen im Hotel Kobenzl auf dem Gaisberg gegebene Zeugnisnote des als Tricky-Dicky bekannten US-Präsidenten, der gerade dabei war, mit Giftgas, Napalm und allen möglichen Bomben das vietnamesische Volk zu quälen, nicht geniert, vielleicht hätte er sich später geniert, dass seine Reputation bei diesem Kriegsverbrecher in der Gegenwart von seinem Biografen kolportiert wird (S. 215f.). Ob sich Kreisky als Jurist mit Rogers über dessen Beteiligung am Prozess gegen Ethel Rosenberg (1915–1953) und Julius Rosenberg (1918–1953), der von Anfang an zur Verschärfung des Kalten Krieges beitragen sollte und 1953 zur Hinrichtung der beiden Friedensaktivisten geführt hat, unterhalten hat, ist nicht bekannt. Jean-Paul Sartre (1905–1980) hat nach der Hinrichtung der Rosenbergs, gegen die so große Humanisten wie Albert Einstein (1879–1955) protestiert haben, in der von österreichischen Diplomaten wie Kreisky gerne gelesenen *Libération* sogar appelliert, Europa möge niemals die Führung der westlichen Welt dem Mörder der Rosenbergs überlassen.⁴

Als Vielleiter wird Kreisky das 1972 publizierte, von Noam Chomsky (*1928) eingeleitete amerikanische Taschenbuch von Virginia Brodine und Mark Selden „Open secret. The Kissinger-Nixon Doctrine in Asia“⁵ bekannt gewesen sein. Als weltpolitisch interessierter Diplomat hatte er den Hauptinhalt dieser Doktrin „Warum wir niemals abziehen“ schon zur Kenntnis genommen. Das gilt auch für die ihm sicher bekannt gewordenen massiven amerikanischen Vorbereitungen für konterrevolutionäre Aktionen wie zum Beispiel in Chile, wo am 11. September 1973 der chilenische General Augusto Pinochet (1915–2006) aus dem Weißen Haus die Genehmigung wenn schon nicht den Befehl erhalten hat, die Volksfrontregierung des 1970 frei gewählten Präsidenten der Republik Chile Salvador Allende (1908–1973) zu liquidieren. Kissinger hat auf Seiten der USA die diplomatischen Vorbereitungen dazu geleitet. Österreich nahm mehrere

hundert Flüchtlinge aus Chile auf, „über Intervention der UNO“, wie Petritsch gewissermaßen zur Entschuldigung hinzufügt (S. 305).

Als Kissinger im Einvernehmen mit Atomwissenschaftlern wie den von Studenten der Universität Berkeley als Kriegsverbrecher bezeichneten Edward Teller (1908–2003) Anfang September 1979 auf einer Konferenz in Brüssel über einen regional begrenzbaren Einsatz atomarer Präzisionswaffen in Europa fabulierte und meinte, dass die Entspannung nur „zur einseitigen Abrüstung des Westens“ führe, es sei deshalb unbedingt „die notwendige Nachrüstung“ zu vollziehen,⁶ hätte das neutrale Österreich mit dem Sozialdemokraten Kreisky an der Spitze wieder einige Möglichkeiten gehabt, klar zustellen, dass die atomare Aufrüstung nicht der Verteidigung dienen kann, sondern nur die Politik der USA verfolgt, ihre Kriege möglichst weit weg von den USA zu führen. Das ist nicht geschehen, Kissinger konnte sich auf die führenden und heranwachsenden Kader der österreichischen Sozialdemokratie verlassen. Aus Anlass des Kreisky Gedenkens renommiert Heinz Fischer (*1938), er sei 1967 von Kreisky zu einem von Kissinger abgehaltenen Seminar nach Boston empfohlen worden, wo für die USA verwendbare politische Kader ausgebildet wurden. Es sei dort „natürlich ganz intensiv über Vietnam und über das Nahostproblem diskutiert“ worden, eine inhaltliche Erläuterung erspart sich Fischer, das ist vom erkennbaren Ergebnis her allerdings auch nicht notwendig.⁷

Kreisky gab sich in Bezug auf das Jeneseits als Agnostiker, im Diesseits war er ein frommer Ministrant der US-amerikanischen Glaubensgemeinschaft, die von Ronald Reagan (1911–2004) in seiner Inaugurationsrede am 20. Jänner 1981 so angeboten wurde: „We have every right to dream heroic dreams [...] We are a nation under God [...]“.⁸ Und zu den Heldentaten in der Verwirklichung dieser US-Träume zählte Reagan schamlos den Krieg der USA gegen Vietnam! Kreisky mag den Terror der USA in Vietnam wie überhaupt die vielen Kriegsverbrechen dieses Hauptfeindes des Weltfriedens nach 1945 nicht gut geheißsen haben, er hat sie aber stillschweigend zur Kenntnis genommen und akzeptiert. Natürlich waren Kreiskys weltpolitische Möglichkeiten als Bundeskanzler der kleinen neutralen Republik Österreich sehr beschränkt, doch hätte seine Stimme aus verschiedenen Grün-

den, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, Gewicht haben können. Was hätte denn den Bundeskanzler der neutralen Republik Österreich wirklich daran hindern können, seine Stimme zum Beispiel für die von den USA vergifteten Kinder Vietnams zu erheben? Das „Foto des Jahres 2010“ ruft die dunklen Schatten, die über Kreisky und die gesamte österreichische Sozialdemokratie liegen, wieder in das Gedächtnis.

Was haben diese Anmerkungen mit der Kreisky-Biografie von Wolfgang Petritsch zu tun? Es soll deutlich werden, dass Bruno Kreisky diesen quasi offiziellen sozialdemokratischen Biografen verdient hat. Petritsch war von 1977 bis 1983 sein Sekretär und Pressesprecher, er ist in Wien promovierter Historiker und in den USA ausgebildeter Politologe, vom September 1997 bis Juli 1999 war er Botschafter Österreichs in der Bundesrepublik Jugoslawien.⁹ Jugoslawien war ein friedlicher Vielvölkerstaat, der sich von den deutschen Faschisten selbst befreien hat können. Es war das neue Groß-Deutschland, das 1991 mit Unterstützung aus Österreich die Zerschlagung dieses Landes durch Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als unabhängige Staaten mit allen kriegesischen Konsequenzen erzwang.¹⁰ Das war nicht genug, es galt noch die Serben zu knechten. Petritsch ging über das stillschweigende Tolerieren von US-Kriegsverbrechen durch Kreisky hinaus und wurde selbst zu einem Kriegstreiber im Interesse der an der Okkupation Jugoslawiens interessierten imperialistischen Kräfte, insbesondere aus dem wieder Blut leckenden Groß-Deutschland, das schon zwei Weltkriege verursacht hatte. Als EU-Chefverhandler hat Petritsch in privilegierter Kooperation mit dem von ihm herangezogenen, als führender Terrorist der „Befreiungsarmee des Kosovo (UCK)“ bekannten und heute vom Sonderberichterstatter des Europarates Dick Marty (*1945) als Chef einer kriminellen Gruppe identifizierten Hashim Thaçi (*1968) ab Februar 1999 im Rambouillet unter dem Titel Friedenskonferenz den Krieg gegen Jugoslawien direkt mit vorbereitet. Schon zu Beginn dieser Friedensverhandlungen hat er in einem Interview unter dem Titel „Die Serben werden fauchen“ öffentlich gemacht: „Aber eines garantiere ich: Vor Ende April wird der Kosovo-Kon-



Bruno Kreisky bei einer Pressekonferenz im Presseclub Concordia am 22. Juli 1982.

flikt entweder formal gelöst sein oder die NATO bombardiert.“ Weil der NATO-Lakai Petritsch auch militärstrategisch instruiert worden war, erläutert er: „Luftangriffe der NATO müssten dann durch Bodentruppen ergänzt werden, die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren.“¹¹ Am 24. März 1999 wurde, wie von Petritsch angekündigt, mit der Bombardierung von Belgrad durch die NATO begonnen.¹²

Der große österreichische Völker- und Strafrechtsgelehrte Heinrich Lammasch (1853–1920) hat auf der zweiten Haager Konferenz (1907) den Vorschlag gemacht, die Staaten sollen sich vertragsmäßig verpflichten, in ihre Strafgesetze Bestimmungen gegen zum Krieg aufreizende Zeitungsartikel aufzunehmen. In drei Herrenhausreden hat Lammasch 1917/1918 gefordert, dass Österreich die Initiative zum Frieden ergreifen und für einen Frieden ohne Annexionen, für Rüstungseinschränkungen, Gleichberechtigung der Nationen und friedliche Schlichtung künftiger internationaler Streitigkeiten eintreten müsse. Lammasch wurde deswegen von den Protagonisten der herrschenden Klasse massiv angegriffen, Karl Kraus (1874–1936), mit dem Kreisky zum Unterschied von anderen bildungsbürgerlichen Intellektuellen seiner Zeit offenkundig nicht allzu viel anzufangen gewusst hat, ist Lammasch in einer seiner eindrucksvollsten Reden zur Seite gestanden. In einem Gespräch mit Kraus meinte der katholisch konservative Lammasch, der kein utopischer Moralist war, Kriegstreiber gehörten rechtzeitig „aufgehängt“.¹³ Das erin-

nert an François Villon (1431–ca.1463) – „*Man schlage ihnen ihre Fressen / Mit schweren Eisenhämmern ein*“ –, der Bertolt Brecht (1898–1956) für seine Stücke über den Zusammenhang von Kriminalität, Krieg und Kapitalismus und Kapitalistenknechte inspiriert hat.¹⁴ Für Kreisky war Brecht schon in der Emigration ein Dichter, der im Weltklassenkampf nach seiner Meinung auf der falschen Seite der Barrikade kämpfte, was Petritsch nicht vergisst zustimmend anzumerken (S. 71). Lammasch hatte für die Republik Österreich die Idee, diese möge ihre Neutralität erklären, um Kriegen vorzubeugen, den Frieden zu vermitteln, wirksam zu gestalten und zu bewahren. Von Kreisky ist kein Lammasch vergleichbares Engagement für den Frieden bekannt.

Kreisky war ein österreichischer Politiker, vor allem ein durch die österreichische, in die späten Jahre der Monarchie zurück reichende Geschichte geformter Sozialdemokrat, mit reformerischem Elan und einigen sichtbar bleibenden Ergebnissen in Österreich, nicht in der Weltpolitik, in der er sich gerne bewegt hat. Er hatte in der österreichischen Innenpolitik den Wind im Rücken, die stockkonservativen bürgerlichen Verhältnisse musste in vielen Bereichen den herangereiften gesellschaftlichen Erfordernissen angepasst werden. Das konnte in den 1970er und beginnenden 1980er Jahren niemand besser als die bürgerliche Sozialdemokratie mit Kreisky an der Spitze. In sozialdemokratischer Tradition war Kreisky bemüht, die Arbeitslosenzahlen möglichst nieder zu halten. Die wirtschaftliche Freiheit einer kleinen Gruppe von Menschen zu Lasten der weit überwiegenden Mehrheit der Menschen wurde von ihm grundsätzlich nicht in Frage gestellt.

Petritsch versteht es, das Leben von Kreisky ohne prätentöse Ansprüche darzustellen, er verführt die Leser, das von den Medien insgesamt positiv vermittelte Kreiskybild zu erweitern, Widersprüche werden mit Hilfe eines der Wiener Berggasse entlehnten Repertoires scheinbar verständlich aufgelöst. Ausführliche Passagen über den bekannten, aber wenig begriffenen Konflikt zwischen Kreisky und Simon Wiesenthal (1908–2005) erhalten dabei allerdings eine katastrophale Orientierung. „*Da hatten sich*“, so Petritsch, der, was in der Historiografiegeschichte nicht ungewöhnlich ist, vom Historiker quasi zum Stammesbiologen mutiert, „*zwei herausragende – jüdischstämmige – Österreicher in einem Zweikampf verkeilt, dessen*

eigentliche Wurzeln tief in die Geschichte und Tragik des zentraleuropäischen Judentums verweisen“ (S. 181). Nach Petritsch bleibt vom Konflikt Kreisky/Wiesenthal nicht viel mehr als tragisches Judengezänk, dem die deutsch-, slowenisch-, türkisch-, roma- oder sonst wie stämmigen Österreicher zusehen mussten. Der Beitrag von Evelyn Adunka (*1965) über „*Bruno Kreisky, die Juden und Israel*“ ist im Vergleich dazu wissenschaftlich anregend, auch wenn man nicht mit ihrer Interpretationslinie einverstanden ist.¹⁵ Für Petritsch sind jüdischstämmige Menschen besondere Menschen, er will mit dieser wissenschaftlich skurrilen Erb- und Biologie Israel und dessen unheilvoller und aggressiver zionistischer Politik einen Gefallen tun.

Es ist vielleicht das größte Verdienst des Außenpolitikers Kreisky, dass er den Mythos von der Existenz eine „*jüdischen Volkes*“, das angeblich aus ethnischen Gruppen von Juden in verschiedenen Ländern besteht, als Werkzeug des Zionismus entlarvte. Er wollte das neutrale Österreich nicht den Interessen Israels unterwerfen, was von Wiesenthal und anderen beabsichtigt war und ist. Der Zusatz Jude machte Kreisky allergisch, er empfand das „*als ein Relikt aus der Hitlerzeit*“.¹⁶ „*Rassentheorien*“ waren unter linken Wiener Intellektuellen vor 1938 lebhaft diskutiert worden, Kreisky dürfte sich in dieser Situation daran erinnern haben, wenn er auch keine Diskussion mit Walter Hollitscher (1911–1986), der damals in Wien darüber in kommunistischen Zirkeln gesprochen hat, geführt haben wird.¹⁷

Tatsächlich hat der israelische Rassismus für die Palästinenser fatale Folgen wie unter anderem die Massaker von Gaza zeigen. Österreich hat viele, sehr viele Naziverbrecher hervorgebracht und war nicht einmal in die Nähe der Verwirklichung der ersten, von Leopold Figl (1902–1965) abgegebenen Regierungserklärung im von den Nazis befreiten Österreich gekommen, der am 21. Dezember 1945 verkündet hat: „*Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918 noch von 1933 noch eine von 1938 werden.*“¹⁸ Das war Kreisky völlig klar, schließlich war die Sozialdemokratie von Anfang an gegen die Altnazis ebenso mild wie scharf gegen die Kommunisten. Kreisky wollte das neutrale Österreich nicht in die Phalanx der imperialistischen Kräfte im Nahen Osten ein-

reihen, zu deren Hauptakteuren Israel mit der Staatsdoktrin vom „*ausgewählten Volk*“ gehört. Er hat als Humanist das Gespräch mit den Palästinensern aufgenommen, denen von den Israelis so viele Qualen, Erniedrigungen und andere Gewaltakte zugefügt wurden, dass José Saramago (1922–2010) den Begriff des Holocaust dahin ausgeweitet hat.¹⁹

Petritsch würdigt den Einsatz von Kreisky für die unterdrückten Palästinenser nur scheinbar differenziert, er betont die mit Jassir Arafat (1929–2004) notwendigerweise bestehenden Differenzen und spricht von einem von Kreisky eingeleiteten Friedensprozess, der eigentlich nur durch den Terror der Palästinenser nicht abgeschlossen haben werden können. Petritsch deutet an, Kreisky habe losen Kontakt zu Persönlichkeiten der unterschiedlichsten sozialen Bewegungen in der Welt gehabt, „*die damals in erster Linie Befreiungsbewegungen waren*“, so zu Nelson Mandela (*1918) (S. 307). Zu diesem drängen sich in der Gegenwart viele Sozialdemokraten, in dessen Autobiografie allerdings ist von ihnen wie von Kreisky nicht die Rede, für Mandela war der marxistische Aufruf zur revolutionären Tat „*Musik in den Ohren eines Freiheitskämpfers*“.²⁰ Es ist offenkundig, dass Mandela mit der marxistischen Literatur wesentlich mehr anzufangen wusste als Kreisky, für den diese mehr oder weniger ein Bildungserlebnis seiner Jugend geblieben ist, jedenfalls keine Methode, die Wirklichkeit zu erkennen oder gar eine Anleitung zum Handeln. Kreisky soll sich laut Petritsch auch für die Befreiungstheologen interessiert haben. Der Austromarxismus und dann die Politik von Kreisky haben bei diesen allerdings überhaupt keine Resonanz, nicht einmal als Marginale. Wie sollte das auch der Fall sein, wenn die Theologie der Befreiung nicht nur die Wirklichkeit interpretiert, „*sondern deren Veränderung legitimiert, und sei diese auch revolutionär*“.²¹ Im Gespräch mit Carlo Alberto Galluzzi (1919–2000) hat Kreisky 1969 allein schon bei den Worten Kommunismus und revolutionäre Entwicklungen im buchstäblichen Sinne rot gesehen.²² Wenn Petritsch hervorhebt (S. 307), dass Kreisky sich in Nikaragua für die Sandinisten engagiert hat, ist das nur ein scheinbarer Widerspruch, denn das Bemühen der Sozialistischen Internationale und von Kreisky war, die mit Mário Soares (*1924) und Felipe González (*1942) in Portugal und Spanien in den ersten 1970er Jahren erworbenen Erfahrungen bei der Transformierung

von volksrevolutionären Bewegungen zu für die NATO kompatible sozialdemokratische Regimes in Lateinamerika nutzbar zu machen und einen kubanischen Weg nach Möglichkeit zu verhindern.

Mit dem Weltpolitiker Kreisky aus dem neutralen Österreich ist es überhaupt so eine Sache. In den Erinnerungen von Adreij Gromyko (1909–1989) kommt sein Name nicht vor, wahrscheinlich sogar mit voller Absicht, weil Gromyko auf Österreich mit viel Sympathie zu sprechen gekommen ist. Er meint, Österreich sei in Mitteleuropa ein Pfeiler der Neutralität, er sei viele Male in Österreich gewesen und mit seinen Staatsmännern zusammengetroffen, angefangen von Julius Raab (1891–1964) und Leopold Figl, auch habe er Kurt Waldheim als Generalsekretär der Vereinten Nationen gekannt, und: „*Alle diese Persönlichkeiten waren der Meinung, Österreich müsse an seiner neutralen Politik festhalten.*“ Dann drückt Gromyko noch seine Hoffnung aus, dass „*die Zukunft für Österreich keine unerfreulichen Überraschungen birgt. Europa braucht ein neutrales Österreich und das österreichische Volks nicht minder.*“²³ Bei Petritsch ist Gromyko kein zitierbarer Kontakt von Kreisky gewesen, Gromyko kommt in der Biografie nicht vor. Seinem Genossen von der Sozialistischen Internationalen und früheren Offizier der Hitlerwehrmacht Helmut Schmidt (*1918) fällt in seiner Bilanz zu Kreiskys Österreich nur der von Willy Brandt (1913–1992) oft erzählte Witz ein, Kreisky sei es gelungen, der Welt Ludwig van Beethoven (1770–1827) als Österreicher darzustellen, dafür aber Adolf Hitler (1889–1945) als Deutschen.²⁴

Es mag kein Zufall sein, dass Petritsch Franz André Heller (*1947) als Referenz für sein Kreiskybild benennt. Dasselbe tut Helene Maimann (*1947), nach deren doch eher opportunistischen Meinung Heller ein „*Symbol*“ für den Aufbruch Österreichs mit Kreisky gewesen sei und sich seit den 1980er Jahren sogar für die Friedensbewegung eingesetzt haben soll. „*Kauf Dir einen bunten Luftballon, flieg ins Reich der Phantasie*“ – mit André Heller verbindet Alfred Hrdlicka (1928–2009) die Reichspropaganda, weil in der geistigen Verelendung die Sehnsucht nach Illusionen wächst.²⁵ Mit allerlei Faxen und Schmähen versteht es Heller, diese Sehnsucht profitabel zu nutzen, es sei nur an seine bombastische Gestaltung eines Kiosks für Kristalle in Wattens erinnert. Dieser Maître de Plaisir aus Wien wird als authentischer Interpret von

Kreiskys politischem Leben angeboten, was nicht unrichtig ist, weil Kreisky selbst ein Meister im Metier der Produktion von Illusionen war. Ein fiktives Gespräch mit Thomas Bernhard (1931–1989) wäre nicht nur lustiger, sondern wirklichkeitsnäher gewesen. Deshalb tut Petritsch sein bestes, um die scharfe Kritik dieses „Schriftsteller aus Ohlsdorf“ abzumildern (289f.).

„*Wir sollten diese Episode (mit Kreisky) nicht mit einer Epoche verwechseln*“²⁷ – diesem Wunsch von Thomas Bernhard werden die das Land geistig niederhaltenden sozialdemokratischen Kleinbürger, die es besser machen wollen als die Bourgeoisie selbst, nicht nachkommen. Das Buch des österreichischen Kosovo-Helden Petritsch kann die Lektüre der Erinnerungen von Kreisky nicht ersetzen.²⁸ Wer sich aber darüber informieren will, wie die Sozialdemokratie der Gegenwart mit Kreisky ihre Geschichte für die Gegenwart adaptiert, der kann es lesen, muss sich das aber nicht antun, weil die *Kronen-Zeitung* darüber täglich Auskunft gibt. Das ist tragisch, weil der Sozialdemokratie in Anbetracht des insgesamt verdrießlichen Zustandes der Linken auf Grund ihrer Tradition eine besondere Verantwortung zukäme.

Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biografie. St. Pölten, Salzburg: Residenz-Verlag 2010 (2. Aufl.), 423 S.

Anmerkungen:

- 1/ Rede im österreichischen Nationalrat, am 14. März 1968. In: Karl Czernetz: Europa und der Frieden. Wien, Frankfurt/M., Zürich 1968, 243–248.
- 2/ Stenographisches Protokoll der Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 14. März 1968, 7797–7871.
- 3/ Robert Jungk: Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft. Wien 1993, 431–434.
- 4/ Der Artikel von Sartre in der Liberation ist abgedruckt in: apropos Ethel Rosenberg. Mit einem Essay von Stefana Sabin. Frankfurt/M. 1996, 102–105.
- 5/ Harper & Row, New York 1972.
- 6/ Henry A. Kissinger: Kernwaffen und Auswärtige Politik. Hg. vom Council on Foreign Relations New York. München 1959; Die Weltpolitische Lage. Reden und Aufsätze. München 1983, 195–211.
- 7/ Helene Maimann: Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe. Wien 2011, 50–71.
- 8/ www.reaganfoundation.org/pdf/Inaugural_Address_012081.pdf [1.3.2011].
- 9/ Wolfgang Petritsch/Karl Kaser/Robert Pichler: Kosovo. Kosova. Mythen. Daten. Fakten. Klagenfurt [u.a.] 1999.

10/ Gerhard Oberkofler/Peter Goller: „Orientierung über den Balkan“. Ein Gespräch mit Zoran Konstantinovic über die Jugoslawienkrise (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 199). Innsbruck 1994.

11/ *Der Spiegel*, Nr. 6, 8.2.1999, 150f.: Die Serben werden fauchen. Der EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch über die Friedensverhandlungen und die Autonomiepläne für die Albaner im Kosovo.

12/ Federal Republic of Yugoslavia: NATO Crimes in Yugoslavia. Documentary Evidence 24 March – 24. April 1999. Belgrade May 1999.

13/ Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Heinrich Lammash (1853–1920). Innsbruck 1993.

14/ Zum Beispiel: Die Dreigroschenoper. Zit. nach: Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band. Frankfurt/M. 1978, 165–202, hier 202.

15/ Evelyn Adunka: Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute. Berlin 2000, 384–446.

16/ Bruno Kreisky: Im Strom der Politik. Berlin 1988, 277.

17/ Walter Hollitscher: „Rassen-Theorie“ im Lichte der Wissenschaft. Wien 1949².

18/ Stenographisches Protokoll des Nationalrates der Republik Österreich, 21. Dezember 1945, Regierungserklärung 19–27, hier 20.

19/ José Saramago: Das Tagebuch. Hamburg 2010, 167 (Februar 2009).

20/ Nelson Mandela: Der lange Weg zur Freiheit. Autobiografie. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Günter Panske. Hamburg 2006/2007, 158.

21/ Ignacio Ellacuría/Jon Sobrino (Hg.): Mysterium Liberationis. Grundbegriffe der Theologie der Befreiung Band 1. Luzern 1995, 115.

22/ Aspekte des demokratischen Sozialismus. München 1974, 87–100.

23/ Internationale Ausgabe. Aus dem Englischen von Hermann Kusterer. Düsseldorf, Wien, New York 1989, 317f.

24/ Helmut Schmidt: Außer Dienst. Eine Bilanz. München 2008, 110.

25/ Helene Maimann: Über Kreisky, 168–183.

26/ Michael Lewin (Hg.): Alfred Hrdlicka, Das Gesamtwerk. Schriften. Wien 1987, 205.

27/ Thomas Bernhard in einer im *profil* als Gastkommentar publizierten Kritik („Der pensionierte Salonsozialist“) vom 26. Jänner 1981 zu Gerhard Roth und Peter Turrini: Bruno Kreisky. Fotos von Konrad R. Müller. Berlin 1981. Das Profil hat sich von dieser Kritik daran anschließend brav distanziert. Jetzt nachzulesen in: Thomas Bernhard: Der Wahrheit auf der Spur. Reden, Leserbrief, Interviews, Feuilletons. Hg. von Wolfram Bayer, Raimund Fellinger und Martin Huber. Berlin 2011, 204–208, hier 208.

28/ Bruno Kreisky: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986; Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Wien 1988; [Hg. Oliver Rathkolb] Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien 1996.

Luis Stabauer: *Der Kopf meines Vaters. Wien von der NS-Zeit bis zur Gegenwart. Eine Zeitzeugin erzählt.* Hamburg: ACABUS Verlag 2009, 157 S., 15,90–
 Manfred Pawlik: *Wilhelm Weixlbraun. Briefe aus der Todeszelle.* Horn: Verlag Berger, sowie Hollabrunn: Verlag Presshaus Sonnberg 2010, 261 S., 19,90–
 Wolfgang Fritz: *Die Geschichte von Hans und Hedi. Chronik zweier Hinrichtungen.* Wien: Milena Verlag 2009, 139 S., 17,90–

Allen drei hier besprochenen Büchern ist gemein, dass sie Erinnerungen an österreichische Widerstandskämpfer beinhalten, die geköpft worden sind. In „Der Kopf meines Vaters“ erinnert sich Grete Plotnarek an den Ottakringer Widerstandskämpfer Franz Plotnarek, der am 16. März 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet worden ist. Plotnarek, der lange eine Putzerei in der Rankgasse betrieb, wurde 1939 von Paul Antl, dem ehemaligen kommunistischen Bezirksrat in Ottakring, als Bezirkskassier eingesetzt. Seit dieser Zeit war er als Mechaniker in einem Rüstungsbetrieb beschäftigt und an führender Stelle in den Widerstandskampf der illegalen KPÖ eingebunden. Hingerichtet wurden nicht nur seine Mitangeklagten Franz Fiala, Anton Tuma, Karl Kompers und Johann Meduna. Auch das Ehepaar Hermine und Lothar Dirmhirn und andere, mit denen er im antifaschistischen Widerstand zusammenarbeitete, wurden zum Tode verurteilt und geköpft.

Seine Tochter, geboren 1932, erinnert sich sehr detailreich an verschiedene Begebenheiten, die in Form eines Interviews mit Luis Stabauer wiedergegeben werden. Interessant ist z.B. die Schilderung, wie ihre Mutter nicht nur die Leiche des Vaters im Anatomischen Institut findet, sondern auch sein Grab in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof ausfindig machen konnte. Dass ihre Mutter schon vor der Befreiung einen Gedenkstein dort aufstellte, gehört zu den Dingen, die, trotz Geheimhaltung der Beerdigung der Leichname der Hingerichteten, im Einzelfall möglich waren. Betrüblich ist es aber zu lesen, dass die wertvollen Materialien ihres Vaters (wie Briefe, Dokumente und Bastelarbeiten), die sie dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* übergeben hat, dort nicht mehr auffindbar sind.

Aufgefunden, und das bei einem Altwarenhändler (!), wurde hingegen ein Konvolut von Gefängnisbriefen des Widerstandskämpfers Wilhelm Weixl-

braun. Er gehörte der kommunistischen Widerstandsgruppe in der Staatsdruckerei an, deren Mitglieder Alois Hudec und Franz Macek am 5. März 1943, also eine Woche nach Franz Plotnarek, hingerichtet wurden. Der Psychotherapeut und Sozialwissenschaftler Manfred Pawlik legt nicht nur Weixlbrauns Briefe gedruckt vor, sondern auch die in diesem Fund vorhandenen Briefe an Weixlbraun ins Gefängnis. Solche kompletten Korrespondenzen sind selten und geben einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt der darin involvierten Personen. Zum einen dessen, der seiner Hinrichtung – mit aller Hoffnung auf Begnadigung – entgegen sieht, zum anderen jener, die mit ihm um sein Leben bangen und sich mit ihm über Alltägliches unterhalten, um ihm mit Inhalten von „Normalität“ die Zeit abwechslungsreich zu machen und wenigstens die Hoffnung aufrechtzuerhalten. Es geht um den Garten, die Apfelbäume, um die Verwandten und immer wieder um den Garten, der – und da ist Weixlbraun keine Ausnahme – für viele in den Köpflerzellen „Leben“ bedeutete. Diese Natur, die sie in den Zellen nicht hatten, dieses Grün der Wiesen und Pflanzen, dieses Blau des Himmels, das für sie meistens sehr weit weg war (manche konnten sich ab und zu an der einen Kastanie im Hof des LG I erfreuen), reproduzierten sie aus dem Gedächtnis, war ihre Form, die Beengtheit der Zelle und den Gedanken an den nahenden Tod (mit all der Ungewissheit, was sie da erwarten wird) zu entfliehen.

Im Dezember 1942 bedankt er sich dafür bei seiner Frau Maria: „Du bist wirklich eine gute Herzenströsterin, denn all die Hoffnung, die du mir in deinen Briefen zukommen lässt, bedeuten für mich immer wieder Leben und deshalb kann ich dir nicht oft genug danken.“ Und in seinem letzten Brief vom 28. Februar 1943) – ein Abschiedsbrief ist nicht erhalten, und dass dies sein letzter Brief sein sollte, wusste er natürlich nicht – schreibt er wieder sehr einfühlsam an seine Frau in Erwartung ihres Besuchs: „Dass dir jedes Schreiben, das du von mir bekommst, einem Geschenk gleich kommt, glaube ich dir, und verstehe ich, denn es geht mir doch auch nicht anders; jedes Schreiben das einer vom anderen bekommt ist ja doch die einzige Fühlung, die wir miteinander haben [...]. Das Schönste wäre halt, wenn wir bald wieder ganz zusammen kommen würden, hoffen wir, dass uns dieses Glück zuteil wird, es wäre die schönste Stunde unseres Lebens [...]. So oft die Sonne



Wilhelm Weixlbraun, Hedwig Schneider

aufsteht, erneuert sich mein Hoffen, und bleibt bis sie untergeht, wie eine Blume offen, heißt es im Lied, und ich bleibe dabei, dass sich mein Hoffen doch erfüllen wird.“ Als Maria Weixlbraun diesen Brief am 4. März beantwortet, schreibt sie, dass sie noch eine Woche auf den nächsten Besuch bei ihm warten müsse: „Wie kurz sind doch die Augenblicke, die uns vergönnt sind! Lieber Willy, ich verlier die Hoffnung nicht, Dich wieder wie einst zu Hause erwarten zu dürfen.“ Dieser Brief erreicht ihn nicht mehr. Weixlbraun wurde, 47 Jahre alt, am nächsten Tag mit neun anderen Menschen ermordet.

Im Mittelpunkt des dritten hier besprochenen Buches steht das Ehepaar Schneider, das in einer Schrebergartenhütte in Wien-Leopoldau wohnte. Auch Johann und Hedwig Schneider waren ein Teil des organisierten kommunistischen Widerstandskampfes. In ihrem Schrebergarten wurden Flugblätter produziert. Der Autor lernte vor vielen Jahren die damals noch lebende Schwester von Hedwig Schneider kennen und nützte die Gelegenheit, mit ihr Gespräche über Hedi, ihren Mann und deren Widerstandstätigkeiten zu führen. Lange nach dem Tod dieser Schwester schrieb er dieses Buch über das Ehepaar, zu dem er nicht nur die Interviews heranzog, sondern auch auf die Gefängnisbriefe zurückgreifen konnte, die ihm diese Frau gegeben hatte. Wolfgang Fritz webt in die Rekonstruktion ihres Lebens zeitgenössische Materialien ein, schildert die Siedlerbewegung der 1920er Jahre, den sich formierenden Widerstand im Austrofaschismus und die Einbindung von Hans und Hedi in den Widerstand nach 1938. Im Gegensatz zum Buch über Wilhelm Weixlbraun findet sich bei Fritz keine komplette Wiedergabe der Briefe der beiden aus dem Gefängnis, sondern er versucht, in Zitaten auf die Kommunikation zwischen den beiden inhaftierten Ehegatten einzugehen.

Das NS-Regime, d.h. ihre juristischen Handlanger, hatten kein Problem, auch Ehepaare zum Tod zu verurteilen und

hinzurichten. Sie hatten auch keine Hemmungen, Ehepaare zu ermorden, obwohl diese noch kleine Kinder hatten (wie das erwähnte Ehepaar Dirmhirn, das Ehepaar Marie und Rudolf Fischer oder Franz und Ida Strohmayer). Johann und Hedwig Schneider hatten, wie auch die ebenfalls hingerichteten Ehepaare Rosalia und Johann Graf, Apollonia und Florian Binder oder Anna und Leopold Herbrich, keine Kinder. Als sie am 24. September 1942 gemeinsam mit Franz Kovarik zum Tode verurteilt wurden, hatte zuvor schon die mit ihnen komplizierte Adolfine Mikes, sie war bis zu ihrer Verhaftung die zentrale Literatur-Frau, ihr Todesurteil durch den 5. Senat des Volksgerichtshofes erhalten. Am 2. Dezember 1942 starben mit dem Ehepaar Schneider und Mikes auch die steirischen Bergarbeiter Jakob Doff, Othmar Schrauber und Kajetan Wachter, sowie die St. Pöltn Eisenbahner Rudolf Duba, August Novy, Josef Lang und Rudolf Unterberger. Am 22. November hat Hans noch an sein „Heder!“ geschrieben: „[...] du musst nicht das Schlechteste von unserer Lage denken, schau die elf Mann aus St. Pölten sind schon seit Juni verurteilt und werden höchstwahrscheinlich begnadigt werden. Daher, mein Liebling, dürfen wir die Hoffnung nicht verlieren [...]“.

Diese Hoffnung erfüllte sich weder für Hans und Hedi, noch für die St. Pöltn. Die, von denen er da sprach, wurden bald danach am 15. Jänner 1943 (Anton Grossauer, Josef Matischek, Karl Mraz, Franz Schmaldienst, Alfred Stein) und am 26. Februar 1943 (Johann Ebner, August Steindl) hingerichtet. Lediglich Hubert Faller, Herbert Steindl (der Sohn von August) und Georg Schaffranek wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen begnadigt.

WILLI WEINERT

Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz, hg. von der Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs. Wien 2010 (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Bd. 54), 738 S., 49,20–

Ähnlich der in den letzten Jahren verstärktesten Beschäftigung mit österreichischen Historiker-Biographien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (paradigmatisch sei hier nur der von Gerhard Oberkofler in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* besprochene Sammelband von Karel Hruza aus dem Jahr 2008 erwähnt), rückt nun auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte von zentralen Institutio-

nen der Geschichtswissenschaft in den Fokus des Interesses. Die Thematisierung der Rolle der universitären Institute, verdichtet in den Ausführungen von Gernot Heiß zur Wiener Schule der Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, bestimmte in einer ersten Welle bereits Ende der 1980er Jahre die Diskussion um Karrieremuster, persönliche Verstrickung und inhaltliche Neuausrichtung innerhalb der österreichischen Historikerkunft in den Jahren 1938 bis 1945. Eine strukturelle Gesamtsicht blieb jedoch aus; Institutionengeschichte abseits der akademischen Ausbildungsstätten galt als wenig ergiebig, zumal, etwa im Hinblick auf die (staatliche) Archivlandschaft und ihr Personal nach 1945, ein post ex konstruiertes Bild vorherrschte, es hätte sich hier um grundsätzlich unpolitische Einrichtungen und einen vermeintlich unpolitischen Berufsstand gehandelt, die während der Jahre nationalsozialistischer Herrschaft im gleichen Maße „funktionierten“ und zu funktionieren hatten wie in den Jahren der Republik und somit weitestgehend unbeschadet durch die Zeit der Diktatur gekommen wären.

Nachdem der 75. Deutsche Archivtag in Stuttgart im Jahr 2005 in umfassender Weise die Geschichte der Archivwissenschaft und der Archive während der Zeit des Nationalsozialismus ansprach und entsprechende Studien anstieß, gewinnt die Sichtweise eines tief in die nationalsozialistische Herrschaftspraxis verstrickten Bereiches (verwiesen sei hier nur auf die unterschiedlichsten Formen geleisteter „Amtshilfe“ im Zusammenhang mit der Rassegesetzgebung) samt einer keineswegs nur unpolitischen Funktionseleite zunehmend an Kontur. Vier Jahre nach Erscheinen des Diskussionsbandes zum Deutschen Archivtag legt nun auch die Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs mit dem 54. Band ihrer hauseigenen Reihe eine 740 Druckseiten starke Standortbestimmung aus österreichischer Perspektive vor, die anhand der Geschichte der Wiener Zentralarchive bzw. des 1940 als Dachorganisation geschaffenen „Reichsarchiv Wien“, der Landesarchive („Reichsgauarchive“) und ausgewählter Archive aus dem kommunalen sowie kirchlichen Bereich die Zeit von 1938 bis 1945 für das österreichische Archivwesen beleuchtet.

Zugrunde gelegt wurde dem Band damit ein Ansatz, über eine institutionengeschichtliche Gliederung und damit der Behandlung der einzelnen Archivsparten

zu einer kumulierten Gesamtsicht zu gelangen. Eine zentrale Stellung nehmen hierbei wiederum die beiden einleitenden Beiträge über die Schaffung des „Reichsarchiv Wien“ ein, die sich aus unterschiedlichem, nämlich bundesdeutschem (Hartmut Weber) wie österreichischem (Rudolf Jerábek) Blickwinkel mit der von Ludwig Bittner seit dem „Anschluss“ offensiv betriebenen Schaffung einer zentralen Wiener Archivorganisation auseinandersetzen. Bittner, Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und bereits vor 1938 relativ unverhohlen mit dem Nationalsozialismus sympathisierend, wie der nunmehrige Direktor des HHStA, Thomas Just, im bereits angesprochenen Hruza-Sammelband durchaus überzeugend nachgewiesen hat, sah mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich die gewissermaßen historische Möglichkeit gekommen, die bislang organisatorisch zersplitterte österreichische Archivlandschaft nach preußischem Muster unter einer weisungsbefugten, über den einzelnen Landesarchiven stehenden Generaldirektion zu „einigen“ und damit das Führerprinzip auch im österreichischen Archivwesen zu installieren. Mit der staatsrechtlichen Zerschlagung des Landes Österreich am 1. April 1940 und der damit einhergehenden Neugliederung Österreichs in sieben Reichsgaue musste dieses Vorhaben jedoch – und keines-

Ringvorlesung: Gerechtigkeit nach Krieg und Diktatur

angekündigt von Univ.-Doz. Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer und Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Ilse Reiter-Zatloukal, in inhaltlicher und organisatorischer Kooperation mit Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider und Dr. Winfried Garscha (*Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes*)

ab 7. März 2011
jeweils **Montag, 17.00–18.30**
Juridicum der Universität Wien
Schottenbastei 10–16, 1010 Wien,
Seminarraum 33

u.a. am **11. April 2011:**
Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider/
Dr. Winfried R. Garscha
(*Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*):
Die justizielle Ahndung von NS-
Verbrechen: Österreich im europäischen Vergleich

wegs im Sinne Bittners – modifiziert werden: An die Stelle der bisherigen Landesarchive traten Reichsgauarchive, die dem direkten Zugriff einer einheitlichen österreichischen Stelle entzogen waren und vielmehr in den Einflussbereich der dem Führer direkt unterstellten Gauleiter gelangten. Zwar gelang die Zusammenführung der zentralen Archive des nunmehrigen Reichsgaues Wien (HHStA; Staatsarchiv des Innern und der Justiz; Hofkammer-, Finanz- und Unterrichtsarchiv) zu einem „Reichsarchiv“, jedoch unterstand dieses direkt dem Reichsinnenministerium ohne überregionale Kompetenz. Die folgenden Einzeldarstellungen der vormaligen Wiener Zentralarchive, deren Zusammenschluss auch nach 1945 unter dem Dach des nunmehr entstandenen „Österreichischen Staatsarchivs“ fortbestehen sollte, legen Zeugnis davon ab, dass sich eine keineswegs unbedeutende Zahl an Archivaren mit dem nationalsozialistischen Regime identifizieren konnte, wobei hier abermals das HHStA unter dem Direktorat Bittners eine Vorreiter-/Vorzeigerolle einnahm und mit zentralen Reichsinstitutionen wie der Münchner „Forschungsabtei-

lung Judenfrage“ enge Kooperationen pflegte. Einen ähnlichen Befund ergibt auch die Beschreibung des Hofkammerarchivs (das sich etwa eingehend der Siedlungsforschung im Osten annahm), während das Heeresarchiv einen Bedeutungsverlust hinnehmen musste: Nach luzide geführter Argumentation des Autors Michael Hochedlinger, heute als hauptberuflicher Archivar im Kriegsarchiv beschäftigt, war altösterreichische Traditionspflege (und als solche wurde die Beschäftigung mit dem Kriegswesen in der Habsburgermonarchie angesehen) in den Augen der Berliner Ministerien nicht opportun.

Durchaus gewinnend gestaltet sich auch die Lektüre der Beiträge des zweiten und dritten Hauptstückes des Bandes, die sich mit dem Archivwesen der Reichsgaue (im Falle des im Oktober 1938 aufgelösten Burgenlandes mit dem so genannten „Filialarchiv“ des Reichsgauarchivs Niederdonau in Eisenstadt) bzw. des kommunalen und kirchlichen Bereiches beschäftigen. Im Mittelpunkt stehen hier neben allgemeinen Fragen von Kontinuität oder Diskontinuität der Verwaltungsadministration nach dem

„Anschluss“ vor allem Problemstellungen und neue Aufgabenbereiche, die aus der mit dem nationalsozialistischen Regime verbundenen politischen Neuausrichtung resultieren: genannt seien im Fall der Gauarchive hier nur exemplarisch die von ihnen in Konkurrenz zu anderen NS-Einrichtungen betriebene Übernahme von Archivgut aus Besitz der israelitischen Kultusgemeinden oder von Kirchen/Klöstern sowie die eminent gestiegene Bedeutung, die der kirchlichen Matrikenführung im Kontext der NS-Genealogie zukam. Es ist ein besonderes Verdienst des vorliegenden Bandes, damit eben nicht nur die Zentralstellen und Zentralarchive in Wien zu behandeln, sondern dezidiert auch die Länders- und Kommunalebene berücksichtigen zu wollen, wenngleich gerade in diesem Feld noch große Forschungslücken vorhanden sind – wie es überhaupt höchste Zeit wäre, eine Perspektivenerweiterung vorzunehmen und auch die Jahre der ständestaatlichen Diktatur in Österreich verstärkt in den Blick zu nehmen. Denn das mit Verweis auf die überwiegend großdeutsche Orientierung der österreichischen Historiker in der Ersten Republik aufgestellte Postulat des bruchlosen Übergangs vor und nach dem „Anschluss“ müsste nochmals dahingehend hinterfragt werden, inwieweit die antidemokratische Entwicklung nach 1933 diese Kontinuität nicht erst ermöglichte.

MARTIN KRENN

Simon Loidl/
Peter März: „...
Garanten gegen
den Faschismus
...“. Der Landes-
verband ehemals
politisch Ver-
folgter in Ober-
österreich, hg.
vom Oberöster-
reichischen Lan-
desarchiv. Linz 2010, 350 S., 26,-



Bei der vorliegenden Arbeit von Simon Loidl und Peter März handelt es sich um einen ersten – und vorab gesagt: höchst gelungenen – Versuch, eine Lücke der österreichischen Zeitgeschichtsforschung zu schließen. Die Erforschung der unmittelbaren Nachkriegszeit stand über lange Jahre im Schatten jener der Jahre 1933/34 bis 1938 bzw. 1938 bis 1945. Die so genannte Besatzungszeit und die Zeit des Kalten Krieges stellen zwar seit längerem ein viel beackertes Feld der

Neuerscheinung

Manfred Mugrauer (Hg.):

Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus

Historische und aktuelle Aspekte

Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2010
(Quellen & Studien, Sonderband 13), 178 S., 10,-
ISBN 978-3-9501986-9-0

Inhalt

Gerhard Senft: *Der Börsenkrach 1929
und seine Folgen in Österreich*

Fritz Weber: *Sonderfall Österreich.
Warum die österreichische Wirt-
schaftspolitik nach 1931 auf entschie-
dene Maßnahmen zur Bekämpfung
der ökonomischen Krise verzichtete
und warum dieser restriktive Kurs in
eine Diktatur mündete*

Manfred Mugrauer: *„Rothschild
saniert – das Volk krepert“. Die
sozialökonomische Politik der KPÖ
zur Zeit der Weltwirtschaftskrise*

Georg Fülberth:
1873 – 1929 – 1975 – 2007:
Vier Krisen und ihr Zusammenhang

Hans Hautmann: *Die Marx'sche
Krisentheorie und ihre Aktualität*

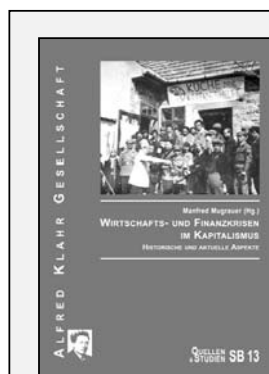
Gerald Oberansmayr: *Gewinner,
Verlierer und Triebkräfte der Krise*

Hannes Hofbauer: *Westbanken in
Osteuropa: Vom Boom zum Crash.
Paradebeispiel Österreich*

Franz Stephan Parteder:
*Den Weg für fortschrittliche Alterna-
tiven öffnen! Die Politik der KPÖ
Steiermark vor dem Hintergrund der
Wirtschaftskrise*

Bestellmöglichkeit:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
klahr.gesellschaft@aon.at



Geschichtsforschung dar, auch fand mittlerweile die gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen in den Anfangsjahren der Zweiten Republik durch ein aufwändiges Projekt von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider seine längst ausständige Bearbeitung. Fast gänzlich ausgeblendet blieben hingegen die Interessenvertretungen der Opfer des NS-Regimes und ihre (Selbst-)Organisationen, sowie deren Aktivitäten auf sozialem, politischem und (gedenk-)kulturellem Gebiet. Brigitte Bailer-Galanda Studie „Wiedergutmachung kein Thema“ aus dem Jahr 1993 und zwei Aufsätze von ihr aus 2007/08¹ stellen einen ersten Beitrag auf diesem Gebiet dar, das höchst spannende Bereiche der Geschichte der Zweiten Republik, wie etwa den beginnenden Kalten Krieg, die damit zusammenhängenden innenpolitischen Auseinandersetzungen dieser Zeit, die Bemühungen und Konflikte um die Aufarbeitung der NS-Zeit und auch die damit verbundene Herausbildung einer Gedenkkultur sowie den Kampf um die Anerkennung und die „Entschädigung“ bzw. die soziale Unterstützung der Opfer des NS-Regimes umfasst.

Der Band von Loidl und März, Ergebnis einer Kooperation zwischen dem *Oberösterreichischen Landesarchiv* und dem *KZ-Verband/VdA OÖ*, gliedert sich in zwei Abschnitte: Im ersten wird die Geschichte des *Landesverbandes ehemals politisch Verfolgter Oberösterreichs*, seine Genese aus unterschiedlichen und häufig nur auf lokaler Ebene tätigen Organisationen und schließlich sein Weg bis zur behördlichen Auflösung im Jahr 1948 nachgezeichnet. Der zweite Abschnitt widmet sich der, zum Teil auch statistischen Auswertung der Opferfürsorgeakten des Landes Oberösterreich, der Akten des oben erwähnten *Landesverbandes* sowie der Unterlagen des *KZ-Verbands/VdA OÖ*.

Es ist schwierig, im begrenzten Rahmen einer Rezension die vielen höchst aufschlussreichen Informationen zur Geschichte des KZ-Verbands, zu seinen Strukturen und vor allem zu seinen vielfältigen Aktivitäten, darzustellen. Deshalb seien nur einige Beispiele genannt: Beschrieben wird z.B. das starke Engagement des oberösterreichischen Verbands für die Erhaltung des Geländes des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen und für die Umwandlung desselben in eine Gedenkstätte, was dem Verband auch auf Bundesebene zu großer Bedeutung verhalf. Auch stieß die im März 1948 aus innenpolitischen Gründen er-

folgte Auflösung des Bundesverbandes durch Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) vor allem in Oberösterreich auf heftigen Widerstand. Von hier gingen die stärksten Impulse zur letztendlich nicht zustande gekommenen Weiterführung einer parteiübergreifenden Verbandsarbeit aus, die auch vom damaligen Landeshauptmann Heinrich Gleißner (ÖVP) unterstützt wurden. Letztlich führte nach 1948 der KPÖ-nahe, aber offiziell überparteiliche *Bundesverband der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus* die Tradition des aufgelösten Bundesverbandes weiter.

Aufschlussreich sind auch die Schilderungen über die konkreten Aktivitäten des *Landesverbandes* bei der Versorgung der Opfer in der unmittelbaren Nachkriegszeit, u.a. mittels Paketen, Lebensmittelkarten, Möbeln und anderen Arten der Hilfeleistung bei der Wohnungssuche. Der *KZ-Verband* nahm sich dabei auch der jüdischen Opfer bzw. der „Abstammungsverfolgten“ an, obwohl diese aus statutarischen Gründen erst 1946 Mitglieder des Verbands werden konnten. Weiters wird der Beitrag des oberösterreichischen Landesverbandes bei der Dokumentation von NS-Verbrechen, bei der Entnazifizierung, sowie bei der Errichtung vieler Denkmäler und Erinnerungstätten dargestellt. Zahlreiche Schilderungen von Einzelfällen und persönlichen Schicksalen, vor allem im zweiten Abschnitt der Arbeit, der die – nicht nur statistische – Auswertung der Akten umfasst, machen dabei die allgemeinen Ausführungen, z.B. zur Entwicklung des Opferfürsorgegesetzes, greifbar und verständlich.

Es wäre höchst wünschenswert, wenn der vorliegende Band über den oberösterreichischen Landesverband ehemals politisch Verfolgter ähnliche Forschungen und Publikationen über die Opferverbände in anderen Bundesländern bzw. auch auf Bundesebene nach sich ziehen würde.

FLORIAN SCHWANNINGER

1/ Brigitte Bailer-Galanda: Wiedergutmachung kein Thema. Österreicher und die Opfer des Nationalsozialismus. Wien: Löcker Verlag 1993; dies.: Der KZ-Verband. Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projektes der namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung, in: DÖW-Jahrbuch 2007. Wien 2007, S. 36–49; dies.: Konkurrenz – Konflikt – Spielball der Politik. Verbände der NS-Opfer nach 1945, in: Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit, hg. vom Fritz Bauer Institut. Frankfurt/M. u.a. 2008.

11. Gedenkfahrt nach Engerau

mit Gedenksteinenthüllung
in Wolfsthal

Während auf dem Friedhof in Petržalka bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit von slowakischer Seite mit einem großen Mahnmal ein sichtbares Zeichen der Erinnerung an die von österreichischen Tätern ermordeten ungarischen Juden des Lagers Engerau gesetzt wurde, erinnerte auf niederösterreichischer Seite mehr als 60 Jahre lang nichts an die Opfer des Todesmarsches von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg am 29. März 1945. Auf Initiative des Bürgermeisters von Wolfsthal Gerhard Schödingner und des Ortspfarrers Pater Ernst Walecka wird heuer, im Rahmen der Gedenkfahrt nach Engerau, am 27. März 2011 bei der Kirche in Wolfsthal ein Gedenkstein enthüllt.

Programm

9.00 Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche von Wolfsthal

10.30 Gedenksteinenthüllung in Wolfsthal

13.00 Gedenkkundgebung beim Mahnmal auf dem Friedhof in Petržalka (Engerau)/Bratislava

14.30–16.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau in Petržalka

16.30 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof in Bruck/Leitha

Historische Einleitung und Begleitung:

Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**

Dr.ⁱⁿ **Eleonore Lappin-Eppel**

Univ.-Prof. Dr. **Szabolcs Szita**

Zeitzeugenberichte von Prof. Dr.

Jonny Moser, Endre Várnai und Béla

Varga und Prof. Dr. Paul Lendvai

Ansprachen u.a. von LH-Stv. LR Mag.

Wolfgang Sobotka, S.E. Dr. Josef

Markus Wuketich, H.E. Alexander

Ben-Zvi, Dr.ⁱⁿ Irmtraut Karlsson,

Dr. Peter Salner

Sonntag, 27. März 2011

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00

Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien

Unkostenbeitrag: 11,– Euro

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315

kuretsidis@hotmail.com

Infos: www.nachkriegsjustiz.at

Menschlichkeit und Entmenschlichkeit

Ein Brief von Rosa Jochmann nach Zürich (1947)

Unter den sechzehn Angeklagten im ersten Ravensbrück-Prozess des britischen Militärgerichts in Hamburg, der vom 5. Dezember 1946 bis 3. Februar 1947 durchgeführt wurde, war die 1906 in Adelboden geborene Berner Arzttochter Carmen Maria Mory, die sich als Lagergefangene und Blockälteste an Mitgefangenen schuldig gemacht hat. Mory ist als sprachgewandte Journalistin mit einer in diesem Beruf nicht ungewöhnlichen Geltungssucht 1932 nach Berlin gekommen, hat sich dort als Informantin der Gestapo angedient, ging im November 1938 nach Paris, wo sie von einem französischen Militärgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde, kam im Gefolge der Deutschen Besetzung wieder frei, ist dann von der Gestapo des Doppelspiels beschuldigt und im Februar 1941 nach Ravensbrück verbracht worden, wo sie bis zur Befreiung des Konzentrationslagers verblieben ist. Im November 1945 ist sie wegen ihres Verhaltens in Ravensbrück von den britischen Behörden verhaftet worden. In der Hauptsache durch Aussagen französischer Mitgefangener wurde Carmen Mory am 3. Februar 1947 vom britischen Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt, sie entzog sich der Hinrichtung durch Freitod am 9. April 1947. Caterina Abbati hat das Leben von Carmen Mory recherchiert und aufgrund von vielen Dokumenten wissenschaftlich rekonstruiert (1999).¹ Weniger gut gelungen sind schriftstellerische Annäherungen an dieses nur oberflächlich als extravagant einzuschätzende Leben (1950 und 1999).²

Die Wiener *Arbeiter-Zeitung* notiert am 14. April 1947: „Voreiliger Selbstmord. Hamburg, 10. April. (Reuter) Als Carmen Mory, die zum Tode verurteilte

Verbrecherin von Ravensbrück, gestern Selbstmord verübte, wußte sie noch nicht, daß der Befehl für ihre Hinrichtung auf Intervention der Schweizer Behörden aufgegeben worden war.“ Diese kleine, eher randständige Zeitungsmeldung veranlasste die aus dem Arbeitermilieu stammende Wiener Widerstandskämpferin Rosa Jochmann (1901–1994), die vom März 1940 bis zur Befreiung in Ravensbrück war, noch am selben Tag im Parteihaus der Sozialistischen Partei Österreichs in der Löwelstraße 18 den hier abgedruckten Brief unter Beilage des Ausschnittes aus der A.-Z. an die Sozialdemokratische Partei der Schweiz zu diktieren. Als „Zeitzeugin“ hat Rosa Jochmann über die Barbarei in Ravensbrück in späteren Jahren öfters Auskunft gegeben.³

GERHARD OBERKOFLER

Anmerkungen:

- 1/ Caterina Abbati: *Ich, Carmen Mory. Das Leben einer Berner Arzttochter und Gestapo-Agentin (1906–1947)*. Chronos Verlag Zürich 1999.
- 2/ Joachim von Kürenberg: *Bella Donna – Das gefährliche Leben der Carmen Morell, Hamburg 1950*; Lukas Hartmann: *Die Frau im Pelz. Leben und Tod der Carmen Mory*. Roman. Zürich 1999.
- 3/ Maria Sporrer/Herbert Steiner (Hg.): *Rosa Jochmann. Zeitzeugen*. Wien, München, Zürich 1987³. Rosa Jochmann ist bei Abbati nicht genannt.

1947 04 14. Wien. Rosa Jochmann schreibt wegen Carmen Maria Mory nach Zürich an die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz.

Original. Maschineschrift. Briefkopf: Sozialistische Partei Österreichs. Sekretariat des Frauen-Zentralkomitees. Wien I, Löwelstrasse 18. Eigenhändige Unterschrift (Rosl Jochmann) mit Rundstempel: Sozialistische Partei Österreichs. Frauen-Zentralkomitee. Sozialarchiv Zürich. Bestand Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Ar 1.260.51.

Werte Genossen!

Werte Genossinnen!

Mit wirklich tiefer Erschütterung habe ich heute beiliegende Notiz in der Arbeiter-Zeitung gelesen und ich kann nicht anders, ich muss Euch liebe Genossen u. liebe Genossinnen schreiben, welch unverständlicher Fehler es gewesen wäre, wenn die „freie demokratische Schweiz“

sich für einen Menschen – wie Carmen Mory – eingesetzt hätte. Ich schreibe „für einen Menschen“ aber in Wirklichkeit war dies kein Mensch; sie hat sich das Leben genommen, ist heute somit aus der Reihe der Lebenden gestrichen.

Ich bin eine leidenschaftliche Anhängerin des Gedankens, dass die „Todesstrafe“ abgeschafft werden soll, weil ich glaube, dass kein Mensch das Recht hat, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen. Aber ich sage noch einmal „ei-



nem Menschen“ und zum zweiten Male, dass Carmen Mory kein Mensch gewesen ist.

Sie war ein Häftling wie wir; sie hat sich aber, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen, von der ersten Stunde an mit der SS verbunden und hat gegen uns gearbeitet.

Wer ihr auf der Lagerstraße begegnete, wich ihr aus und zwar in sehr weitem Bogen, denn es war gefährlich, von ihr erblickt zu werden. Ist es denn menschlich – wenn man diese Frau ihre unbeschränkte Macht im Lager – und die hatten nur die gefügigen Werkzeuge der SS – zumeist solche, die die SS noch übertrafen – wenn diese Frau in einem Raume von ca. 10 m² Flächeninhalt bis zu 40 irrsinnige Frauen und zwar halbnackt, ohne Betten, ohne Decken gefangen hielt und ihnen nur ab und zu etwas zu Essen gab. Kein Mensch durfte in diesen Raum hineingehen, nur sie selbst. Wir hörten nur die tierischen Schreie der Unglücklichen und die furchtbaren Szenen, die sich darin abspielten. Es gibt keinen Schriftsteller, der imstande wäre, dieses Bild des Grauens wiederzugeben.

In unser Lager kam – ich glaube – es war im Jahre 1942 – eine kleine Russin

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2011 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

namens Klaudia. Sie war irrsinnig geworden, weil die SS ihre Eltern vor ihren Augen erschossen hatten. Glücklicherweise kam sie auf unseren Block, auf dem Block der „Politischen“! Sie war 15 Jahre alt und sass wochenlang mit geschlossenen Augen da, nur ab und zu unverständliche Worte murmelnd; sie musste von uns mit Gewalt gefüttert werden. 2 Jahre brauchten wir dazu, bis aus der Klaudia ein heiteres und unbeschwertes Menschenkind wurde und wir alle hatten sie tief in unser Herz geschlossen. Wir vermieden ängstlich, sie an die Zeit ihres geistigen Verfalls zu erinnern, aber als die „Wahnsinnigen“ in die Gaskammer geführt wurden, da funktionierte das Gedächtnis von „Carmen Mory“; sie holte sich das blühende Kind und liess es ebenso vergasen, wie eben alle anderen Wahnsinnigen! Kann sich jemand denken, dass man so etwas jemals vergessen kann. Ich werde niemals verstehen, warum Carmen Mory dies getan hat! Vielleicht wusste sie, dass sie uns – sie hasste nämlich die „Politischen“ – ins Herz traf.

Gewiss Carmen Mory konnte auch anders!

Als sie auf der Anklagebank sass, hat sie gebetet und die Augen fromm verdreht, geweint und sich auch demütig gebärdet. Sie wusste, dass dies ihre einzige Chance ist, denn Carmen Mory war eine gefährlich kluge Frau.

Glauben Sie werte Genossen u. Genossinnen nicht, dass aus uns ein Gefühl der Rache spricht; gerade wir aus dem Lager haben soviel Grauen gesehen, dass wir es sind, die dem Gesetz der Menschlichkeit und der Humanität das Wort erteilen. Auch der Carmen Mory gegenüber empfinden wir keine Rache, aber solche Unwesen haben keinen Platz in der menschlichen Gesellschaft, denn sie würden immer wieder Unheil gebären.

Ich schreibe Ihnen diesen Brief, weil es mich furchtbar erschüttert hat, dass es gerade die freie Schweiz sein soll, die einer Carmen Mory die Hand reichen wollte.

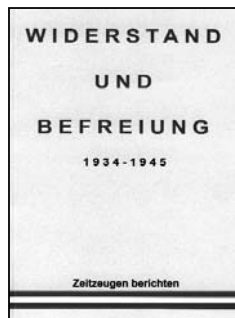
Niemals kann es zuviel Menschlichkeit und Humanität geben, die Welt ist viel zu arm daran, aber Menschlichkeit einem „Unmenschen“ gegenüber, dies wäre wohl auch fehl am Platze.

Ich wäre Ihnen außerordentlich verbunden werte Genossen und Genossinnen, wenn Sie in diesem Sinne jene Stelle informieren würden, die für Carmen Mory eintreten wollten.

Mit herzlichstem Freundschaftsgruß!
Rosl Jochmann m. p.

1 Zeitungsnotiz

Charlotte Rombach: *Widerstand und Befreiung 1934–1945. Zeitzeugen berichten.* Wien 2010 (3. erweiterte und überarbeitete Auflage), 110 S., 9 Euro



Sieben Monate saß die kommunistische Widerstandskämpferin Edith Schober 1943/44 in der Todeszelle im Wiener Landesgericht. Unwillkürlich hält der Leser den Atem an. Dann erfährt sie, dass das Todesurteil gegen sie in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt worden ist. Erleichtertes Aufatmen beim Leser. Wer die Broschüre von Charlotte Rombach „Widerstand und Befreiung 1934–1945. Zeitzeugen berichten“ zur Hand nimmt, wird diese Erfahrung öfters machen. In einer erweiterten Neuauflage enthält das Bändchen nun elf Interviews mit österreichischen WiderstandskämpferInnen. Es sind die Erinnerungen u.a. von Alexander Bergelson und Margareta Kaminek, die beide in den Reihen der Roten Armee kämpften – er als Frontsoldat, sie als Operationsschwester im Lazarett. Rudolf Spirik berichtet über die Aufstellung und die Kämpfe des I. Österreichischen Freiheitsbataillons in Jugoslawien. Johann Scheichenberger schildert seine Erlebnisse als Partisan auf der Koralpe in der Steiermark.

Dann folgen die Erzählungen der WiderstandskämpferInnen Edith Schober, Angela Kampel, Robert Tyra, Helene Neuhaus, Karl Flanner, Friederike Redlinger und Paul Vodicka. Sie alle verbindet ihre Mitgliedschaft im damals illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJV). Ihre Darstellungen stecken auch die Breite des kommunistischen Jugendwiderstands ab: Dieses Spektrum reichte von der individuellen Verweigerungsstrategie (Robert Tyra) über das Herstellen, Verteilen und Verschicken von Flugblättern (Angela Kampel, Edith Schober) bishin zu Sabotage in kriegswichtigen Betrieben (Helene Neuhaus) und zum Widerstand im KZ (Karl Flanner). Liest man ihre Berichte, so staunt man über die politische Reife der (damals) Jugendlichen und über die Selbstverständlichkeit, mit der sie am antifaschistischen Widerstandskampf teilnahmen. Dies geschah, obwohl sich alle den möglichen Folgen ihres Tuns durchaus bewusst waren: nämlich Aufgriff durch die Exekutivkräfte des NS-Regimes, Ver-

höre, Folter und schließlich langjährige Haft- oder Todesstrafen.

Dass 65 Jahre nach der Befreiung Österreichs das Thema (Neo-)Faschismus noch immer aktuell ist, haben diese WiderstandskämpferInnen wohl am wenigsten erwartet. Gerade deshalb geben sie der Hoffnung Ausdruck, dass ihre Erlebnisse der politischen Aufklärung der Jugend dienen mögen. In deren Hände gehört auch diese Broschüre. Sie ist spannend zu lesen, die Einleitung ist knapp und die Interviews kommen rasch zum Kern der Sache – alles gute Voraussetzungen, um das Interesse von jungen Menschen zu schüren, die sich nicht durch langwierige Vorwörter und wissenschaftliche Abhandlungen quälen möchten. Um den Gebrauchswert dieses Büchleins noch weiter zu erhöhen, sollte bei einer etwaigen Neuauflage an eine kurze Literaturliste zum Thema „antifaschistischer Widerstand“ gedacht werden.

Daneben erfüllt die Broschüre noch eine zweite Aufgabe: Sie macht die Erzählungen mutiger Menschen zugänglich, die sich den Herrschenden erfolgreich widersetzt haben. Die Erfahrung, dass die Zustände änderbar und nicht gottgegeben sind, macht das Erinnern daran so wichtig. Gerade in Zeiten wie diesen, wo die kapitalistische Krisenbewältigung wieder einmal auf dem Rücken der Werktätigen stattfindet, könnte diese Einsicht (und die entsprechenden Konsequenzen) seitens der Arbeiterbewegung den Herrschenden einen gewaltigen Strich durch die Rechnung machen. Kein Wunder, dass die Bourgeoisie und ihre Medienkonzerne daran kein Interesse haben, diesen schlafenden Riesen zu wecken. Viel lieber suggerieren sie den Werktätigen eine Entertainment-Welt, die zwar bunt ist, aber in der sie ja doch nichts ändern können. Dieser medialen Betäubung etwas entgegenzusetzen ist schwierig und kommt einem Kampf David gegen Goliath gleich. Dennoch, ohne diese Tätigkeit werden die arbeitenden Klassen ihre Handlungsfähigkeit nicht wiedergewinnen. Billiger ist es also nicht zu haben. Die Broschüre „Widerstand und Befreiung“ von Charlotte Rombach kann dabei ganz nützlich sein. Ihr ist eine breite Verwendung sowohl in der Jugendarbeit als auch in der gewerkschaftlichen und politischen Bildung zu wünschen.

ALEXANDER DINBÖCK

Bezugsmöglichkeit:
Buchhandlung Hans Jauker
Sampogasse 4, 1140 Wien



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Pariser Kommune 1871 und ihre geschichtliche Bedeutung

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann

(Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz)



mit Bild- und
Tondokumenten

Mittwoch, 13. April 2011, 19.00

Kulturcafé 7Stern

Siebensterngasse 31

1070 Wien

7★STERN

Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Alexander

Dinböck, Hans Hautmann, Martin Krenn,

Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler,

Irma Schwager, Florian Schwanninger,

Willi Weinert

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien



BILDUNGSVEREIN DER KPÖ STEIERMARK

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Alfred Klahr Gesellschaft



Linke Geschichtswissenschaft heute

Am Beispiel: Walter Markov

Podiumsdiskussion:

Begrüßung: **Ernest Kaltenegger** (KPÖ Steiermark), **Peter Porsch** (*Die Linke*), **Helmut Markov** (*Die Linke*, Sohn von Walter Markov, stv. Ministerpräsident von Brandenburg)

Gerald Diesener (Vorsitzender der *Karl Lamprecht Gesellschaft* und des Universitätsverlages Leipzig), Keynote-Speaker zum Thema „Linke Geschichtswissenschaft heute“ (mit einem Exkurs zu Leben und Werk von Walter Markov)

Helmut Konrad, Vorstand der Abteilung Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Universität Graz

Hans Hautmann, Univ.-Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Linz, *Alfred Klahr Gesellschaft*

David Mayer, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien

Monika Runge, Vorsitzende der *Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen*

Moderation: **Heimo Halbrainer**, Abteilung Zeitgeschichte (Universität Graz), *Clio – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit*

Samstag, 7. Mai 2011, 19.00

Bildungszentrum der KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Eine gemeinsame Veranstaltung von: *Bildungsverein der KPÖ Steiermark*, *Alfred Klahr Gesellschaft* und *Rosa Luxemburg Stiftung*



In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir alljährlich nicht nur mit einer weiteren Erhöhung der Posttarife, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro (vier Ausgaben) bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Unsere Kontodaten lauten:

PSK 92023930, BLZ 60000

Auf Ihren Wunsch hin lassen wir Ihnen auch gerne einen Erlagschein zukommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse an unserem Periodikum!